Nr. 40 — Halle (Saale), Sonntag den 16. Februar 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatlich 60 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1.65 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 802. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Eröffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. — Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2 12—1/2 1 Uhr mittags.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Anzeigen unterm Redaktionsstrich die Zeile 75 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Vom Parlamentarismus.

Die Abstimmung, die vor einigen Wochen im Reichstage über die Resolution zur Polenpolitik stattfand, hat durch ihre Folgen, oder richtiger, durch ihren Mangel an Folgen, offenkundig die Wahrheit demonstriert, daß Deutschland kein parlamentarisch regiertes Land ist. Man wußte das allerdings schon längst, aber hier ist eigentlich zum erstenmal die Probe aufs Exempel gemacht worden: obgleich mit großer Majorität ein Mißtrauensvotum gegen ihn angenommen wurde, bleibt der Reichskanzler ruhig in seinem Amte, als ob nichts geschehen wäre. In einem parlamentarisch regierten Lande wäre natürlich so etwas unmöglich gewesen; dort kann ein Minister nicht regieren, dem die Parlamentsmehrheit ihr Vertrauen versagt.

Natürlich bedeutet das nicht, daß hier, wie es in der Art der früheren bürgerlichen Demokraten hieß, Fürstenlaune und Hofkamarilla regieren, gegen die die Vertreter des Volkes im Parlament machtlos sind. Doch in den früheren Jahrhunderten des fürstlichen Absolutismus mußten die Herrscher ihre politischen Launen den Interessen der maßgebenden Klassen anpassen. Heute regiert das Großkapital die Welt und auch das Deutsche Reich. Mittels bürgerlicher Parlamentarier, die als ihre Beauftragten und Sachverwalter in dem Reichstage sitzen, stehen die verschiedenen Gruppen von Kapitalisten und Ausbeutern aller Art — Fabrikanten und Reeder, Börsenjuden und Klerus, Agrarier und Grubenherren — fortwährend mit der Regierung und miteinander in Fühlung. Hinter den Kulissen, wo die eigentliche Politik gemacht wird, üben sie ihren bestimmenden Einfluß aus, während die öffentliche Debatte vor allem als Schaubühne für Schönrederei dient, um das Wählerpublikum einzuseifen, es mit gutgemimten wütenden Parteiturnieren zu ergötzen und zugleich der unangenehmen Kritik der wirklichen Volksvertreter, der Sozialdemokraten, mit klingenden Phrasen entgegenzutreten. Die bürgerlichen Parteien haben keinen Anlaß, diesen Zustand, der der kleinen, mächtigen Gruppe des Großkapitals die Herrschaft sichert, zu beseitigen, und sie denken nicht daran, einen ernsthaften Kampf für das parlamentarische System, z. B. durch Budgetverweigerung, zu führen.

Für die Sozialdemokratie bildet dagegen dieser Parlamentarismus das unmittelbarste politische Ziel. Wir wollen, daß die Mehrheit des Volkes, dem bei einem demokratischen Wahlsystem auch die Mehrheit der Abgeordneten entspricht, über Gesetz und Regierung zu bestimmen hat. Die Form dafür zeigen uns die westeuropäischen Länder, wo die aufsteigende Bourgeoisie auf revolutionärem Wege die politische Herrschaft aus den Händen der Fürsten gerissen hat. Dort herrscht nicht mehr der Fürst, sondern das Parlament. Da kein Minister regieren kann, wenn die Parlamentsmehrheit ihm die Mittel verweigert, müssen die Minister Vertrauensmänner dieser Mehrheit sein; die aus ihnen bestehende Regierung, die an der Spitze des ganzen Staates steht, ist im Grunde ein Ausschuß aus der Parlamentsmehrheit. Wird diese Mehrheit zur Minderheit, so muß die Regierung zurücktreten und den Männern der neuen Mehrheit Platz machen.

Es ist daher kein Wunder, daß in den Reden und Schriften unserer Genossen wiederholt gegenüber den rückständigen politischen Formen Deutschlands auf den englischen Parlamentarismus hingewiesen und dieser oft lobend hervorgehoben wird. Sogar wird, bei revisionistischen Autoren bisweilen, das Zweiparteiensystem, das sich auf dem Boden des englischen Parlamentarismus entwickelt hat, als das ideale politische System gepriesen, das wir hier auch möglichst erstreben sollen — wobei dann die Blockpolitik, die dauernde Verbindung der Sozialdemokratie mit dem Liberalismus gegenüber den schwarzblauen Parteien plötzlich als ein natürlicher Schritt auf dem Wege zu idealen parlamentarischen Verhältnissen erscheint. Leider zeigt sich aber dieses ideale Verfassungssystem in seiner praktischen Entwicklung in England selbst in ganz anderem Lichte.

In England herrscht nicht das Parlament. Dort herrschen, wie schon vor Jahren Sidney Low in seinem Werke über die Regierung Englands darlegte, abwechselnd zwei kleine Gruppen von Politikern, die beide eine Partei mit ihrer ganzen Maschinerie hinter sich haben. Nicht die Parlamentsmehrheit sucht die Vertrauensmänner aus ihrer Mitte aus, die als Regierung auftreten, sondern diese Mehrheit bildet nur ein Anhängsel der kleinen regierenden Gruppe, auf ihren Namen gewählt und verpflichtet, treu zu ihr zu halten und für sie abzustimmen. Sie sind keine Vertrauenspersonen der Wähler; wenn auch der Wähler den Namen A. oder B. auf den Zettel schreibt, bedeutet das in Wirklichkeit nur liberal oder Tory, denn er hat keine andere Möglichkeit, als zwischen diesen beiden Herren, die ihm von jenen Parteien präsentiert werden, zu wählen. Er hätte gerade so gut — und das würde der tatsächlichen Wirklichkeit entsprechen — überall im Lande „Asquith" oder „Bonar Law" schreiben können, und dann hätte dasjenige Parteihaupt, das die Mehrheit erhält, aus seinen Freunden eine Regierung zu bilden und eine seiner Stimmenzahl entsprechende Anzahl seiner Anhänger ins Parlament ernennen können, wobei sein Gegner ähnlich die Minorität des Parlaments zu ernennen hätte. Dann ginge alles genau so wie es heute in Wirklichkeit geht, aber offen und jedem sichtbar, statt hinter überlieferten Formen verdeckt und verborgen. Nicht das Parlament macht Gesetze, sondern die Regierung, die ihre Anhänger kommandiert, dafür zu stimmen; nicht das Parlament diskutiert, sondern nur die „vorderen Bänke", wo die Parteihäupter sitzen. Eine Regierung fällt nicht dadurch, daß eine Parlamentsmehrheit gegen sie stimmt, denn die Mehrheit ist ihre gehorsame Gefolgschaft — außer in Ausnahmefällen, wenn neue Streitpunkte tiefe Differenzen in einer Partei hervorrufen; sie geht und macht der anderen Gruppe Platz, wenn die Wähler sich bei den Wahlen in Mehrheit jener Partei zuwenden. Das Bestehen zweier Parteien, die jedesmal einander ablösen, wenn die Unzufriedenheit über die Regierung zu groß geworden ist, zeigt sich hier als vorzügliches Mittel, dieser Unzufriedenheit, die im Grunde der Unerträglichkeit des Kapitalismus für die Massen entspringt, einen ungefährlichen Ausweg zu bieten.

In Wirklichkeit besteht also zwischen dem deutschen und dem englischen Regierungssystem gar nicht ein so großer Unterschied, wie es oberflächlich scheint. Hier wie dort regiert nicht das Parlament, sondern eine kleine Gruppe von Politikern und Bureaukraten, die entweder auf die Parlamentsmehrheit rechnen kann oder sich um sie nicht zu kümmern braucht. Mag es dabei auch als ein gewaltiger Unterschied erscheinen, daß diese regierende Gruppe dort vom Volke gewählt, hier von oben ernannt wird, so wird auch dieser Gegensatz zu einem äußeren Schein, da die Wähler dort praktisch nur die Wahl zwischen zwei Cliquen haben, die trotz ihrer etwas verschiedenen Programme einander in Zuverlässigkeit für die Interessen des Großkapitals nichts nachgeben. Und es ist auch klar, weshalb es so sein muß. Trotz der verschiedenen Vergangenheit — die sich in der Verschiedenheit der Formen und Traditionen äußert — ist der Kapitalismus hüben und drüben nicht sehr verschieden; in beiden Ländern hat sich die wirtschaftliche Macht in den Händen einer kleinen Klasse von Großkapitalisten konzentriert, die ihre politische Herrschaft am besten durch die halbabsolutistische Regierung einer ihnen ergebenen Gruppe von Politikern ausüben kann.

Wir haben also nicht die geringste Ursache, den englischen Parlamentarismus als das erstrebenswerte Ideal für Deutschland hinzustellen. Umgekehrt, man kann sogar im gewissen Sinne sagen — wenn man nicht auf die äußere staatsrechtliche Form, sondern auf das innere Wesen achtet —, daß der deutsche Parlamentarismus ein moderneres Gebilde und für uns besser ist als der englische. Moderner, weil er die modern-kapitalistische Wirklichkeit, statt sie zu vertuschen, klar zum Ausdruck bringt. Besser, weil er sich als der geeignete Boden erwiesen hat, auf dem der Klassenkampf sich entfalten und geführt werden kann. Denn für das Proletariat ist der Klassenkampf allein maßgebend; nicht darum handelt es sich, eine abstrakt-ideale Verfassungsform für die Zeit des Kapitalismus zu finden, sondern die Macht des Proletariats so hoch zu steigern, daß es den Kapitalismus stürzen kann.

Der Mechanismus des englischen Parlamentarismus mit seinem Zweiparteisystem ist ein wesentliches Hemmnis für eine klassenbewußte proletarische Parlamentstaktik und eine wichtige Ursache für das Scheitern der Arbeiterpartei gewesen. In diesem System ist kein Platz für eine dritte unabhängige Partei, und ist diese Partei da, so kann sie, wenn sie prinzipiell jede Regierung bekämpft, das ganze System unmöglich machen, wenn keine der beiden bürgerlichen Parteien über eine Mehrheit verfügt. Dagegen ist der deutsche Parlamentarismus, jung und traditionslos in einem Lande emporkommend, wo die modern-kapitalistischen Klassen in ihrem Emporstreben schon miteinander im Kampfe lagen, zu dem ausgezeichnetsten Kampfplatz dieser Klassen geworden. Dadurch war er fähig, das deutsche Proletariat zu der heutigen Höhe der politischen Entwicklung und der Organisation zu führen; durch ihn, als Mittelglied, wuchs aus der gewaltigen kapitalistischen Entwicklung die mächtigste Partei der sozialistischen Internationale empor.

Diese Entwicklung war nur möglich durch einen stetigen Kampf gegen sein großkapitalistisches, halbabsolutistisches Wesen, wobei die Programmforderung einer demokratisch-parlamentarischen Verfassung den Ausdruck der proletarischen Kritik und Opposition bildete. Aber diese Forderung hat nichts zu tun mit einer Verherrlichung bürgerlich-parlamentarischer Formen, die sich nicht als Hemmnis großkapitalistischer Herrschaft, sondern nur als Hemmnis proletarischen Klassenkampfes bewährt haben.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 15. Februar 1913.

Der Postetat vor dem Reichstage.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hatte am Donnerstage zu der von der Budgetkommission vorgenommenen Erhöhung einiger Etatstitel die prinzipielle Stellungnahme der Regierung dargelegt. Er hatte die merkwürdige Erklärung abgegeben, daß dem Reichstage das Recht bestritten werden müsse, aus eigenem die Ausgaben zu erhöhen. Vielmehr müsse die Regierung ausdrücklich zustimmen, und er hatte deshalb auch wohlwollend und gutmeinend die Annahme einer Resolution empfohlen. Würde eine derartige Anschauung Wirksamkeit erlangen, so müßten sich tatsächlich auffallende staatsrechtliche Konsequenzen ergeben. Selbstverständlich wird sich der Reichstag mit aller Kraft gegen eine solche eigenmächtige Interpretation wehren, die faktisch sein Budgetrecht vernichten würde.

In der Debatte am Freitag spielte denn auch diese Frage eine wichtige Rolle. Und es wird der Regierung wohl aufgefallen sein, daß sämtliche Redner, von denen nicht einer der Sozialdemokratie angehörte, ihr nicht zuzustimmen vermochten. Dr. Oertel, der geistige Führer der Konservativen, unterstrich die unbedingte „Notwendigkeit", Sozialdemokraten aus den Betrieben der Reichspostverwaltung fernzuhalten. Zum Schluß forderte er etwas unvermittelt und ohne ersichtlichen Zusammenhang mit seiner übrigen Rede zur Einigkeit aller bürgerlichen Parteien gegen die äußerste Linke auf. In der Sonnabend-Sitzung wird Genosse Wendel sprechen.

Luftflotten- und Heeresvorlage.

Eine Korrespondenz meldet: „Der Nachtragsetatentwurf zur Verstärkung der Luftflotte für die Armee ist von der Heeresverwaltung jetzt fertiggestellt und soeben dem Reichsschatzamt zugegangen. Die neuen Forderungen belaufen sich, wie bekannt, im ganzen auf über 20 Millionen. Im Entwurf sind nicht nur Posten für den Bau neuer Luftschiffe, Luftschiffhallen und für das sonstige nötige Zubehör enthalten, sondern auch Mittel, die sich auf die Beschaffung von Flugzeugen beziehen. Eine Vermehrung der Mannschaften für diese Zwecke ist ebenfalls in Aussicht genommen. Diese Forderungen dürften aber nicht in dem Nachtragsetat, sondern in der neuen Heeresvorlage, die nach Ostern dem Reichstage zugehen soll, enthalten sein."

Thron und Altar gegen „Umsturz".

Ein Beispiel, wie Staatsgewalt und Kirche zusammengehen, um die Volksansprüche niederzuhalten, liefert die pompöse Vereidigung des neuen Kölner Erzbischofs durch Wilhelm II. Der Oberhofzeremonienmeister schlug mit dem Stocke dreimal auf das Parkett im Berliner Schlosse und meldete:

„Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät melde ich allerunterthänigst, daß auf Eurer Majestät allergnädigsten Befehl der erwählte und bestätigte Erzbischof von Köln, Dr. von Hartmann, erschienen ist, um vor Antritt seines neuen Amtes den Allerhöchstdemselben zu leistenden Eid in Gegenwart der befohlenen Zeugen abzulegen. Er erbittet die allergnädigste Erlaubnis, Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät zuvor ehrfurchtsvollen Dank für die ihm bezeigte Huld unterbreiten zu dürfen."

Der Erzbischof tritt vor:

„Eure kaiserliche und königliche Majestät! Unter der allergnädigsten Zustimmung Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät durch die vom Heiligen Vater bestätigte Wahl des Metropolitankapitels auf den Kölner Erzstuhl berufen, habe ich heute die hohe Ehre, vor Eurer Majestät zu erscheinen, um den Tribut meiner Ehrfurcht an den Stufen des königlichen Thrones niederzulegen und Eurer Majestät den Schwur der Treue zu leisten. Daß Eure Majestät geruhen, diesen Eid Allerhöchstselbst entgegenzunehmen, darin erblicke ich dankbaren Herzens einen neuen Beweis der wohlwollenden Gesinnung, welche Eure Majestät gegen die katholische Kirche hegen, deren Diener zu sein ich die Ehre habe. Ich leiste diesen Eid nicht nur, weil eine Vereinbarung zwischen der Krone Preußens und dem heiligen Stuhl ihn mir zur Pflicht macht, sondern auch aus vollem freudigen, Eurer Majestät warm ergebenen Herzen. Als Erzbischof von Köln werde ich es mir nach besten Kräften angelegen sein lassen, diese Gesinnung der Anhänglichkeit und Treue gegen die Dynastie auch in den Herzen der meiner Obsorge anvertrauten Gläubigen zu schützen und zu pflegen. Es erscheint das um so notwendiger, je kühner und verwegener die Mächte des Umsturzes und der Verneinung an den Fundamenten des Thrones wie des Altars rütteln. Die heißesten Gebete werden dafür aus dankbarem Herzen zum Himmel emporsteigen und die reichsten Segnungen Gottes auf das teure Haupt Eurer Majestät, das ganze königliche Haus, wie das gesamte deutsche Vaterland herabflehen."

Wilhelm II. sagte darauf:

„Ich habe mich bewogen gefunden, das eidliche Gelöbnis der Treue, welches Sie soeben abgelegt haben, selbst entgegenzunehmen. (Folgen längere Ausführungen.) Dies weltgeschichtliche Ereignis ist ein lehrreiches Beispiel für den Segen eines vertrauensvollen Verhältnisses der Kirche zu dem höchsten Träger der Staatsgewalt und enthält zugleich eine ernste Mahnung. Ihre bisherige Amtsführung gibt mir die Zuversicht, daß Sie, dieser Mahnung eingedenk, auch in Ihrer neuen Würde Ihre Geistlichen und Gemeinden lehren und anhalten werden, mit der Anhänglichkeit an Ihre Kirche zu verbinden treue Ergebenheit gegen mich und mein Haus, warme Liebe zum deutschen Vaterlande und Gehorsam gegen die von Gott verordnete Obrigkeit."

Die mittelalterliche Form dieses Trutzbündnisses zwischen Staatsgewalt und Kirche ist ebenso lehrreich wie der Zweck der ganzen Aufführung: „Gehorsam gegen die von Gott verordnete Obrigkeit." Wilhelm II. ist bekanntlich, wie er selbst sagt, ein Instrument des Himmels und erhielt seine Krone von Gott. Aber der liebe Gott ist vielseitig. In Amerika, der Schweiz, Frankreich, Portugal usw. setzt er den Volkswillen als Obrigkeit ein, während er die Deutschen mit zwei Dutzend Gottesgnadenherren huldreichst beglückte. Dafür ist ihm der Deutsche ja auch so dankbar — und die Kirche beider Richtungen läßt dafür heiße Gebete steigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0001

Der Kampf um die Steuerzuschläge.

oder: wer ist schuld an dem Scheitern der Steuernovelle? Diese Angelegenheit beschäftigte am Freitag das Dreiklassenhaus. Der freikonservative Frhr. v. Zedlitz trat entschieden für die Erledigung dieses Gesetzes ein, das eine gerechtere Veranlagung der Einkommensteuer anstrebe. Der Finanzminister erklärte aber die von der Steuergesetzkommission beschlossene allmähliche Abschaffung der Steuerzuschläge als unannehmbar, während der Nationalliberale Dr. Friedberg und der Fortschrittler Pachnicke immer wieder fragten: wozu die ungeheuren Summen des Ausgleichsfonds aufspeichern und außerdem noch die Leute mit den Zuschlägen plagen? Die Liberalen verlangten auch wieder die Ersetzung der Landräte als Steuerveranlagungsbeamte durch eigne Kommissare, wovon aber der Konservative Frhr. v. Richthofen natürlich nichts wissen wollte.

In großzügiger Rede besprach Genosse Ströbel nicht nur die Angelegenheit der Steuerzuschläge, sondern die gesamten Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung. Zehlenmäßig wies er nach, daß Millionen und Millionen im Elend oder zumindesten in kümmerlichen Verhältnissen und Entbehrungen leben müssen, damit der Reichtum einiger tausend Krösusse sich immer rascher vermehren kann; so rasch, daß das Kapital sich im Inland nicht mehr genügend betätigen kann, sich das Ausland unterwirft, in ferne Länder dringt, Kolonien gründet und Einflußsphären schafft, was wieder den Imperialismus mit seinen ungeheuren Rüstungskosten erzeugt. Wenn diese Kosten aber einmal durch eine Besitzsteuer gedeckt werden sollen, dann setzt das parlamentarische Intrigenspiel ein, um die Opfer für das Vaterland wieder von den Besitzenden auf die abzuwälzen, gegen die man die Soldaten, Maschinengewehre und die glänzenden Kavallerieregimenter braucht! Diesmal verging dem Finanzminister Lentze der „Schlager", mit dem er sonst antwortete, der Hinweis auf die hohen Gewerkschaftsbeiträge der Arbeiter!

Am Sonnabend wird der Justizetat beraten.

Sozialdemokratische „Agitatoren" werden geächtet!

So hat der Herrscher über die Staatswerften, Herr v. Tirpitz, gestern wieder in der Budgetkommission des Reichstags verkündet. Abg. Genosse Brandes forderte Beseitigung der Bestimmung der Arbeitsordnung, wonach Sozialdemokraten auf den Werften nicht beschäftigt werden dürfen. Diese Bestimmung führe zur Bespitzelung der Arbeiter und fördere das Denunziantentum, wofür der Redner Beispiele anführte. Die von der Verwaltung entlassenen Arbeiter erhalten keine Auskunft über die Angaben, die gegen sie gemacht worden sind, so daß jeder Gegenbeweis wie jede Verteidigung ihnen unmöglich ist. Solche Bestimmungen müssen fallen. Wünschenswert sei die Erhöhung der Löhne auf den Werften. Admiralitätsrat Harms versuchte, die Forderung auf Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf „die Finanzen" zu bekämpfen. Genosse Noske erklärte, die Rücksichtnahme auf die Finanzen kenne die Verwaltung nur, wenn es sich um Forderungen für die Arbeiter handele, sonst aber nicht. Ebenso wie die englischen Staatswerften sehr wohl mit der achtstündigen Arbeitszeit leistungsfähig seien, müßten es auch die deutschen fertig bringen. Wenn die Marineverwaltung mit den Vertrauensleuten der Gewerkschaften in strittigen Fällen verhandeln würde, wäre das nicht nur vernünftig, sondern auch im Interesse beider Teile. Die schärfste Kritik verdiene die Bestimmung, Sozialdemokraten dürfen nicht beschäftigt werden. Die Regierung brauche sich bei einem solchen Verhalten nicht zu wundern, wenn ihr die Sozialdemokratie stets den schärfsten Kampf entgegensetze. Staatssekretär v. Tirpitz entgegnete, um die Gesinnung der auf den Werften beschäftigten Arbeiter kümmere sich die Verwaltung als einer Privatsache nicht; aber sozialdemokratische „Agitatoren" werden nicht geduldet. Auf die Frage des Genossen Vogtherr, was der Staatssekretär unter „Agitatoren" verstehe, erfolgte keine Antwort.

Das ist aber gerade die klarste Antwort! Denn die Regierung jagt jeden Arbeiter davon, der seine sozialdemokratische Gesinnung irgendwie verrät. Jedes verräterische Wort gilt ihr als „Agitation", und der Betreffende wird sofort zum „Agitator" gestempelt.

Sogar Abg. Giesberts (Zentr.) mußte erklären, gegen eine Partei, die 110 Mandate im Reichstage und viereinviertel Millionen Stimmen habe, könne man mit so kleinlichen Mitteln nicht mehr ankämpfen. Ohne sozialdemokratische Arbeiter wären heute die Staatswerften einfach aufgeschmissen. Nur die Agitation innerhalb des Betriebes sei zu bekämpfen, außerhalb müsse auch jeder Arbeiter sich agitatorisch betätigen können. Genosse Brandes wies nach, daß Leute auf den Werften lediglich wegen des Verdachts, Sozialdemokraten zu sein, entlassen werden. — Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Vom Landtagle mit der sozialdemokratischen Mehrheit.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt wird uns geschrieben: Ohne großes Geräusch nach außen klappert die Gesetzgebungsmaschine weiter. Dem Konfliktsstoffe wird aus dem Wege gegangen. Die Plänkeleien der Regierung mit der Mehrheit des Landtags spielen sich meist in den Ausschußsitzungen ab, in die Oeffentlichkeit kommt wenig davon. Die sozialdemokratische Mehrheit des Landtags gibt sich die erdenkliche Mühe, die jahrelang liegen gebliebenen Kulturaufgaben vor dem unvermeidlichen Sturm zu erledigen. Zunächst ist es der Etat, dann die Erbauung eines neuen Landeskrankenhauses, Einführung einer neuen Banordnung, was unbedingt unter Dach und Fach gebracht werden soll. Hinzu kommen die Erhöhung der Straßenwärterlöhne, Erhöhung der Löhne der widerruflich angenommenen Forstschutzbeamten, neue Besoldungsgesetze für die Volksschullehrer und für die Staatsbeamten und eine große Zahl von Petitionen. In all diesen Fragen wird es zum Konflikt nicht kommen, obgleich Stoff dazu genug vorhanden wäre. Wie schwer wird es z. B. der Mehrheit werden, dem Minister v. d. Recke das Gehalt zu bewilligen. Von den eingegangenen Regierungsvorlagen ist noch erwähnenswert ein Gesetz über die Zerschlagung von Grundbesitz, Erhöhung der Tagegelder und Reisekosten der Landtagsabgeordneten von 9 auf 12 Mark täglich. Der Landtag hat demnach wochenlang zu arbeiten, bevor er an das Wahlrechtsverschlechterungsgesetz und an die neue Pfarrerbesoldungsvorlage kommt. Schwer wird es noch sein, den Etat ohne ein neues Einkommensteuergesetz zu balancieren. Den letzten Landtagen waren in dieser Richtung Vorlagen von der Regierung gemacht worden, die aber immer mit anderen unannehmbaren Gesetzen, wie Wahlrechtsverschlechterung usw. verkoppelt und dann wieder zurückgezogen wurden.

Der Konflikt konzentriert sich langsam um die tolle Wahlrechtsverschlechterungsvorlage, die der preußische Junker v. d. Recke, der in Rudolstadt den starken Mann macht, vertreten will. Hier türmen sich die beiden Machtfaktoren des Ländchens zusammen. Man wird bald genug darüber hören.

Revolte gegen die Militärherrschaft in Japan.

Katsuras Ministerherrschaft ist von der Kammermehrheit wider Erwarten schnell das verdiente Ende bereitet worden. Umsonst hat der Vertrauensmann der Militärpartei die Kammer kurz hintereinander zweimal vertagt; vergeblich hat er von der dadurch gewonnenen Zeit einen Umschlag der feindlichen Stimmung erhofft. Am 5. Februar stellte ihm das Parlament ein Mißtrauensvotum aus und fünf Tage später erzwang es seinen Rücktritt. Freilich mußten sich alle Seiten längst klar sein, daß ein drittes Katsura-Ministerium eine politische Unmöglichkeit war. Wenn dessenungeachtet die Militärpartei die Berufung des 65jährigen Militärs geschehen ließ, so, weil sie in ihren Reihen keinen andern hat, von dem die Erfüllung ihrer Forderungen erwartet werden konnte. So unpopulär Katsura auch ist, er war immerhin noch die einzige Persönlichkeit unter der Kamarilla, die die Uebernahme der Ministerpräsidentschaft wagen durfte. Seine Auftraggeber mochten annehmen, daß seine staatsmännischen Fähigkeiten und gesellschaftlichen Verbindungen den Mangel an Popularität und Prestige aufwiegen würden. Diese Annahme ist zu schanden geworden. Katsura hat ein größeres Fiasko erlitten, als alle seine früheren Niederlagen zusammen genommen. Noch ehe er nur sein Programm in der Kammer richtig entwickeln konnte, wurde er von der Opposition gezwungen, den Kaiser um einen „weiseren Nachfolger" zu bitten. Durch die klägliche Niederlage ihres Vertrauensmannes hat die Militärpartei einen Schlag versetzt erhalten, den sie so bald nicht vergessen wird.

An scharfen Differenzen zwischen Parlament und Regierung hat es im „konstitutionellen" Japan von jeher nie gefehlt, wie die vielen Auflösungen der Kammer beweisen. Aber oft genug es dem Thron, zwischen den Hadernden zu vermitteln. Was dem verstorbenen Mikado aber zuweilen glückte, ist bis jetzt seinem Nachfolger versagt geblieben; denn der junge Kaiser Joschehito hat sich die letzten Wochen umsonst bemüht, die die Kammermehrheit bildende Seiyukai («Partei) zur Zurücknahme des Mißtrauensvotums und Aufgabe ihres Widerstandes gegen die Regierung zu bewegen. Nicht einmal ein gipserner Friede ist ihm gelungen.

Das charakteristische Merkmal der Revolte gegen die Militärkaste ist, daß der Einfluß des Thrones bedeutend abgenommen hat. Das bis vor kurzem noch so gewichtige Wort des „Gottessohnes" Mikado hat seine Wirkung eingebüßt. Die Abnahme des Nimbus und der Macht des Gottesgnadentums mag die europäische Auffassung gering veranschlagen, aber in dem asiatischen Feudalstaat von gestern hat sie eine große Bedeutung. Die bürgerlichen und bäuerlichen Schichten, die die Kammermehrheit stellen, setzen ihre Interessen über die des Hofes und seiner Kamarilla, und haben sie in den letzten sehr bewegten Monaten immer schärfer denen der herrschenden Kaste gegenübergestellt. Selbst der sonst bei allen Parteien wirkende Appell an den Patriotismus brachte diesmal kein Resultat. Die Opposition beharrt auf ihrer Forderung: parlamentarische Regierung, Verwaltungsreform und Einschränkung der militärischen Rüstungen.

Je energischer sie diese Forderungen der Militärpartei gegenüber behauptet, je stärker wird der beifällige Wiederhall im Volke. Der Widerstand der Seiyukai im Parlament wurde die letzten Tage durch Demonstrationen der Volksmasse nachhaltig unterstützt. Die regierungsfreundlichen Abgeordneten hatten sich vor dem Volkszorn zu flüchten. Die Polizeimacht war nicht imstande die regierungsfeindlichen Demonstrationen zu verhindern. In dem Kampfe zwischen Regierungsmacht und Volk wurden sechs Personen getötet undn 25 verwundet.

Japan wird jetzt von scharfen kapitalistischen Krisen zersetzt. Auf der einen Seite die allmächtige Militärpartei mit unerfüllbaren Forderungen, daneben eine erdrückende Schuldenlast und eine automatisch steigende Unterbilanz im Staatshaushalt; auf der andern Seite ein gänzlich ausgesogenes Volk und einen vollständig erschöpften Kredit im Auslande. Die unteren Schichten schreien nach Verminderung der Steuerlast und die herrschende Kaste sucht noch mehr Geld für ihre Expansionspolitik und den Militarismus aus dem arbeitenden Volke zu pressen, ohne selbst den Beutel zu öffnen.

Diese Interessengegensätze kann auch die feinste Diplomatie nicht aus der Welt schaffen. Sie müssen ausgekämpft werden. Die gegenwärtige Revolte gegen die Militärkaste ist nur der Anfang eines großen Kampfes zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Er wird vorläufig bloß von den Mittelschichten geführt. Wollen diese in dem Ringen nicht unterliegen, so müssen sie das Proletariat über die Bedeutung der Kämpfe aufklären und um seine Bundesgenossenschaft werben. Daß dies jetzt geschieht, ist die einzige erfreuliche Kunde, die aus Japan kommt.

Deutsches Reich.

— **Das fortschrittlich-nationalliberale Landtagswahlabkommen** für die Provinz Brandenburg, das nunmehr fest abgeschlossen ist, geht dahin: Beide Parteien führen den Wahlkampf in allen Kreisen der Provinz gemeinschaftlich bis auf den Kreis Brandenburg-Westhavelland-Zauch-Belzig, in dem jede Partei sich die freie und selbständige Entschließung vorbehält. Beide Parteien sind verpflichtet, mit keiner anderen Partei ohne Zustimmung der beiderseitigen

---

24]

Die Getreidebörse. (Nachdr. verboten)

Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris.

Während Marion ihren Auftritt noch einmal versuchte, gab Monsieur Gerardy Page durch lebhafte Gebärden zu verstehen, daß sie bald an die Reihe käme, und rief obendrein noch in heiserem Flüstertone:

„Lady Mary, machen Sie sich fertig. In einer Minute kommen Sie dran. Denken Sie an Ihr Stichwort."

Inzwischen hatte Marion weitergesprochen:

„Sieh! Die Kletterranken —"

„Rosen."

„Die kletternden Rosenranken —"

„Rosen, einzig und allein."

„Sieh, die Kletterrosen einzig und —"

„Mademoiselle Gretry, wollen Sie mir den außerordentlichen Gefallen erweisen, sich genau an den Wortlaut ihres Buches zu halten?"

„Ich dachte. Sie sagten —"

„Weiter, weiter, weiter! Ist es menschenmöglich, so einfältig zu sein? Lady Mary, aufgepaßt!"

„Sieh, die Kletterrosen haben die alten Steine in ihre liebende Umarmung gezogen. Die Vögel nisten in denselben alten Nestern —"

„Nun, Lady Mary, wo sind Sie? Sie kommen von der Veranda her."

„Ich warte auf mein Stichwort," warf Page ein. „Mein Stichwort ist: „Niemand, der sich meiner erinnert.""

„Wissen Sie," flüsterte Landry, der hinter Page getreten war, „famos würde sich's machen, wenn Sie mit einem Windhunde ankämen."

„Ach so, Mademoiselle Gretry," rief Monsieur Gerardy, „Sie haben das Stichwort nicht gebracht." Er wurde beängstigend höflich. „Wiederholen Sie gütigst den Satz, wenn ich bitten darf."

„Ein Hund würde sich famos auf der Bühne ausnehmen," flüsterte Landry. „Und ich weiß, woher ich einen bekommen kann."

„Woher?"

„Von 'nem Freunde. Einen wunderschönen Hund hat er, blaugrau —"

Plötzlich merkten die beiden, daß eine Unheil verkündende Stille eingetreten war. Der Einpauker hatte die Arme gekreuzt und starrte, die Lippen aufeinander pressend, Page an.

„Niemand, der sich meiner erinnert," platzte er endlich los. „Dreimal hat sie das Stichwort gegeben."

Page eilte auf die Szene mit den Worten:

„Ach, wieder ein herrlicher Morgen! Das Weinlaub ist im Tau gebadet!" Dann wandte sie sich nach dem „Hause" um und rief: „Artur!"

„Artur," mahnte der Spielleiter. „Das sind Sie, Herr Corthell. Nun, Mademoiselle Gretry, Sie haben jetzt etwas zu sagen."

„Ich kann's nicht sagen," murmelte Isabel Gretry, die ihr Taschentuch vor das Gesicht hielt.

„Wieso? Fahren Sie fort! Sie haben zu sagen: „Man darf mich hier nicht sehen. Alles würde entdeckt werden." Dann müssen Sie sich in der Laube verstecken. Fahren Sie fort! So sprechen Sie doch den Satz! Sie müssen Arturs Stichwort bringen."

„Ich kann nicht," murmelte die junge Dame hinter ihrem Taschentuche.

„Kann nicht? Warum denn?"

„Ich — ich habe Nasenbluten."

Jetzt geriet Monsieur Gerardy außer sich. Er machte kurz kehrt, schlug sich mit der Hand vor die Stirn und rollte die Augen wie im stummen Aufrufe zum Himmel. Dann wirbelte er wieder herum, fuchtelte Marion mit dem Buche von den Augen und schrie die Unglückliche wütend an:

„Ah, das hat gerade noch gefehlt! Sie sollten endlich wissen, daß man, wenn man ein Stück probiert, kein Nasenbluten hat. Unpassend ist das!"

Fräulein Gretry floh aus dem Zimmer. Laura erbot sich, die Rolle der Marion zu lesen.

„Nein, nein!" rief Monsieur Gerardy. „Sie — ah, wenn alle so wie Sie wären. Sie wollen sich gefällig zeigen, aber das genügt nicht. Ich bin beleidigt."

Bestürzt umringten die andern den Spielleiter und gaben sich alle Mühe, den Fall zu erklären. Fräulein Gretry hätte ihn nicht beleidigen wollen. Sie litte tatsächlich öfters an solchen Anfällen; sie wäre aufgeregt, nervös.

Aber Monsieur Gerardy ließ sich nicht beruhigen. O nein! Er wußte, was man einem Gentleman schuldig war. In seinem Künstlerstolze aufs tiefste gekränkt, schloß Monsieur Gerardy die Augen, zog die Brauen bis zum Stirnhaar in die Höhe und brummte dabei, daß er beleidigt sei. Auf alle Erklärungen, die man ihm gab, entgegnete er nur immer wieder:

„Man erlaubt sich nicht, Nasenbluten zu haben während der Probe."

Laura begann unwillig zu werden. Die bedauernswerte Isabel Gretry war weinend aus dem Zimmer geflohen. Die Verlegenheit, die ihr das unrichtige Kleid verursachte, die Grobheit Gerardys und das Nasenbluten hatten in ihrer Zusammenwirkung die Arme einem Nervenanfalle nahe gebracht. Sie war mit Frau Creßler in das Speisezimmer geeilt; von dort her hörte man von Zeit zu Zeit ihre Klagelaute. Laura hielt sich für berufen, einzugreifen. Wer war denn schließlich dieser Gerardy, der sich derartig zu benehmen wagte? Die arme Isabel Gretry traf keine Schuld. Laura faßte den Franzosen scharf ins Auge. Page, die der Schwester sofort ansah, daß sie ihre „große Manier" annahm, flüsterte Landry zu:

„Er soll sich nur in acht nehmen; Laura hat ihn gerade noch so weit gehen lassen."

„Es ist nicht schicklich," zeterte der Einpauker. „Es ist nicht statthaft. Ich bin beleidigt."

„Monsieur Gerardy," sagte Laura, „wir wollen, bitte, nicht mehr davon reden."

Ein allgemeines Stillschweigen trat ein. Monsieur Gerardy tat, als ob er nicht gehört hätte. Er atmete geräuschvoll durch die Nase, und Page beeilte sich zu bemerken, daß Marion während der nächsten Szene sowieso nicht aufzutreten hätte. Monsieur Gerardy fand mit einem Male seine gewöhnliche Sprechweise wieder und sagte:

„Fahren wir fort. Wir kommen nicht weiter, wenn wir Zeit verlieren. Vorwärts! Lady Mary und Artur fertig!"

Die Probe ging weiter. Laura, die in diesem Akte nichts zu tun hatte, kehrte zu ihrem Stuhle in der Ecke zurück. Aber die feine Gesellschaft, die vordem dort versammelt war, hatte sich aufgelöst. Frau Creßler weilte bei Isabel Gretry im Speisezimmer, und Jadwin, Tante Weff und Creßler waren in ein Gespräch über Gedankenlesen und Spiritismus vertieft. Als Laura herankam, trennte sich Jadwin von den andern und trat auf sie zu.

„Das arme Fräulein Gretry!" sagte er. „Immer der eckige Block in dem runden Locke. Ich habe nach Riechsalz geschickt."

Laura schien es, daß der Geldmann an dem heutigen Abende besonders gut aussah. Er kleidete sich zwar nie so nach der neuesten Mode wie Sheldon Corthell oder Landry Court; sie erwartete das eigentlich auch gar nicht von ihm. Seine Kleider waren nicht von der Art, die sie als „elegant" hätte bezeichnen können, aber Laura wußte durch die Erfahrung mit ihren eigenen Schneiderkleidern den Stoff zu beurteilen, der für Geld gar nicht besser zu haben war. Das augenscheinliche Fehlen jeder Wattierung in den breiten Schultern seines Gehrocks glich nach ihrer Ansicht die „fertiggemachte" Krawatte mehr als genügend aus, und wenn die weiße Weste auch nicht vom neuesten Schnitte war, so wußte Laura doch, daß sie einen Kleiderrock von demselben vortrefflichen Pikee nie hätte erschwingen können.

„Wir können mal ins Empfangszimmer gehen," schlug er plötzlich vor. „Charlie hat letzte Woche eine neue Uhr gekauft, die ein wahres Wunder ist. Sie sollten Sie sich ansehen."

„Ach nein," entgegnete sie. „Ich fühle mich hier so behaglich, und dann möchte ich auch sehen, wie Page sich im nächsten Akt macht."

„Ich fürchte, Fräulein Dearborn," fuhr er fort, als sie sich gesetzt hatten, „daß Sie an dem letzten Sonntagnachmittag keine besondere Freude gehabt haben."

Er meinte die Osterfeier in seiner Missionsschule. Laura, die sich mit Nervenschmerzen und einer Einladung zu Tische entschuldigt hatte, war ziemlich früh aufgebrochen.

„O, gewiß, es war sehr hübsch," entgegnete sie. „Nur hatte ich, um die Wahrheit zu sagen, etwas Kopfweh."

Sie schämte sich ein wenig, daß sie an der Art, wie Jadwin sich an diesem Nachmittage gegeben hatte, nicht gerade entzückt war. Die Ansprache, die er an die Schüler gerichtet hatte, war sicher gut gemeint, aber durch keinerlei Abweichung von dem Herkömmlichen ausgezeichnet gewesen. Das Bild Jadwins, wie er als Vorsänger mit dem Gesangbuche den Takt schlug und zwischen den einzelnen Versen erklärte, daß er wünschte, „die Stimme jedes Schülers beim Abfingen des nächsten Verses zu hören", hatte keinen besonders günstigen Eindruck bei ihr hinterlassen. Sie stellte sich Corthell in einer deratigen Rolle vor und konnte dabei ein Lächeln nicht unterdrücken. Mochte ihr Gewissen sich auch dagegen sträuben, sie mußte sich doch eingestehen, daß sie das Atelier der Sonntagsschule vorzog.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0002

Parteileitungen irgendwelche Wahlabmachungen zu treffen. Das richtet sich gegen die Sozialdemokratie — und ist klar und deutlich genug. Die Herrschaften können sicher sein, daß sie die Sozialdemokratie nicht belästigen wird.

— **Regierung, Volksversicherung und die Volksfürsorge.** Durch Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 11. Februar ist dem Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland, der bekannten Gegengründung zur „sozialdemokratischen" Volksfürsorge, die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf das Gebiet der Volksversicherung genehmigt worden. Der Verband wird unverzüglich mit der Durchführung des Betriebes der Volksversicherung beginnen.

Die Genehmigung ist hier merkwürdig schnell gegangen. Die von den freien Gewerkschaften in Verbindung mit den Genossenschaften gegründete Volksfürsorge hat, trotzdem das Gesuch schon vor einer ganzen Reihe von Monaten bei dem Aufsichtsamt für Privatversicherung eingereicht wurde, bis heute noch nicht ihren Geschäftsbetrieb aufnehmen können. Das ist bezeichnend! Jedenfalls werden die Arbeiter gut tun, den Agenten der von den Regierungen so lebhaft protegierten Privatversicherungsgesellschaften gegenüber auf der Hut zu sein, wenn sie ihnen in den nächsten Monaten das Haus einlaufen werden.

— **Gegen die Frauenentrechtung bei den Jugendgerichten** machen selbst die bürgerlichen Frauen mobil. Eine vom Bunde deutscher Frauenvereine einberufene öffentliche Versammlung in Berlin sprach sich für Zulassung der Frauen zum Schöffenamt an den Jugendgerichten aus. Bekanntlich hat die Mehrheit der Reichstagskommission, bestehend aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen die Nichtzulassung der Frauen bei der Jugendgerichtspflege beschlossen.

— **Landesverratsprozeß.** Vom Reichsgericht wurde am Freitag der Handlungsgehilfe Klemens Neumann aus Danzig wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde gegen ihn auf fünf Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht erkannt. Neumann hat ein von dem Jäger zu Pferde Heine entwendetes Karabinerschloß einer französischen Behörde angeboten. Er wurde festgenommen, als er einen postlagernden Brief der französischen Behörde vom Danziger Postamt abholen wollte.

England.

Zur englisch-deutschen Flottenverständigung. Wie man uns aus London schreibt, fährt die konservative Presse fort, die Bedeutung der Flottenerklärung des Admirals von Tirpitz nach Möglichkeit herabzusetzen. Es fällt ihr nicht schwer, aus den Aeußerungen deutscher imperialistischer und offiziöser Blätter den Schluß zu ziehen, daß die Erklärung eigentlich nichts Neues enthält, sondern nur die verspätete Anerkennung einer harten Tatsache darstellt. Dagegen sind die liberalen Blätter zu einer optimistischen Auffassung geneigt, und einige von ihnen geben sich Mühe, dieses erste Symptom einer Entspannung zwischen England und Deutschland zur Förderung einer dauernden Besserung der englisch-deutschen Beziehungen zu benutzen.

In der Daily News veröffentlicht der bekannte liberale Publizist Harold Spender einen interessanten Artikel über die Frage der englisch-deutschen Flottenverständigung, worin er erklärt, daß von dem Erfolg dieser Ouverture nicht nur der Friede zwischen England und Deutschland, sondern gegenwärtig wahrscheinlich auch der Friede zwischen Oesterreich und Rußland abhängt. Spender fährt dann fort: „Ich habe guten Grund zur Annahme, daß das deutsche Anerbieten nach sehr gründlichen und formellen Beratungen zwischen den deutschen Regierungschefs gemacht wurde. Die Erklärung des deutschen Marineamts hatte vor ihrer Veröffentlichung die Zustimmung sowohl des deutschen Kaisers wie des Reichskanzlers. Die Erklärung stellt deshalb eine überaus wichtige Entscheidung in der deutschen hohen Politik dar. Es ist eine neue Entscheidung und sie ist das Ergebnis einer neuen politischen Situation. Sie ist die erste dauernde und schlagende Folge der großen sozialistischen Siege bei den letzten Reichstagswahlen.

Die größte Schwierigkeit sehen die liberalen Blätter in der Frage der kolonialen Flottenbauten. Manche von ihnen benutzen die neue Situation dazu, gegen die mit den kanadischen Flottenbauten vorläufig entschiedene Entwicklung, wonach die Kolonien keine selbständigen Kriegsflotten bauen, sondern die von ihrem Gelde gebauten Kriegsschiffe der englischen Admiralität übergeben, wieder anzukämpfen. Sie erklären, daß die kolonialen Flottenrüstungen bei der Festsetzung des englisch-deutschen Flottenverhältnisses gar nicht in Betracht kämen, wenn sie ausdrücklich die Schaffung selbständiger Kriegsflotten der Kolonien zum Ziele hätten. Dagegen könne man sie jetzt nicht ohne weiteres aus der Berechnung lassen.

Die englische Regierung hat bisher jede Aeußerung zu der Frage vermieden, sondern will ihre Erklärung bis zur Einbringung des neuen Flottenetats verschieben. Es wird jedoch allgemein erwartet, daß die neue Wendung wenigstens die Folge haben wird, daß die englische Regierung in diesem Jahre keine frischen Flottenforderungen stellen, sondern sich mit der Durchführung des im vorigen Jahre angekündigten Flottenprogramms begnügen wird. Dieses sieht für das kommende Jahr den Beginn von fünf neuen Dreadnoughts vor. Nichts zeigt so eindringlich die unerträgliche Last des Imperialismus, als daß ein solches Flottenprogramm für einen Fortschritt in der Richtung einer Friedenspolitik betrachtet werden kann.

Mexiko.

Madero zum Rücktritt gezwungen! Mexiko, 15. Februar. (Associated Preß.) Präsident Madero ist zurückgetreten. Auch der Minister des Innern Hernandez hat seine Demission gegeben.

Die Kämpfe in der Stadt Mexiko dauerten am Donnerstag den ganzen Tag an. Präsident Madero griff von neuem die in der Zitadelle verschanzten Revolutionäre unter Felix Diaz an. Das Gebäude des amerikanischen Klubs ist durch den Kugelregen zerstört worden. Die Insurgenten sollen den Staatsbahnhof im Mittelpunkt der Stadt Mexiko niedergebrannt haben. — In den Straßenkämpfen sind nach den bisherigen Feststellungen **900 Menschen getötet und 1600 verwundet** worden.

Mexiko, 15. Februar. Eine Abteilung des 20. Infanterie-Regiments, die zwischen dem Nationalpalast und dem Arsenal aufgestellt war, hat gemeutert, ihre Offiziere erschossen und versucht, sich mit Diaz zu vereinigen. Die Meuterer sind aber überwältigt worden, und 40 von ihnen wurden nach dem Palast gebracht.

Washington, 15. Februar. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat beschlossen, das Ergebnis der Kämpfe in der Stadt Mexiko abzuwarten, ehe sie einen Beschluß darüber fassen wird, ob sie dort eingreift.

Kleine Auslandsnachrichten. Araberaufstand in Kleinasien. Wie das Reutersche Bureau aus Sana meldet, haben sich die Araber in Kataba an der Grenze des englischen Aden-Gebietes erhoben und den Vizegouverneur getötet. Mehrere Beamte wurden verwundet. Der Aufstand wird auf die Errichtung von Zollstationen längs der Grenze zurückgeführt. — Taft gegen das neue Einwanderergesetz. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Taft, hat gegen die Gesetzesvorlage, durch welche die Analphabeten unter den Einwanderern ausgeschlossen werden sollten, Einspruch erhoben.

Aus der Partei.

Der erste russische Frauentag.

Als neuer Beweis für das Wiedererwachen des politischen Kampfes in Rußland kann die Einberufung zum ersten russischen Frauentag durch die St. Petersburger Genossen gelten. Der Frauentag soll in der Zeit des internationalen Frauentages stattfinden. Man wird eine spezielle Frauennummer herausgeben, man plant Versammlungen und betreibt schon jetzt eine rege Agitationsarbeit für dieses sozialpolitische Ereignis. Wenngleich, in Rußland die Rechtlosigkeit der Arbeiterinnen nicht so scharf hervortritt, wie in den konstitutionellen Ländern und Republiken, weil beide Geschlechter im russischen Volke gleich rechtlos, gleich geknechtet und ausgebeutet sind, hat doch auch der Frauentag für die Russen eine große Bedeutung. Gerade weil die russische Arbeiterklasse so sehr niedergedrückt ist unter der Faust der Reaktion, kann dieser Frauentag einen neuen Ansporn und eine Neubelebung für die frische kampfesmutige Stimmung werden, die von Tag zu Tag mehr Boden in der russischen Arbeiterbevölkerung gewinnt. Und auch für die internationale Arbeiterinnen-Bewegung wird dieses Erwachen der Russinnen ein neuer Ansporn sein.

Genossinnen, rüstet auch Ihr wacker zu den Versammlungen, die anläßlich des internationalen Frauentages am 2. und 3. März stattfinden.

Zum Begräbnis Schuhmeiers

entsendet der Parteivorstand den Genossen Scheidemann als Vertreter. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nehmen die Genossen Richard Fischer und Geyer an dem Begräbnis in Wien teil. Die Bestattung erfolgt am Sonntag mittag. Die Parteiorganisation von Groß-Berlin delegiert zu den Trauerfeierlichkeiten den Genossen Eugen Ernst.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kasparek. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Gewerkschaftliches.

Eine Gewerkschaftskrise in Frankreich.

Aus Paris schreibt man uns: Seit Monaten will in Frankreich die Diskussion über die „Krise des Syndikalismus" nicht endigen und wird jetzt in den Arbeiterblättern eifriger denn je ausgetragen. Für uns, die wir den Syndikalismus, wie er hier verstanden wird, nie anders als eine vorübergehende, primitive Kampfform eingeschätzt haben, ist diese „Krise" durchaus nicht überraschend. Solange sich die französischen Gewerkschaften nicht völlig frei gemacht haben werden von der anarchistischen Phrase und den anarchistischen Kampf- und Organisationsmitteln, solange sie nicht einen Ausgleich mit der sozialistischen Partei gefunden haben werden, wird es immer wieder zu solchen inneren Krisen kommen.

Merkwürdig ist, wie die Gewerkschaftsführer bei der ganzen Debatte im Dunkeln tappen. Bald soll das Mißtrauen an allem schuld sein, bald die mangelnde Begeisterung. Dem einen sind die Gewerkschaften nicht revolutionär genug, dem andern sind sie zu waghalsig.

Einen interessanten Einblick über die Ursachen des allgemeinen Mißbehagens bekommt man, wenn man die Jahresabrechnungen und Streikstatistiken der stärksten französischen Gewerkschaft, des Bauarbeiterverbandes, studiert. Diese Föderation ist noch jung; sie wurde im Juli 1907 gegründet. Sie nahm einen sehr raschen Aufschwung und erreichte ihren höchsten Mitgliederstand im Jahre 1910 mit einem Jahresdurchschnitt von über 80 000. Im Jahre 1911 trat ein merklicher Stillstand in der Mitgliederbewegung ein und im Jahre 1912 ein starker Rückschritt. Das Jahr 1912 wies nunmehr einen durchschnittlichen Mitgliederstand von 63 357 auf, also 17 000 weniger wie im Jahre 1910. Dieses schnelle Wachstum wurde begleitet, ja es ging ihm vielfach voraus eine starke, regellose Streikbewegung. Im Jahre 1910 wurden 143 Streiks geführt, im Jahre 1911 sogar 161 Streiks. Im Jahre 1912 trat jedoch der Rückschlag ein; es fanden nur mehr 78 Streiks statt. Während die amtliche Streikstatistik eine durchschnittliche Streikdauer von 14 Tagen während der letzten zehn Jahre ermittelte, war die durchschnittliche Dauer der Streiks des Bauberufs im Jahre 1912 jedoch 36½ Tage. Daraus geht deutlich hervor, daß die Widerstandskraft der Unternehmer bedeutend zugenommen hat. Diese zu überwinden, sind die französischen Gewerkschaften nur unvollkommen gerüstet. Den Gewerkschaften ist eben der Atem ausgegangen, und die Gewerkschaftsführer beginnen einzusehen, daß die Arbeiter nicht „nur zu wollen brauchen", um den Achtstundentag zu erreichen, Kriege zu verhindern usw., ohne daß dahinter eine stark organisierte, disziplinierte und aufgeklärte Arbeiterschaft steht. In den Diskussionen über die Gewerkschaftskrise kommt immer wieder das Argument, daß es den französischen Gewerkschaften an fähigen und tätigen Gewerkschaftern fehle. Sieht man sich die vom Bauarbeiterverband veröffentlichte Statistik über die Arbeitszeit an, dann wird man das begreifen. Aus den 25 Gauen des Verbandes wurden 153 Orte ausgewählt. Die dort übliche Arbeitszeit war folgende:

Stunden täglich	12	11½	11	10½	10	9½	9
in Orten	23	9	37	9	73	1	1

In 78 von 153 Orten ist also die Arbeitszeit noch länger als 10 Stunden. Dabei kann natürlich weder von einer gewerkschaftlichen Tätigkeit noch von einer Aufklärung gesprochen werden. Mit den Löhnen steht es zwar etwas besser, um aber die Arbeitszeit einzuschränken, dazu gehören eben starke Organisationen und gefüllte Kassen. Und da fehlt es den französischen Gewerkschaften am meisten. 16 276 Arbeiter waren an den Streiks der Bauarbeiter im Jahre 1912 beteiligt, an die der Verband 62 824 Fr. Unterstützung auszahlte, was pro Tag etwas über 10 Centimes (8 Pf.) ausmacht. Angenommen, die Syndikate zahlen den doppelten Betrag an die Streikenden, so ist die gezahlte Streikunterstützung immer noch so geringfügig, daß die eingetretene „Ermüdung" sehr begreiflich ist.

Dieser Zusammenbruch einer Taktik, die Streiks vornehmlich mit Begeisterung führen will, die die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit vernachlässigt zugunsten einer antimilitaristischen, antiparlamentarischen und mehr oder weniger versteckten antisozialistischen Propaganda, die die Arbeiterbewegung spaltet in eine gewerkschaftliche und eine politische Bewegung, die einander ignorieren, wenn sie sich nicht bekämpfen, mit einem Wort, die Taktik des Anarchosyndikalismus ist es, die die französischen Gewerkschaften in eine schwere innere Krise gebracht hat. Daraus gibt es keinen anderen Ausweg, als den, den die internationale Gewerkschaftsbewegung längst geht.

Die heutige Nummer umfaßt 18 Seiten.

Sprechstunde der Redaktion von ½12 bis ½1 Uhr.

Nur noch

5 Ausnahme-Tage!

Sonnabend den 15. Februar
Sonntag den 16. Februar
Montag den 17. Februar

Während dieser Tage gewähren wir 10% Rabatt trotz unserer anerkannt billigen Preise

Dienstag den 18. Februar
Mittwoch den 19. Februar

auf alle Waren.

(Nur Kurzwaren sind ausgeschlossen.)

6245

Geschäftshaus J. LEWIN Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0003

6244

Für die

Konfirmation

:: und Prüfung! ::

Elegante fertige

Konfirmations- u. Prüf.-Kleider

in schwarz, weiss und farbigen Stoffen, modernste Verarbeitung. Jede Grösse vorrätig.

Konfirmanden-Jacketts u. Mäntel

schwarz und farbig

12⁰⁰ 10⁶⁰ 8⁶⁰ 7²⁵ 6⁴⁵ 5⁵⁰ **4⁷⁵**

Konfirmanden- Erbsenpel, Wäsche, Korsetts, Unterröcke, Strümpfe, Kunstseidene .....

in unerreichter Auswahl zu billigsten Preisen.

Hochmoderne Konfirmanden-Anzüge

aus nur erprobten, bewährten Stoffen verarbeitet.

Meltan-Cheviot-Anzug kräftige, tiefschwarze Ware **8⁵⁰**	**Diagonal-Cheviot-Anzug** erprobt solide im Tragen **12⁵⁰**
Kammgarn-Anzug Ia. Qual. u. Verarbeitung **16⁰⁰**	**Pa. Tuch-Kammg.-Anzug** — Ersatz für Maß — **21⁰⁰**

Prüfungs-Anzüge

18⁰⁰ 15⁰⁰ 12⁵⁰ 10⁰⁰ 8⁵⁰

Kleiderstoffe für Konfirmation und Prüfung.

Weiss Wollbatist Cheviot reine Wolle, doppeltbreit 2.25, 2.00, 1.80, 1.50 **1⁸⁵**

Prinzenstoff Mtr. von **90** Pf. an

Eolienne, Alpacca, Satintuch in grosser Auswahl.

Schwarze Kleiderstoffe:

Crêpe, Cheviot, Diagonal doppeltbreit Mtr. 2.25, 2.00, 1.80, 1.20 **1⁰⁰**

Satintuch, Serge, Popeline doppeltbreit Meter 3.00, 2.50, 2.00, **1⁶⁰**

Farbige Kleiderstoffe:

Satintuch reine Wolle, doppeltbr., große Farb.-Ausw., Mtr. 2.50 2.00 **1⁶⁵**

Popeline u. Serge reine Wolle, in all. neuen Saison-Farben Mtr. 2.50 2.10 1.60 **1⁶⁰**

Crêpe in gross. Farben-Sortiment, doppeltbreit Mtr. 1.80 1.40 1.00 **85** Pf.

Cheviot doppeltbreit Mtr. 2.00 1.75 1.40 1.00 **80** Pf.

Konfirmanden-Krawatten, Kragen, Serviteurs, Manschetten, Hüte, Socken in jeder Preislage.

Alex Michel

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

6126

Künstliche Zähne

von **1,50** Mark an.

Garantie f. Sitz u. Haltbarkeit, naturgetreues Aussehen und absolute Brauchbarkeit beim Essen.

Siehe Schaukasten.

Umarbeitung schlechthin. Gebisse, von 1 Mark an per Zahn.

Reparatur zerbrochener Gebisse von 1 Mark an, 5735

Plomben von 1 Mark an.

Spezialität: soweit möglich **schmerzloses Zahnziehen,** 0,75 Mk. bis 1.50 Mk.

Zahnatelier „Britannia"

jetzt nur Gr. Ulrichstr. 11. Teilzahlung. Telephon 3865.

---

18 Mk Ober- u. Unterbett, Kissen, rotes Inlett, Schreibtisch 22 Mk., prachtvolles Sofa 35 Mk., Schrank 32 Mark, Spiegel, Tisch 10 Mark, Waschtisch 16 Mark, Uhr, 2 Bilder und eine Ringschiff-Nähmaschine, wenig gebraucht, spottbillig zu verk.

Geiststr. 21,

— 2 Treppen. — 6250

Für die Herren Gastwirte:

Einladungskarten

zu

Narrenabenden, Bockbierfesten, Familien-Abenden, Schlachte-Festen.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung.

Auf Kredit!

empfiehlt 6259

Möbel, einzelne Stücke als auch komplette Zimmer- und Wohnungs-Einrichtungen, ferner Garderobe und Wäsche für Herren und Damen, Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Schuhwaren, Betten, Kinderwagen etc.

auf bequeme Teilzahlung. Die Zahlungsweise wird ganz nach Wunsch des Käufers eingerichtet.

Robert Blumenreich,

Grosse Ulrichstrasse 24, I., II. III. Etage.

Zopf-Siebert, Halle a. S.

nur Leipzigerstr. 33 u. 79, I. Et. Tel. 3129.

Grösstes Spezial-Haar-Geschäft der Provinz Sachsen.

Serie 1	Nr. 1	2	3	4	5
schwer zirka	40	60	70	75	90
lang zirka	60	65	70	75	80
Preis M.	3.50	5.50	9	10	14

Serie 2	Nr. 1	2	3
schwer zirka	60	60	65
lang zirka	70	75	75
Preis M.	6	7	8

Serie 3	Nr. 1	2	3	4
schwer zirka	50	60	60	75
lang zirka	60	65	70	75
Preis M.	2	2.60	4	5

:: Trotz der billigen Preise 10 % Rabatt. :: 6265

Wohnungs-Anzeigen

Zum 1. März cr. sucht junge, anst. Dame möbliertes Zimmer mit voller Pension. Offerten mit Preis u. V. K. 217 an die Exped. ds. Bl. erb. *2344

Saub. Schlafstelle a. Alleinbew. 6234 Pfännerhöhe 31, part. l.

Wohnung, St., K., K. u. Korr. (70 Taler) an ruh. Leute zu vermiet., Kiethenstr. 35, I. 6238

Arbeitsmarkt

Tapezierer-Lehrling stellt ein B. Weiss, Dekorateur, Steg 18. 6249

Tapezierer- u. Dekorat.-Lehrling sucht 6248 B. Metzner, Georgstr. 14

Maler-Lehrling a. 1./4. gesucht. Wilh. Wolf, Dekorationsmal., Zietenstr. 6 (6255

Haushaltungsbücher

für alle Tage des Jahres,

für jede Familie und einzelne Personen passend.

Preis 1 Mk.

Küchen- und Wirtschafts-Buch 1913.

Preis 50 Pfg.

Volks-Buchhandlung, Harz 42/43.

Rock- u. Hosenschneider

für gute Maßarbeit sofort gesucht.

S. Weiss. 6261

Alle Parteischriften zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**

Reisekoffer, Reisetaschen, Schultornister, Schultaschen.

Grösste Auswahl! Beste Fabrikate! Enorm billige Preise. *2246

Hermann Röschel

40 obere Leipzigerstr. 40.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191302 16-19/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 40 — Halle (Saale), Sonntag den 16. Februar 1913 — 24. Jahrg.

Sozialdemokratischer Verein Halle (Saale).

Donnerstag, d. 20. Februar, abends 8½ Uhr, im großen Saale des **Volksparks,** Burgstr.:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Genossen **Dr. Pannekoek,** Bremen:

Imperialismus und **Sozialdemokratie**

6257

2. **Vereinsangelegenheiten.**

Die Mitglieder werden ersucht, bei dieser, für unsere Partei so wichtigen Tagesordnung, recht zahlreich zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. **Der Vorstand.**

Steuer„politik".

Reich und Arm in Preußen.

Steuerdebatte im Dreiklassenhause.

In der Sitzung des preußischen Dreiklassenhauses am Freitage kam bei Beratung des Etats der Steuern auch die Sozialdemokratie durch ihren Abg. Ströbel zu Wort. Der Redner machte folgende aufrüttelnd wirkende Feststellungen:

Abg. Ströbel (Soz.):

Hier ist behauptet worden, daß die Zahlen der Denkschrift über die Ergebnisse der Einkommensteuerveranlagung im Jahre 1912 den Beweis lieferten, daß wir in einer Zeit der wirtschaftlichen Prosperität lebten, was wieder dafür zeuge, daß wir an dem „bewährten Schutzzollsystem" festhalten müßten. Wenn wirklich das Einkommen weiterer Schichten der industriellen Arbeiterschaft, des gewerblichen Mittelstandes, der Privat- und Staatsbeamten sich gegen früher gehoben hätte, so läge darin auch noch keine Verbesserung ihrer Lage, **weil die hohen indirekten Steuern und Zölle wieder das wegnehmen, was als Erhöhung des Geldlohnes zu verzeichnen war.** Frhr. v. Zedlitz erklärte als einen Vorteil des neuen Steuergesetzes, daß es

eine Besteuerung der Konsumvereine

bringt. Wir sehen darin etwas ganz Ungeheuerliches, denn die Konsumvereine sind keine Erwerbsgenossenschaften und wollen den Konsumenten die kolossale Verteuerung aller Lebensmittel etwas weniger fühlbar machen, indem sie den Zwischenhandel ausschalten. Er sprach weiter davon, daß die schärfere Heranziehung der Steuerpflichtigen durch die Steuernovelle die Erfüllung einer Ehrenpflicht gegen die Arbeiter bedeuten würde. Wir erkennen die schärfere Heranziehung an, aber daß damit die „Ehrenpflicht gegen die Arbeiter" eingelöst sei, davon kann keine Rede sein. Die erste Vorbedingung für eine gerechte Steuerveranlagung auf dem flachen Lande ist **das Ausscheiden des Landrats aus der Einschätzung,** so lange das nicht der Fall ist, haben wir keine Garantie für gerechte Heranziehung des Besitzes auf dem platten Lande. Die Städte sind längst und mit großem Erfolg zur Anstellung technischer Steuerkommissare übergegangen. Gerade **daß der Landrat mit den Leuten verwachsen ist** und von dem Kreistag, den die Großgrundbesitzer beherrschen, vorgeschlagen ist, beweist, daß er nicht der richtige Mann sein kann. Ein steuertechnischer Kommissar kann durch eingehendes Studium der Erwerbsverhältnisse und scharfe Kontrolle sich viel besser über die wirtschaftliche Lage in dem Bezirk, über Einkommen und Vermögen unterrichten. Wenn wir, nach dem Abg. v. Richthofen, mit der Anstellung von Steuerkommissaren warten wollten, bis etwa Pflichtverletzungen der Landräte konstatiert seien — da könnten wir lange warten! (Sehr gut! b. d. Soz.) Gerade beim landwirtschaftlichen Grundbesitz können sehr leicht

Steuerhinterziehungen

begangen werden, z. B. bei der Anrechnung des Hausbedarfs, selbstverständlich aber ebenso bei dem mobilen Kapital aus Besitz, Industrie oder Börsenspiel. Wenn sich die Deutsche Tageszeitung mit der Freisinnigen Zeitung herumschlägt, auf welcher Seite mehr unterschlagen wird, so werden sie wohl beide recht haben. (Heiterk. b. d. Soz.) Als einmal eine Deklarationspflicht für alle Geldinstitute über ihre Wertpapierbestände und Einlagen verlangt wurde, da empörten sich die Konservativen außerordentlich über eine solche Spürerei, die überdies nicht zum Ziele führen würde. (Hört, hört! b. d. Soz.) In der Tat wird man das wirkliche Einkommen der Agrarier, Industriellen und Börsenkapitalisten niemals erfahren. Um so mehr aber ist es notwendig, die

Steuerdenunziationspflicht gegen Arbeiter zu beseitigen,

die Arbeiter und Beamte bis zum letzten Pfennig zur Steuer hereinzuziehen gestattet. 62 Millionen, nämlich den Betrag der Zuschläge, die zum weitaus größten Teil von den besser Situierten und Reichen aufgebracht werden müssen, **wollen sich die Besitzenden schenken lassen.** Die Nationalliberalen und Freisinnigen haben sich dazu bekannt, die Konservativen sind nicht ganz dafür, aber auch nicht ganz dagegen, Frhr. v. Zedlitz hofft, sich mit der Regierung auf einer „mittleren Linie" zusammenzufinden, und nur das Zentrum hat geschwiegen, um vielleicht später sich zu äußern, wenn es gesehen hat, wie der Hase läuft. Die Einarbeitung der Zuschläge hätte zur Folge gehabt, daß auch sie zur Kommunalsteuergrundlage gemacht worden wären, deren progressive Gestaltung eine Forderung der Gerechtigkeit wäre. Bei der Debatte über

die Deckung der kommenden Militärvorlage,

die wir gestern hier gehabt haben, hat Herr Herold erklärt, daß man einstweilen die Karten noch nicht aufdecken wolle. Frhr. v. Zedlitz fürchtet allerdings, daß der jetzige Reichstag mit seinen 110 Sozialdemokraten und seinen Freisinnigen eine „Konfiskation des Besitzes" durchführen könnte. Die Entdeckung, daß die Freisinnigen den Besitz konfiszieren wollen, hat Herr v. Heydebrand dem Herrn v. Zedlitz überlassen! (Sehr gut! links.) Sie möchten jetzt, wo Sie einmal für militärische Zwecke, für das Vaterland in die Tasche greifen sollen, die Besitzsteuer hier machen, um sie zu verschleppen, **deshalb verschleppen Sie auch die Steuernovelle.** Und dieselben Parteien, die im Reichstage an indirekten Steuern dem Volk nicht genug schwere Lasten aufzubürden vermochten, sind hier außerordentlich zaghaft und vorsichtig, wenn sie ihren Beitrag auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen sollen. Herr Friedberg findet es bedenklich, dem preußischen Volk zu den Zuschlägen noch die 80 Millionen aufzuerlegen, die aus dem schärferen Veranlagungsverfahren gewonnen werden soll. Aber damit **tritt doch Herr Friedberg für die Steuerdefraudanten ein!** Er hat davon gesprochen, daß das Dreiklassenparlament auch mal die nötige Kraft gegen die Regierung entfalten möge: nun, wenn es gilt,

das Portemonnaie der Besitzenden zu schützen,

dann hat dieses Haus diese Kraft immer gehabt, nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen das Volk! (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Ich will nun die Ergebnisse der Einkommensteuer besprechen, und würde mich freilich nicht wundern, wenn der Finanzminister nachher für den Sutkurs, den ich ihm soeben geleistet habe, damit danken würde, daß er meine Betrachtungen als „unrichtig" hinstellt! Die Zahl der Steuerpflichtigen hat seit 1892 von noch nicht 3 Millionen auf etwa 7 Millionen zugenommen, deshalb soll sich angeblich die Lage der breiten Volksmassen außerordentlich „verbessert" haben. Ich stelle fest, daß die Sozialdemokratie niemals eine Verelendungstheorie in dem Sinne aufgestellt hat, daß die Lage der arbeitenden Schichten sich absolut verschlechtere, sondern die Sozialdemokratie hat immer gesagt,

daß Besitz und Einkommen und Lebensverhältnisse der Besitzenden sich weit stärker verbessern, als die Lebensverhältnisse der Volksmassen.

Eine andere Behauptung würde ja auch mit unserer eigenen gewerkschaftlichen Arbeit im schärfsten Widerspruch stehen! Die Zunahme der Steuerpflichtigen beweist aber nichts, denn eingetretenermaßen hat die Kaufkraft des Geldes stark abgenommen. Von den 6 122 000 Zensiten mit 900 bis 3000 Mk. Einkommen haben 4 242 787 ein Einkommen von nur 900 bis 1500 Mk., was bei den heutigen Preisen gerade nur bedeutet, daß sie nicht im Elend leben. Immerhin erreichen

16 Millionen Deutsche noch nicht 900 Mk. Einkommen

und weitere 3,5 Millionen Zensiten (mit ihren Angehörigen) sind auf Grund der §§ 19, 20 des Steuergesetzes steuerfrei, ihre Lebenslage ist eine schlechte. Man hätte doch erwarten sollen, daß wenigstens die Freisinnigen und das Zentrum auch nur ein Wort über diese Zustände, über das Leben der ausgebeuteten und ausgeplünderten Massen, sagen werden! Der Zentrumsgraf v. Spee aber stöhnte bei der ersten Lesung über das „staatssozialistische" Steuergesetz der Regierung, weil Einkommen von 100 000 Mk. statt 4,97 später 5 Proz. Steuer zahlen sollten! Die Regierung selbst hat seinerzeit vorgeschlagen, die Zuschläge erst bei 7000 Mk. Einkommen beginnen zu lassen, aber alle bürgerlichen Parteien samt den Freisinnigen haben beschlossen, auch die kleineren Einkommen damit zu belasten! (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Zahl der Zensiten mit einem Durchschnittseinkommen von 20 000 Mk. stieg von 1910 bis 1912 von 89 650 auf 99 620, die derjenigen mit 30 500 bis 100 000 Mk. Einkommen von 18 535 auf 20 999 und derjenigen mit 200 000 Mk. Durchschnittseinkommen von 3893 auf 4556. So sehen wir, daß sich

die Einkommen der besitzenden Klasse außerordentlich erhöhen,

ohne daß das Gesamtvermögen wirklich steuerpflichtig gemacht würde. Merkwürdigerweise hat man aus der amtlichen Denkschrift diesmal die Darstellung weggelassen, was die einzelnen Zensitengruppen bezahlen, woraus ein Schluß auf ihre Einkommen möglich sein würde. Wir werden uns, insbesondere wenn wir erst mehr Sozialdemokraten hier im Landtag sind, auch mit der amtlichen Statistik befassen müssen. Sie scheint

sozial aufreizende Tatsachen verschweigen

zu wollen, weil sonst die Volksmassen sich noch mehr der Sozialdemokratie anschließen würden. Das wäre aber wieder sehr gut, denn dann würde dafür gesorgt werden können, daß diese unerhörten Zustände aus der Welt verschwinden. **Die Zahl der Millionäre stieg von 1892 bis 1905 von 1690 auf 4456** und ist seitdem gewaltig weiter gestiegen. Auf Kosten der großen Massen der Bevölkerung werden

die Millionäre gezüchtet.

Soll das soziale Gerechtigkeit sein? Viel besser wäre es, wenn die Einkommen gleichmäßiger verteilt wären, damit sich auch die großen Massen ein menschenwürdiges Dasein leisten können. Das aber wollen freilich die Besitzer der Macht und die Repräsentanten des Geldsacks nicht und sie klagen über „staatssozialistische" Entwicklung und „Konfiskation des Eigentums!" Der freikonservative Herr v. Dewitz hat in seiner Broschüre „Erbzuwachssteuer als Besitzsteuer" festgestellt, daß sich das Vermögen der Besitzenden in ganz anderer Weise vermehre, als das der Bevölkerung. Es vermehrten sich von 1908 bis 1911 pro Kopf die Vermögen von 6000 bis 100 000 Mk. um 2800 Mk., von 100 000 bis 500 000 Mk. um 18 000 Mk., von 500 000 bis 1 Million Mark um 61 000 Mk., von 1 bis 2 Mill. Mark um 149 000 Mk. und von mehr als 2 Mill. Mark um 634 000 Mk. Diese letztere Gruppe umfaßte nicht weniger als 3425 Personen. Es versteuerten 1895 1823 Zensiten ein Durchschnittsvermögen von 5,2 Millionen Mark, 1911 3425 Zensiten ein Durchschnittsvermögen von 5,32 Millionen Mark, also **eine fortwährende rapide Vermehrung des Reichtums der besitzenden Klassen!** Von 1902 bis 1908 stieg das Vermögen der 6000 reichsten Leute in Preußen **um 1254 Millionen Mark,** also auf jeden der damals 38 Millionen Einwohner Preußens 33 Mk. und wenn wir auf drei Köpfe eine erwerbsfähige Person rechnen, so ergibt sich,

daß jede hundert Mark mehr pro Jahr erarbeiten mußte,

nur damit diese 6000 reichsten Leute ihr Vermögen derart vermehren konnten. Diese ungeheure Akkumulation von Kapital veranlaßt es, daß das Kapital seine Verwendung im Auslande sucht. Schon vor 5 Jahren waren mindestens 30 000 Millionen deutsches Kapital im Ausland investiert. Die Folgen davon sind die koloniale und weltpolitische Spekulation und Aberteuerei. **Aus diesem Imperialismus aber erwachsen wieder die kolossalen Ausgaben für Militarismus, Marinismus und auch schon Luftmilitarismus.** Eines treibt das andere, deshalb wäre es notwendig, hier eine Steuerpolitik zu machen, die nicht die großen Massen der Bevölkerung ausbeutet, sondern sie in die Lage versetzt, anständig leben zu können. Deshalb wären vor allen Dingen nicht die Zuschläge für die besitzenden Klassen zu beseitigen, sondern für die kleinen Einkommen. Die Steuergrenze wäre aber auf mindestens 1500 Mark Einkommen heraufzusetzen. Sie haben in der Kommission diese unsere Forderung abgelehnt, der Freisinn ließ sie fallen, als er keine Gegenliebe fand. **Wir müssen die volksfeindliche Politik der Mehrheit dieses Hauses immer wieder vor dem Lande brandmarken,** denn erst, wenn sie beseitigt ist, werden wir eine vernünftige Steuerpolitik bekommen. 1889 schon hat die Regierung selbst die Steuergrenze auf 1200 Mk. heraufsetzen wollen, das sei das nächste und dringendste Bedürfnis, heute sagt sie das nicht mehr. Das Kinderprivileg ist kein genügender Ersatz dafür. Zu jener Zeit betrugen die indirekten Steuern nur ein Viertel der jetzigen, die Fleischpreise waren um 70 Proz. niedriger! Solch ungeheure Lasten muß das arbeitende Volk tragen. Wenn die Liberalen 62 Millionen Zuschläge für die besitzenden Klassen fortfallen lassen wollen, dann kann auch die Steuer für Einkommen bis 1200 Mark fortfallen, die nach einer früheren Berechnung 40 Mill. Mark einbringen soll. **Wir verlangen eine vernünftige, den proletarischen Interessen gerecht werdende Steuerpolitik; die jetzt gemachte aber ist würdig dieses Hauses, das dem elendesten aller Wahlsysteme seine beschämende Existenz verdankt!** (Lebh. Bravo! b. d. Soz. — Lärm rechts u. i. Ztr.)

Vizepräsident Dr. Porsch: Ich rufe Sie zur Ordnung. (Beif. b. d. Mehrheit.)

Nach weiteren Ausführungen ist der Etat der Steuern erledigt. Sonnabend: Justizetat.

Gewerkschaftliches.

Beschlüsse zum Schiedsspruch im Holzgewerbe.

Zu dem vom Unparteiischen Freiherrn v. Berlepsch gefällten Schiedsspruch werden in Versammlungen der Holzarbeiter und der Unternehmer gegenwärtig Entscheidungen getroffen. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen aus den Versammlungen der Holzarbeiter haben diese in der Mehrzahl dem Schiedsspruche zugestimmt. Aus den Kreisen der Unternehmer liegen bisher noch wenig Mitteilungen über Beschlüsse vor; soviel steht jedoch fest, daß der Arbeit„geber"schutzverband für das Holzgewerbe sich Mühe gibt, den Schiedsspruch bei seinen Mitgliedern zur Anerkennung zu bringen.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Berliner Holzarbeiter nahm, wie wir bereits mitteilten, nach langer Beratung in der Nacht zum Freitag den Schiedsspruch an. Eine stark besuchte Versammlung der Holzarbeiter Magdeburgs stimmte nach langer Debatte dem Schiedsspruch ebenfalls zu. Auch die im Arbeit„geber"schutzverbande vereinigten Unternehmer Magdeburgs gaben ihre Zustimmung zu dem Schiedsspruche.

Ein feines Gewerbe.

Eine gewisse Berühmtheit hat die Stadt Essen a. d. Ruhr durch ihre dort zahlreich vorhandenen Streikbrechervermittler erlangt. Einer von ihnen, ein gewisser Lange hatte sich durch einen Artikel der Essener Arbeiterzeitung, in dem der Ausdruck „Seelenverkäufer" gebraucht war, beleidigt gefühlt. Daraufhin hatte die Staatsanwaltschaft im öffentlichen (!) Interesse Anklage erhoben. Vor Gericht wurde in der Beweisaufnahme festgestellt, daß Lange Leute vermittelt hatte, ohne ihnen den Ort der Arbeit anzugeben. Daß den Leuten gesagt wurde, es handle sich um einen Streik, wurde von Lange beschworen. Die Gewerkschaftsbeamten Kimmritz-Essen und Müller-Duisburg bekundeten dagegen, daß ihnen Dutzende von Angeworbenen das Gegenteil versichert hätten. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem 200 Mk. Geldstrafe,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0005

Das Gericht setzte die Strafe, in Rücksicht auf die Person des Lange, auf 50 Mk. fest.

Lange ist nämlich vorbestraft. Die Höhe der Strafen wechselt in bunter Weise ab: eine Woche, ein Jahr, acht Monate, wieder ein Jahr, noch ein Jahr, einen Monat, drei Monate, Ehrverlust und Geldstrafen erhielt Lange wegen Urkundenfälschung, Betrug, Diebstahl, Hehlerei und Beleidigung.

Höchst sonderbar mutete, wie auch der Verteidiger besonders hervorgehoben hatte, das Verhalten der Staatsanwaltschaft an, die für Lange im öffentlichen Interesse Anklage erhob, um die Ehre eines Mannes wiederherzustellen, der zehnmal vorbestraft ist, darunter achtmal wegen gemeiner Vergehen.

Lange ist nicht der einzige Vertreter der edlen Zunft der Streikbrechervermittler in Essen. Die meisten von ihnen sind gewissermaßen Vertreter der Firma „Witwe Müller", Hamburg-Altona. An der Spitze steht ein Generalvertreter. Sie sollen samt und sonders von der Hauptstelle bezahlt werden. Der „Generalvertreter", ein gewisser Delfing, früher Schutzmann in Altenessen, soll ein festes Gehalt von 250 Mk. monatlich beziehen, daneben erhält er eine Provision. Die übrigen sollen nur auf Provision angestellt sein. Die Provision Delfings soll für jeden vermittelten Arbeiter 1,50 Mk. betragen. Die Firma Witwe Müller soll auch Besitzerin einiger Häuser in Essen sein, die Delfing verwaltet.

Diese Essener Streikbrecherfiliale hat in der Stadt Zustände geschaffen, die jeder Beschreibung spotten. Schon auf dem Hauptbahnhof im Warteraum 4. Klasse treiben sich Tag und Nacht die zweifelhaftesten Elemente zu Dutzenden herum. Ferner bestehen für sie die verschiedensten Sammellokale und Läge. Daß hierdurch alle möglichen fragwürdigen Existenzen angezogen werden, ist erklärlich. Viele der dem Staate nützlichen Elemente rühmen sich offen aller möglichen Verbrechen bei Streiks. Die gesamte Streikbrechertruppe befindet sich einschließlich ihrer Führer zurzeit in freudiger Erwartung. Einige größere Transporte stehen in Aussicht. So soll die Mailänder Gasfabrik bereits den Ablauf ihres Tarifs bei Streikbrecherlieferanten signalisiert und um Bereitstellung der notwendigen Anzahl Streikbrecher ersucht haben. Antworten braucht zurzeit 50 Streikbrecher zum Ausladen zweier Schiffe, deren Mannschaft sich in einer Lohnbewegung befindet. Für den belgischen Generalstreik hat das Hauptbureau die Mitteilung nach Essen gehen lassen, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet 4000—5000 Mann aufzubringen hat; davon für Antwerpen allein 500.

Auch ein Urteil des höchsten deutschen Gerichts ist die gewerbsmäßige Streikbrechervermittlung bekanntlich als ein unsittliches Gewerbe bezeichnet worden. Was die Behörden, der öffentlichen Meinung zum Trotz, nicht hindert, ihre Schützenden Fittiche über dieses System zu breiten.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 15. Februar 1913.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Donnerstag, den 20. Februar, wird Genosse Dr. A. Pannekoek-Bremen in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis im großen Saale des Volksparks einen Vortrag über das hochaktuelle politische Problem des Imperialismus halten. Wir machen schon jetzt auf diese wichtige Veranstaltung aufmerksam, damit jeder Genosse sich so einrichten kann, daß er diese für unsere fernere Parteitaktik so wichtige Aufklärung sich nicht entgehen läßt.

Die Liberalen bewilligen alles!

Mehr Soldaten und — mehr Steuern!
Die Steuern schwer, die Scheuern leer;
Die Ernte schlecht geraten!
Doch immer mehr, und immer mehr,
Und immer mehr Soldaten!

Dieser alte Herwegh'sche Vers beleuchtet treffend das aufreizende Moment, das in der trotz der unheimlichen Teuerung betriebenen Rüstungshetze liegt. Täglich wird erneut festgestellt, daß die Fleischnot nicht nachläßt, daß die Preissteigerung der anderen Lebensmittel anhält, und trotzdem wird ebenso täglich für neue Kanonen, neue Panzerschiffe, neue Maschinengewehre und namentlich für neue Bataillone und Regimenter gehetzt. Und dieser Rüstungstollwut sind alle bürgerlichen Parteien rettungslos verfallen. Erst gestern wieder hielt die Saalezeitung als offizielles Fortschrittsorgan es für nötig, sich ausdrücklich mit Haut und Haaren dem Rüstungsteufel zu verschreiben. Die Saalezeitung ist sogar schon so toll, sich offen gegen einen Artikel der Freisinnigen Zeitung zu wenden, weil sie die Kostenfrage bei der Besprechung der Rüstungsforderungen zu sehr betont. Die Freisinnige Zeitung hatte u. a. geschrieben:

„Außerdem aber kommt für das Volk nicht nur die ideale Forderung der lückenlosen Durchführung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht in Betracht, sondern auch die Kostenfrage. Diese aber wird sicherlich ganz außerordentliche Schwierigkeiten machen. Einmal wegen ihrer Höhe an sich... Man muß sich auf das schlimmste gefaßt machen und darauf rechnen, daß es mit den bereits gelegentlich genannten Zahlen — etwa 120 Mill. Mark für das Jahr — mindestens seine Richtigkeit haben wird. Wird das deutsche Volk sie tragen können? Das hängt zu einem guten Teil davon ab, auf welche Schultern sie gelegt werden. Die Aeußerungen der Schwarz-Blauen zur Frage der Besitzsteuer lassen wahrhaftig nicht erkennen, daß sie jetzt den Stolz darin setzen werden, für das Vaterland auch pekuniäre Opfer zu bringen. Warten wir einmal die Regierungsvorlagen ab!"

Zu dieser dringend notwendigen Hervorkehrung der Kostenfrage äußert sich nun die Saalezeitung, indem sie sich zunächst mit dem Seitenhieb auf die Schwarzblauen einverstanden erklärt, dann aber wörtlich schreibt:

Im übrigen vertritt die Redaktion der Saale-Ztg. nach wie vor den Standpunkt — und sie weiß sich damit in Einklang mit der Majorität der in dem hiesigen Liberalen Verein organisierten Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei — daß die dem Ernst der auswärtigen Lage entspringenden militärischen Neuforderungen eine bittere Notwendigkeit sind, deren Bewilligung durch die liberalen Parteien des Reichstages keinem Zweifel unterliegen darf!

Dieser Satz ist eine bei unserer Saaletante ganz ungewohnt schroffe Stellungnahme gegen das offizielle Berliner Freisinnsblatt. Nach den Kosten wird nicht gefragt, Rüstungen sind eine Notwendigkeit und es ist unzweifelhaft, daß die Liberalen alles bewilligen!! So verkündet die Saalezeitung und sie kann dem noch besonderen Nachdruck geben, indem sie ausdrücklich erklärt, die Mehrheit des Liberalen Vereins ist gleicher Ansicht! — Wir meinen, ein konservativer Verein hätte sich nicht anders als in dieser bedingungslosen Weise erklären können. Wo ist da noch ein Unterschied zwischen konservativ und liberal? Wittert die Saaletante wegen der Reichstagsauflösungsgerüchte wieder Hottentottenblock-Morgenluft?! Bisher hieß es immer in privaten Mitteilungen, die man uns machte, der politische Chef der Saalezeitung habe wegen seiner nationalliberalen Aäßeren mit einer sehr starken Gegnerschaft zu rechnen. Wir hielten die hiesigen Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei bisher auch noch für so überzeugte Anhänger ihrer Partei, daß wir wohl glauben konnten, daß sie mit den Wilhelm Georgschen Seitlängereien und Seitenspringen wirklich nicht einverstanden sind. Jetzt ist aber öffentlich festgestellt, daß die Halleschen Linksliberalen, nicht nur nationalliberal sind, sondern genau so wie die Konservativen alle Rüstungen unbesehen bewilligen, ohne Rücksicht auf die neuen Steuern, die dann kommen müssen. Telegramm-Herzfelds Zeit ist wiedergekehrt; die Ehe zwischen Karpfen und Kaninchen kann wieder geschlossen werden. Der nationale Rummel führt die grollenden Brüder des Bülowschen Hottentottenblocks schon wieder zusammen, ehe noch die schwarzblaue Ehe wirklich getrennt und der Reichstag gesprengt ist, worauf die Liberalen a la Georg sichtlich warten.

„Rentensucht" der Arbeiter und der — Offiziere.

Die den Unternehmern treu ergebenen bürgerlichen Blätter faseln gar oft von der Rentensucht der Arbeiter. Natürlich kann das nur von solchen Zeitungen und Artikelschreibern geschehen, die von der Reichsarbeiterversicherung und ihren Leistungen gar keine Ahnung haben, nicht wissen, was für ein Bettelpfennig dem verletzten oder invaliden Arbeiter gegeben wird. Manche Blätter machen sich das Vergnügen, den Arbeitern vorzurechnen, welche Summen ihnen bisher aus der Versicherung ausbezahlt wurden. Zum Beispiel brachte das Hallesche Bündlerblatt in seiner Beilage, den sächsischen Provinzialblättern, widerholt derartige, jedenfalls vom Reichsverband stammende Artikel. Da wird vorgerechnet, was von 1885 bis 1910 — in 25 Jahren! — an Renten bezahlt wurde. Das geht allerdings in die Milliarden Mark, weil viele Millionen Rentenempfänger beteiligt waren; und trotz der riesigen Gesamtsumme entfällt doch auf den einzelnen „Rentner" ein lächerlicher Betrag. In der Regel beträgt z. B. die Invalidenrente 17 bis etwa 24 Mk. den Monat! Wohlgemerkt, nachdem der Arbeiter die erforderliche Anzahl Beiträge geleistet und ein Leben voll Arbeit hinter sich hat. Es ist damit also wirklich nicht zu prahlen und es ist heller Blödsinn, von „Rentensucht" zu sprechen. Wenigstens bei den Arbeitern nicht. Eher bei anderen Leuten! Kürzlich wies z. B. ein hoher Offizier, v. Wrochem, in einem Artikel in der Tägl. Rundschau darauf hin, daß unter den Offizieren eine weitreichende Simulation bestehe. Er führte aus:

„Wir haben immer eine Anzahl von Offizieren, Söhne von Großgrundbesitzern, Majoratsherren (1), Domänenpächtern (1) und Großindustriellen, (1) welche Offiziere werden mit der festen Absicht, nachdem sie zehn Jahre, manchmal auch bis zum Hauptmann oder Rittmeister, gedient haben, den Abschied nehmen, um das väterliche Gut zu übernehmen oder in die Industrie des Vaters einzutreten. Anderen fällt ein Gut als Erbe zu, oder sie wechseln aus eigener Neigung ihren Beruf und laufen sich einen Beruf — in jedem dieser Fälle scheiden sie freiwillig in jungen Jahren aus dem aktiven Dienst. In vielen solcher Fälle stellt sich „rechtzeitig" ein leichtes äußeres, manchmal auch wohl objektiv nicht feststellbares Leiden ein, welches sich leicht mit irgendeinem besonders anstrengend gewesenen Dienste, oder mit einem vor Jahren im Dienste erlittenen kleinen Unfall in Zusammenhang bringen läßt, und solche Herren, die meist in durchaus sorglose äußere Verhältnisse eintreten, scheiden mit Pensionsberechtigung aus dem Heere aus, denn „dem Fiskus darf man nichts schenken". Es wäre zweifellos berechtigt, darauf hinzuwirken, daß solche Offiziere, welche ohne Druck seitens ihrer Vorgesetzten und ohne fraglos militärische Invaliden zu sein, behufs eines frei gewählten Berufswechsels aus dem aktiven Dienst scheiden, dies ohne Pensionsansprüche zu tun hätten. Der Pensionsfonds würde dadurch eine nennenswerte Entlastung erfahren."

Aber „dem Fiskus soll man nichts schenken", sagen sie. Der „Fiskus", das ist in diesem Fall die Gesamtheit der Steuerzahler, und zwar der indirekte Steuerzahler im Reich! Damit die Großgrundbesitzer und Majoratsherren ihre unberechtigten Pensionen erhalten können — muß das Volk Kaffee und Tee, Zucker und Salz, Tabak und Bier, Spiritus und Petroleum teuer bezahlen und die Herrschaften mit den „nicht feststellbaren Leiden" scheuen sich nicht, aus den bitter empfundenen Steuergroschen der vielköpfigen Arbeiterfamilie ihren Beutel zu füllen! Hier zeigt sich also, wo Rentensucht wirklich besteht!

Neue Heilmittel gegen Lungentuberkulose?

Der hiesige Zweigverein zur Bekämpfung der Schwindsucht läßt uns durch seinen Spezialarzt, Dr. Blümel, nachfolgende Ausführungen zugehen:

In den letzten Wochen sind durch die Presse das Publikum sehr verblüffende Nachrichten über zwei als Heilmittel gegen Tuberkulose empfohlene Präparate gegangen, nämlich über das Mittel von Dr. Friedmann-Berlin und über Meshé. Es ist nur zu natürlich, daß die große Reihe der an Tuberkulose erkrankten und bisher mit geringem oder ohne Erfolg behandelten Patienten jedes als neues Heilmittel angepriesene Präparat mit neuer Hoffnung begrüßt. An den Arzt wird dann vielfach mit dem Ersuchen herangetreten, die neuen Mittel in dem Einzelfalle auch sofort zu verwenden. Das ist auch mir so ergangen. Ich bin brieflich und mündlich um Auskunft über die Mittel und um ihre Anwendung gebeten worden. Da durch die Mitteilung in der Presse eine gewisse Verwirrung und Beunruhigung des Publikums hervorgerufen worden ist, die geeignet sein könnte, Mißtrauen gegen unsere bisherigen erprobten Heilmethoden zugunsten anderer, noch im Versuchsstadium befindlicher Heilverfahren zu säen, sollen diese Zeilen zu einer kurzen Aufklärung dienen.

Den kritischen und für seine verantwortlich fühlenden Arzt findet der Patient zumeist sehr kühl und vorsichtig, wenn er Wünsche in bezug auf Behandlung mit soeben auf den Markt gekommenen Mitteln äußert. Nicht mit Unrecht, denn der Arzt hat schon zu oft Enttäuschungen in dieser Richtung erlebt und wird deshalb nur Mittel anwenden, von deren Nutzen er selbst fest überzeugt ist, besonders nachdem sie in eingehender Prüfung durch unsere Kliniken sich bewährt haben.

Das ist nun bei den beiden erwähnten Mitteln noch nicht der Fall. Friedmann spritzt seinen Kunden lebende Tuberkelbazillen von einer im Menschen nicht entwicklungsfähigen Schildkrötenbazillenkultur ein. Er selbst und ein Kreis ihm bekannter Aerzte hat mit dem Mittel bei allen Formen von Tuberkulose angeblich gute Erfolge gesehen. Aber Nachprüfungen an Kliniken stehen noch aus und konnten auch bis dahin nicht vorgenommen werden, da Friedmann sein Mittel noch nicht allgemein abgibt. Ja, er hat, um sich sein Präparat noch mehr zu schützen, ein Patent darauf angemeldet. Trotzdem werden wir auch in absehbarer Zeit über die Erfolge mit seinem Mittel von anderer Seite hören, weil nämlich bei der Behandlung weiche Geschwülste entstehen, die gegebenenfalls geschnitten werden müssen und in deren Eiter oft die Bazillen enthalten sind. So können also auch andere Aerzte die Bazillen züchten. Und das ist auch bereits geschehen. Was die Behandlungsdauer anbetrifft, so sollen bis zu vier Einspritzungen, auch weniger, genügen.

Die Methode, lebende Bazillen anzuwenden, ist nicht neu. Schon Robert Koch hat damit gearbeitet. Daß ihr ein gewisser Heilwert innewohnt, soll nicht bestritten werden. Nur haben bei Tuberkulose alle Heilmittel ihre Grenzen. Sowieso verlorene Fälle werden wir auch mit neuen Bazillenpräparaten kaum bessern und heilen können. Die Grundlage aller Behandlung bleibt nach wie vor das alte von Brehmer begründete Heilverfahren, bestehend in Ruhe, in frischer Luft, ausreichender Ernährung, Wasseranwendung usw. Das Verfahren wird schon seit Jahren wie in den Heilanstalten auch in den Städten durchgeführt und zusammen mit den bisher gebräuchlichen Bazillen-(Tuberkulin-)Präparaten angewandt. Wie die tägliche Erfahrung lehrt, mit gutem Erfolg. Ob das neue Präparat mehr leistet, muß erst die Zeit lehren.

Meshé ist ein Extrakt einer amerikanischen Malvenart. Es ist als Gummiharz in Tuben im Handel und soll bei Lungentuberkulose, in Form einer Trink- und Inhalationskur angewandt, heilend wirken. Die umfangreichen und gewissenhaften Nachprüfungen haben ein vollkommenes Versagen des Mittels ergeben, so daß vor seiner Anwendung gewarnt werden muß.

Monatsbericht des Arbeitersekretariats.

Das Arbeitersekretariat Halle a. S. wurde im Monat Januar von 1029 Personen in Anspruch genommen. An diese wurden 1123 Auskünfte erteilt.

Der schriftliche Verkehr zeigte 102 Eingänge und 447 Ausgänge. Unter letzteren befinden sich 90 schriftliche Auskünfte und 348 für die Rechtsuchenden angefertigte Schriftstücke.

Die Tätigkeit des Sekretariats erstreckte sich auf folgende Gebiete:

	Auskünfte	Schriftstücke
1. Arbeiterversicherung	342	169
2. Privatangestelltenversicherung	5	—
3. Arbeits- und Dienstvertrag	165	51
4. Bürgerliches Recht	380	64
5. Gemeinde- u. Staatsangelegenheiten	110	43
6. Strafrecht	64	15
7. Vereins- u. Versammlungsrecht	13	—
8. Arbeiterbewegung	13	4
9. Privatversicherung	13	1
10. Handels- und Gewerbesachen	8	1
11. Diverses	10	—

Nach Stand und Beruf geordnet, verteilen sich die Auskunftsuchenden wie folgt: Arbeiter 783, Ehefrauen 47, selbständige Gewerbetreibende 45, Witwen 39, Dienstboten 27 (und zwar weibliche 25, männliche 2), Vereine und Korporationen 21, Invaliden 19, Arbeiterinnen 19, Handlungsgehilfen und -gehilfinnen 9, Lehrlinge 8, Staats- und Gemeindebeamte 4, Werkmeister und Betriebsbeamte 7.

Organisiert waren 870, die sich auf die einzelnen Verbände wie folgt verteilen: Barbiere 1, Bäcker 7, Bauarbeiter 130, Bergarbeiter 46, Bildhauer 2, Böttcher 2, Brauereiarbeiter 12, Buchbinder 3, Buchdrucker 16, Buchdruckereiarbeiter 3, Bureauangestellte 2, Dachdecker 2, Fabrikarbeiter 142, Gesimsirtsgehilfen 1, Gärtner 1, Gemeindearbeiter 5, Glaser 6, Glasarbeiter 1, Hausangestellte 7, Handlungsgehilfen 5, Holzarbeiter 70, Kupferschmiede 6, Lithographen und Steindrucker 10, Landarbeiter 5, Maler 19, Maschinisten und Heizer 7, Metallarbeiter 210, Porzellanarbeiter 1, Sattler 2, Schneider 12, Schuhmacher 6, Steinarbeiter 3, Steinsetzer 4, Transportarbeiter 102, Tapezierer 5, Textilarbeiter 1, Töpfer 2, Zimmerer 11.

Ihren Wohnsitz hatten in Halle a. S. nebst eingemeindeten Vororten 754, in anderen Orten 274 Besucher.

* **Arbeiterjugend.** Am morgigen Sonntag findet ein Ausflug nach Merseburg statt. Mittags um 2½ Uhr ist Treffpunkt Riebeckplatz. Für die Rückfahrt muß sich jeder mit 30 Pf. Fahrgeld versehen.

* **Die Straße verunstaltende Reklame.** Neuerdings hat sich bei den Geschäftsleuten gegen das Verfahren der Polizeiverwaltung bei der Erteilung der Erlaubnis zum Anbringen von Reklameschildern, Schaukästen usw. eine rege Mißstimmung geltend gemacht, die in einer Eingabe an die städtischen Behörden ihren Ausdruck gefunden hat. Von der Polizeiverwaltung wird uns deshalb zu den einschlägigen Bestimmungen geschrieben:

Die ortsgesetzlichen und die polizeilichen Vorschriften über die Anbringung von Reklameschildern, Schaukästen, Markisen usw. sind erst im Jahre 1910 erlassen worden, um der immer mehr um sich greifenden Verunstaltung der Straßen und Plätze vorzubeugen. Da sich gegen früher eine eingehendere Prüfung derartiger Anträge als notwendig erwiesen hat, liegt es im Interesse der Beteiligten, gleich von vornherein die zur Beurteilung der beabsichtigten Anlage benötigten Zeichnungen beim Polizeirevier einzureichen, um Rückfragen und Zeitverluste zu vermeiden. Dem auf Grund des Ortsgesetzes bestellten

Persil bleibt Persil
Der grosse Erfolg!
Das beste selbsttätige
Kein anderer Waschzusatz erforderlich, da hierdurch die Wirkung beeinträchtigt und der Gebrauch vertheuert wird.
Waschmittel für Weiss- und Wollwäsche!
Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Packungen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbekannten Henkel's Bleich-Soda.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191302 16-19/fragment/page=0006

künstlerischen Beirate der Polizeiverwaltung, dessen Urteil zumeist der polizeilichen Entschließung zugrunde liegt, gehörten sachverständige Persönlichkeiten an, die von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt sind und die mit der Einwohnerschaft in enger Fühlung stehen. Die Mitglieder des künstlerischen Beirats sind gern bereit, Auskünfte zu erteilen und so den Beteiligten entgegenzukommen. Leider wird hiervon nicht genügend Gebrauch gemacht. Vielmehr werden in überaus zahlreichen Fällen Schilder angebracht, ohne daß hierzu die Erlaubnis erteilt worden ist, obwohl gerade hiervor die Polizeiverwaltung im vergangenen Jahre wiederholt öffentlich gewarnt hat. So sehr auch die Polizeiverwaltung den Wünschen der Beteiligten entgegenzukommen bemüht ist, kann sie doch offenbare Verstöße nicht gut heißen. Das Bestehen der ortsgesetzlichen Vorschriften, die — auf dem sogen. Verunstaltungsgesetze beruhend — die zulässigen Grenzen durchaus nicht überschreiten, verpflichtet zu ihrer Durchführung. Die hierzu dienenden Maßnahmen verfolgen keineswegs verkehrsfeindliche und unzeitmäßige Zwecke, sondern wollen lediglich dem Nutzen der Stadt dienen, der durch eine geschmackvolle Reklame wesentlich gefördert werden kann. Daß in dieser Hinsicht in Halle vieles gebessert werden kann, wird jedem einleuchten, der seinen Blick nicht gegen aufdringliche Unschönheiten verschließt.

* **Richterlicher Irrtum.** Der Arbeiter Fehlitsch war wegen Beleidigung eines Lehrers vom zuständigen Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt worden. F. hatte am 10. November v. J. einen jungen Lehrer, der in einem Saal bei einem Tanzvergnügen zuschaute, in äußerst beleidigender Form angesprochen. Er sagte dem Lehrer, wenn Sie meinen Jungen noch einmal hauen, dann haue ich Ihnen eine runter, und dann gebrauchte er Schimpfworte. Später hatte F. Wohlte geleistet und sich verpflichtet. 15 Mk. für einen wohltätigen Zweck zu zahlen. Unter diesen Umständen hatte sich dann der Lehrer vor der ersten Instanz bereit erklärt, den Strafantrag zurückzuziehen. Das Schöffengericht hatte aber die Zurücknahme des Strafantrags für zu spät und deshalb als unzulässig erklärt. Gegen diese falsche Auffassung und damit gegen das Dreiwochenurteil hatte der Verteidiger des Angeklagten Berufung eingelegt. Die Strafkammer hob daraufhin das Urteil erster Instanz auf und erkannte auf Einstellung des Verfahrens mit dem Hinweise, die Zurücknahme des Strafantrages durch den Lehrer vor dem Schöffengericht sei wohl noch zulässig gewesen; die Verurteilung sei irrtümlich erfolgt.

* **Bettelbriefe an Millionäre.** Die Dummen werden nicht alle, sagt ein altes Sprichwort. So leben zum Beispiel Tausende in dem blinden Wahn, steinreiche Leute würden, wenn sie darum angegangen werden, von ihrem Vermögen etwas abgeben an Hilfsbedürftige. Und sie schreiben darum Bettelbriefe, in denen sie den reichen Leuten ihr Elend in krassesten Farben malen, dabei vor Hundedemut triefen, und das alles in dem guten Glauben, man schenke ihnen ein geneigtes Ohr und erhöre sie. Wie weit dieses Unwesen verbreitet ist, besagt uns eine in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Erklärung. Nach dieser gehen Bettelbriefe sogar an reiche Leute in Amerika. Und zwar gar nicht zu wenig. Das Blatt schreibt deshalb: „Unter den vielen Unterstützungsgesuchen, die an amerikanische Millionäre aus aller Herren Länder gerichtet werden, befinden sich noch immer Briefe von reichsdeutschen Bittstellern. Damit diese Landsleute sich keine überflüssige Mühe machen sei hier nochmals bestätigt was bereits mehrfach in der Presse festgestellt wurde, daß nämlich solche von Auslandern eingehende Bittgesuche an reiche Amerikaner von deren Sekretären ohne weiteres vernichtet werden."

* **Die Schulferien** sind für das Jahr 1913 wie folgt festgesetzt: Osterferien von Mittwoch, den 19. März bis Donnerstag, den 3. April; Pfingstferien von Freitag, den 9. Mai bis Freitag, den 16. Mai; Sommerferien von Freitag, den 4. Juli bis Dienstag, den 5. August; Herbstferien von Mittwoch, den 1. Oktober bis Mittwoch, den 15. Oktober; Weihnachtsferien von Sonnabend, den 20. Dezember bis Dienstag, den 6. Januar 1914.

* **Stadttheater.** Zur Sonntag-Nachmittags-Vorstellung der Erbförster sind sämtliche Sitzplätze vergriffen. Abends 7 Uhr wird die Gedächtnisvorstellung für Richard Wagner Die Meistersinger von Nürnberg zum ersten Male wiederholt. Die Besetzung ist mit Ausnahme des Walter Stolzing, den Herr Salenius singt, die gleiche wie bei der ersten Aufführung. Auch die Chöre sind verstärkt. Montag zum letzten Male Undine. Dienstag zum dritten Male die erfolgreiche Lustspielnovität Der gutsitzende Frack. Mittwoch einmalige Aufführung von Romeo und Julia. Vorzugskarten der Literarischen Gesellschaft haben zu dieser Vorstellung Gültigkeit. Donnerstag Don Juan. Freitag Der liebe Augustin. In Vorbereitung für Sonnabend: Schauspiel-Premiere Hinter Mauern von Nathansen, eine literarisch wertvolle Novität.

* **Unfälle bei der Arbeit.** In der Delitscher Straße verbrannte sich gestern nachmittag der Bauarbeiter Lamper derartig das Gesicht, die Hände und die Füße mit heißem Teer, daß er mittels Droschke zu einem Arzt gebracht wurde, der dann seine Einlieferung in ein Krankenhaus anordnete. — Bei der Reparatur einer elektrischen Lichtanlage in der Platanenstraße wurde durch ein Versehen Kurzschluß herbeigeführt, wobei der Elektrotechniker Schimmelpfennig, der auf einer Leiter stand, einen derartigen Schlag bekam, daß er von der Leiter stürzte und den rechten Arm brach. Er begab sich in ärztliche Behandlung. — Als heute morgen ein Geschirrführer Naumann an den Strängen seiner Pferde etwas in Ordnung bringen wollte, wurde er von einem Pferde so heftig gegen den Leib getreten, daß er besinnungslos liegen blieb. Da er anscheinend innere Verletzungen davongetragen hat, wurde er zu einem Arzt gebracht.

* **Gefährliche Passage.** Gestern abend ist aus bisher unaufgeklärter Ursache das steinerne Geländer der Zwölfsbogenbrücke auf der Eisleber Chaussee in einer Länge von etwa 25 Metern in die Tiefe gestürzt. Zur Sicherung des Verkehrs wurde die Brücke sofort polizeilich besetzt.

* **Straßenunfälle.** In der Gr. Ulrichstraße wurde ein Schulknabe von einem Radfahrer angefahren. Beide kamen zu Fall, ohne jedoch Verletzungen davonzutragen. Die Schuld soll den Radfahrer treffen. — Dort wurde auch noch ein sechsjähriges Mädchen beim Ueberschreiten des Fahrdammes durch einen radfahrenden Schüler angefahren und zu Fall gebracht. Anscheinend hat das Kind erhebliche Verletzungen nicht davongetragen; es konnte sich allein nach Hause begeben. Da das Mädchen in das Rad hineingelaufen ist, trifft den Radfahrer keine Schuld. — Gestern mittag stieß auf dem Böllberger Weg ein Motorwagen der Stadtbahn mit einem von der Torstraße aus durchgegangenen Brauereifuhrwerk zusammen. Der Motorwagen wurde erheblich beschädigt; Personen sind nicht verletzt worden.

* **Feuer.** Am Freitag nachmittag wurde die Feuerwehr zur Beseitigung eines Dachstuhlbrandes nach dem Grundstück Bismarckstraße 28 gerufen. Die Feuerwehr griff mit zwei Schlauchleitungen an; die Gefahr war nach einer Stunde beseitigt. Die Brandursache ist noch nicht geklärt. — Gestern nachmittag hatten zwei Schulknaben auf einer Baustelle in der Kl. Steinstraße zusammengetragenes Holz, Stroh und Dachpappe in Brand gesetzt. Das Feuer wurde durch einen Polizeibeamten gelöscht.

* **Gestohlen** wurden: vom 11. bis 12. Februar 1913 zwei fast neue, rotwollene Damenunterröcke; ein grauwollenes Herren-Normalhemd und zwei grauwollene Herren-Normalunterhosen; am 12. Februar 1913 ein Herrenfahrrad, Marke Windsor, Rahmen und Felgen schwarz, tiefgebogene Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittbremse; das vordere Schutzblech fehlt.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Volkspark. Unser Arbeiterturnverein Fichte hält heute, Sonnabend, in den prächtig neudekorierten Räumen sein Wintervergnügen ab. Seit einer Reihe von Wochen wurden von den Turnern durch fleißige Uebung Vorbereitungen getroffen, um die Besucher durch großartige Darbietungen zu überraschen. Eine Thüringer Kirchweih und Bauernhochzeit in Leutenberg ist die Idee, die dem Feste zugrunde gelegt ist, und danach sind die ganzen Arrangements getroffen und die Dekorationen vom Dekorateur Herrn Gade ausgeführt worden. In den unteren Räumen findet Sonnabend und Sonntag, das letzte Bockbierfest mit guter Unterhaltung durch unser prächtiges Konzertorchester statt. Sonntag wird von Mittag ab auf beiden Bahnen ein großes Wurstauskegeln bei kleinen Einsätzen stattfinden. Im großen Saale ist von nachmittags ab ein großer öffentlicher Ball bei starker Besetzung festgelegt. Ein zahlreicher Besuch der Veranstaltungen unseres Unternehmens ist recht erwünscht.

Im **Apollotheater** geht heute letztmalig das Märchenausstattungsstück Kismet in Szene. Morgen, Sonntag, finden zwei Vorstellungen statt, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr. In beiden gelangt der neue Spielplan zur Aufführung, der an erster Stelle das Repertoirstück des Trianontheaters zu Berlin Mein Baby, mit der Hauptrollenbesetzung durch Frl. Ida Frey bringt.

Walhallatheater. Die unverwüstliche Gesangsposse Autolibchen geht heute zum 16. Male in Szene. Morgen, Sonntag, sind wieder zwei Vorstellungen, nachmittags zu den bekannten Ermäßigungen.

Im **Passagetheater** hat man nächste Woche wieder Gelegenheit, die dänische Tragödin Asta Nielsen in dem mimischen Drama Komödianten zu bewundern. Wie bereits wiederholt bekanntgegeben, gelangt ab 26. d. M. die Schöpfung von Dr. Paul Lindau betitelt: Der Andere zur Vorführung. Die Hauptrolle liegt in den Händen des Herrn Albert Bassermann, eine der ersten Bühnengrößen der Gegenwart. Es sind dies Sondervorstellungen, zu denen numerierte Billetts herausgegeben werden. Der Vorverkauf der Billetts beginnt ab 15 d. M., vormittags 11—1 Uhr, nachmittags ab 4 Uhr.

Könnern. Der städtische Etat. Der städtische Etat für das Rechnungsjahr 1913 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 171 100 Mk. Es ist dies ein Mehr gegenüber dem Vorjahre von 8300 Mk. Die allgemeine Verwaltung erfordert 22 900 Mk. In der Hauptsache sind dies die Gehälter und Remunerationen der städtischen Angestellten, ferner Arbeiterlöhne, sowie einige gemeinnützige Ausgaben. Für Straßenpflasterung sollen 4000 Mk. verausgabt werden, die Straßenbeleuchtung erfordert 6500 Mk. Für Polizeizwecke sind rund 9000 Mk. vorgesehen. Der Armenverwaltung sind 4034 Mk. zugewiesen, und für kirchliche Zwecke werden 805 Mk. geopfert. Davon erhält Direktor Thorwest 500 Mk. an Miete für die Wohnung des Diakonus Hehl. Die Friedhofsverwaltung hat in diesem Jahre ihre Hoffnungen etwas höher gesteckt, kann sie doch durch die im vorigen Herbst angenommenen Sätze für die Grabstätten auf erhebliche Einnahmen rechnen. Diese sollen zum Ankauf eines neuen Landstückes zu weiteren Friedhofsanlagen vorläufig auf die hohe Kante gelegt werden. Hierbei soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich die Friedhofskommission sowie die Stadtverordneten bei Annahme dieser Sätze als Meister der Rechenkunst erwiesen haben. Bei Ankauf des Grund und Bodens wird der Morgen Acker dort 800 bis 900 Mark kosten, während er durch Verkauf von Grabstätten mindestens 5000 Mk. einbringen wird. Das heißt ä Geschäft. Ein Drittel der Ausgaben des Etats wird für die Schulen verwandt, sie erfordern 54 480 Mk. Den größten Anteil bilden die Gehälter der Lehrer, sie bewegen sich von 1600 Mk. an aufwärts bis 5000 Mk. Andere Ausgaben erfordern noch der Schularzt, die Instandhaltung der Gebäude, Reinigung und Heizung. Weitere Ausgaben sind zu leisten für Verzinsung und Amortisation der Schuldenlast, für Beiträge an den Kreis und die Provinz, für die Fortbildungsschule, für Beiträge zur Sozialversicherung und Berufsgenossenschaftskosten. Die Haupteinnahmen sind bekanntlich die Steuern aller Art. Ihr Ertrag ist auf 38 655 Mk. veranschlagt, darunter an indirekten Steuern 8870 Mk. Die Hauptposten der indirekten Steuer bilden die Luxusartikelsteuern mit 1650 Mk. und die Hundesteuern mit 1200 Mk. Durch die Verpachtung der städtischen Aecker, Grasnutzungen, Obstbäume und Jagden denkt man 13 000 Mk. einzunehmen. Das Jagdgebiet ist in vier Teile geteilt und bringt 4750 Mk. Ertrag. Die Obstbäume sollen 3000 Mk. einbringen. Die Wohnungsmieten der städtischen Gebäude sind mit 5300 Mk. berechnet. 100 Mk. soll die Steuer bei Abnahme der Neubauten bringen. An Polizeistrafen denkt man 550 Mk. einzunehmen (also Vorsicht), und der mittelalterliche Zopf Bürgerrechtsgeld soll dem Stadtsäckel 180 Mk. eintragen. — Bei flüchtiger Durchsicht so großer Einnahme- und Ausgabeposten läßt sich natürlich nicht alles das erfassen, was zu einer gründlichen Besprechung des Etats nötig wäre. Leider haben wir auch keinen Vertreter im Parlament, der sich der Sache annehmen und unsere Ansichten dort zum Ausdruck bringen könnte. Und so wollen wir doch wenigstens in der Zeitung noch eine kurze öffentliche Kritik folgen lassen. Zunächst müßte die Zahlung des Bürgerrechtsgeldes abgeschafft werden, damit die Möglichkeit zum Wählen erleichtert würde. Aber man hält an dem alten Brauche fest, aus — na, aus „alter Gewohnheit". Eine von unserer Seite eingereichte Petition, die die Abschaffung bezwecken sollte, fand ein Ruhepläßchen im Papierkorb, weil — dem Magistrat der Sozialdemokratische Verein nicht bekannt war. Dann müßte für Abschaffung des Schulgeldes und für freie Lieferung der Lernmittel eingetreten werden. Die Mittel dazu müßten durch ein anderes Steuersystem aufgebracht werden. Der Armenverwaltung müßten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit den unverschuldet in Not Geratenen besser geholfen werden kann. Ein sozialer Fortschritt wäre es auch, wenn die Stadt sämtliche durch Desinfektion in den Wohnungen Kranker oder Verstorbener entstehenden Kosten übernehmen würde, denn größtenteils sind es die Aermsten, die durch ansteckende Krankheiten heimgesucht werden, und die auch die Kosten selbst zu tragen haben. Die Beerdigungen müßten vollständig kostenlos sein, aber anstatt dem Fortschritt zu dienen, hat man sich gerade hierbei recht rückschrittlich gezeigt. Alles das sind Forderungen, die in fortgeschrittenen Städten, ja sogar in ganzen Staaten, z. B. in der Schweiz, längst durchgeführt sind. Aber unsere Stadtväter sind für solche Kulturtaten nicht zu haben, das würde den Beutz belasten, und um das zu verhüten, muß man sich möglichst zugeknöpft zeigen. — Nun noch einiges zu den „gemeinnützigen Ausgaben". Die Badeanstalt erfordert jährlich 150 Mk. Ausgabe. Diese geringe Summe erklärt sich daraus, daß der Bademeister und seine Mutter zusammen mit ganzen 100 Mark abgespeist werden. Etwas freigebiger zeigt man sich schon bei nationalen Festen, da werden für zweimaliges Konzertieren, am Sedan- und Kaisergeburtstage je eine Stunde, 120 Mk. ausgegeben. Diese gänzlich unnütze Ausgabe könnte gespart werden, denn das Konzert kommt nur den Anliegern des Marktes und einigen Ratskellergästen zugute. Eine weitere „gemeinnützige Ausgabe" besteht darin, daß dem Diakonus Hehl jährlich 30 Mk. für die Leitung des Jünglingsvereins gezahlt werden. Wie in aller Welt kommt die Stadt dazu, den Leiter eines von der Geistlichkeit gegründeten und in ihrem Interesse geleiteten Vereins zu unterstützen? Was würde werden, wenn alle örtlichen Vereine dasselbe verlangen wollten? Außerdem sind im Etat noch 50 Mk. zur Erweiterung der Bibliothek für die Jugendpflege bereit gestellt. Die Stadtväter hatten seinerzeit wohl den Schrank bewilligt, aber die Anschaffung der Bücher abgelehnt. Wir sind neugierig, ob sie bei der Beratung konsequent sind und die Streichung dieser Summe fordern. Bei flüchtiger Durchsicht des Etats stößt man bereits auf verschiedene sehr abänderungsbedürftige Punkte. Wieviel mehr muß das bei genauem Studium der Fall sein. Deshalb wird es in unserem Städtchen wirklich Zeit, daß die Vertreter der Arbeiter in dieses Parlament eindringen, um dort ihre Stimme für Fortschritt und Freiheit zu erheben. Gelegenheit dazu bietet die im kommenden Herbst stattfindende Stadtverordnetenwahl.

Quittung.

Für Parteizwecke: Von Ungenannt 5,— Mk. erhalten.

K. Reiwand.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Das photographische Atelier **Samson u. Co.**, Poststraße 9-10, blickt heute auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Die Leistungsfähigkeit des Hauses — dem Halleschen Publikum weitaus bekannt — hat es an erste Stelle gestellt. Wir wünschen dem Hause eine weitere Entwicklung.

Lest die Arbeiter-Jugend!

Bestellungen nimmt entgegen **Gustav Gerig**, Triftstr. 28.

VOLKSPARK

Sie speisen gut, appetitlich und preiswert im eigenen Heim der Halleschen Arbeiterschaft.

Reichhaltiger, kräftiger und wohlschmeckender, guter

Mittagstisch

von 50 Pfg. an. f.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 14. Febr.

Aufgeboten: Arbeiter Kittelmann u. Martha Anelang (Steg 4 und Glauchaerstr. 71). Arbeiter Beutler u. Anna Ritschke (Jakobstraße 44). Kaufmann Schweder und Th. Pinkau (Halle u. Rieleben). Zahnarzt Lorenz u. Charlotte Geiß (Karlsruhe). Mühlenfabrikant Rosiowski u. Martha Burgermeister (Merseburg u. Gattersstädt). Arbeiter Mitteborn u. L. Born (Ochsenfurt). Arbeiter Schröder (Lindenthal). Ingenieur Kolbe und M. Schönherr (Halle und Freiberg). Arbeiter Schippitat und Martha Schröder (Berlin).

Geboren: Musiker Kunze T. (Jenkerstr. 5). Schlosser Schmell Tochter (Huttenstr. 1). Kaufmann Ebner T. (Irmingerstr. 2). Kaufmann Fuchs T. (Gr. Ulrichstr. 10). Eisendreher Schnurrbusch Sohn (Glauchaerstr. 70). Zimmermann Nebelung T. (Mühlgasse 7). Arbeiter Korn S. (Böllbergerweg 61). Bremser Osterland S. (Kuttelhof 4). Eisenhobler Toth S. (Geiselerstraße 20).

Gestorben: Maschinentechnikers Jahn S., 3 Woch. (Rudolf-Haymstraße 12). Denkers Schmidt S., 8 Mon. (Geiselstr. 6). Bergmanns Miebach aus Gerbstedt T., 23. (Klinik). Zollassistents Wölkner Ehefrau Anna geb. Salis, 55 J. (Herrenstr. 13). Gräbe Hermine, 16 J. (Hedwigstr. 1). Witwe Antonie Alten geb. Mende, 70 J. (Glauchaerstraße 71e). Arbeiters Grohmann Ehefrau Emilie geb. Langhammer, 60 J. (Böllbergerweg 30).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 14. Februar.

Geboren: Schuhmacher Kunze Sohn (Geiststraße 18). Kellner Albrecht S. (Albrechtstr. 18).

Gestorben: Rüdiger Klingner S., 8 Mon. (Gr. Gosenstr. 4). Witwe Emilie Thierich geb. Saube, 79 J. (L. Muchererstr. 29). Arbeiters Schröder T., 2 Mon. (Weißenburgstr. 12). Postschreiners a. D. Wippolinger Ehefrau Selma, geb. Malberg, 53 J. (Kaiserstraße 28).

Große Auswahl fertiger

Konfirmanden-Anzüge

von Mark 12.— bis 39.—

Bester Ersatz für Mass-Arbeit.

6949

Herm. Bauchwitz,

Gegründet 1859. Markt 4. Fernruf 2281.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0007

Jetzt ist es Zeit,

dass Sie der Firma **Carl Klingler** einen Besuch abstatten und sich die riesigen Läger in Möbeln aller Art, Wohnungs- und Zimmereinrichtungen, sowie Brautausstattungen ansehen. Man ist direkt überrascht, eine solche Auswahl vorzufinden. In modernen farbigen Küchen und eleganten Schlafzimmern sind wieder entzückende Neuheiten eingetroffen. Man bekommt sämtliche Möbel bei der Firma **Carl Klingler** wie bekannt ohne Preisaufschlag auf bequemste Teilzahlung, bei ganz niedrigen Anzahlungen. Brautleuten kann die Firma **Carl Klingler** wirklich sehr empfohlen werden. Es ist ratsam, die Möbel, die man erst im nächsten Quartal braucht, schon jetzt mit Ruhe auszusuchen, da der Andrang noch nicht gross ist und die Läger noch unausgesucht sind. Eine Anzahlung braucht jetzt noch nicht geleistet zu werden. In Herren-, Damen- und Kinderbekleidung, sowie Manufaktur- und Schuhwaren hat die Firma wie immer grosse Auswahl. Frühjahrs-Neuheiten in Kostümen, Kostümröcken, Anstandsröcken etc. sind eingetroffen. Man beachte, dass der Verkauf **nur** in der ersten Etage (Eingang Sandberg) stattfindet.

Carl Klingler,

11 HALLE (SAALE), Leipzigerstrasse **11** Erste Etage

Eingang Sandberg (kein Laden). 6246

Konfirmanden-Anzüge

in blau, marengo und schwarz

in eleganter Ausführung und aussergewöhnlich reichhaltiger Auswahl am Lager.

Preislagen: Mk. 7.50 11.— 13.50 17.50 21.— 24.— 27.— 29.50 32.— bis 48.—

Konfirmanden-Stiefel, Hüte, Handschuhe, Schleifen, Kragen etc.

S. WEISS

6260

Leipzigerstrasse 105/106, Ecke Markt.

Verb. d. Maler, Lackierer u. Anstreicher

Filiale Halle (S.).

Montag, den 17. Februar, nachm. 5½ Uhr, bei J. Streicher, Kl. Klausstr. 7:

Ausserordentliche 6298

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Der Abbruch der Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit in Leipzig.

Kollegen! Die wichtigste Frage unserer Lebensbedingungen erfordert, daß jeder im Berufe beschäftigte Kollege in der Versammlung erscheint.

Der Vorstand.

Soziald. Verein Sangerhausen.

Montag den 17. Februar 1913, abends 8 Uhr, in der „Schweizerhütte":

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: *2239

1. Vortrag. 2. Landtagswahl. 3. Geschäftliches.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Michel

Michel-Brikets

anerkannt beste Marke.

Alleinvertreter für Halle und Umgegend

Halleesches Kohlen- und Brikett-Kontor

Halle a. S., Merseburgerstr., Ecke Schmiedestr. Tel. 3000.

Die Zweigstelle d. Volksbibliothek, Pfännerhöhe 11, ist wochentags ½7—9 Uhr abends und Sonntags von 11—1 Uhr mittags geöffnet. Dieselbe ist mit lauter neuen Büchern ausgestattet. 5653

Zu verkaufen: **Bettstellen, Matratzen, Betten, Tische und Stühle, Spiegel, Sofa, Kleiderschränke und anderes mehr.** 6237 **Böllbergerweg 28 I.**

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, 2475 **Metalle, Gummi** kauft **Große Albert Bode jun., Klausstr. 12.**

Möbel-Fabrik u. Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut, solid gearbeiteter **Möbel- u. Polsterwaren,** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen. 3505
H. Bergmann, Tischlermeister.

Anzüge a. Teilzahlg., Aendern, Reparaturen, Kunststopfen fertigt *2250 **Rauchhaus, Georgstr. 2, II.**

Flechtenleid., off. Beine, + Viele allerbergl. Danksg. f. schnellste Hilfe. Ford. Sie Prosp. grat. u. frko. *2243 **Versandh. Germania, Steglitz 12**

Junger deutscher **Schäferhund (Rüde)** am Montag abend mit Steuermarke entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung. **Vor Ankauf wird gewarnt! O. Keller, Schillerstraße 45.** *2249

Schutzmarke.

Linon-Wäsche, weiss, vollendetste Leinen-Imitation blättert nicht ab.

Garantie für Haltbarkeit.

Zephyr-Wäsche, bunt, garantierte Einlage aus bestem fest gewebten Zephyr. Viele moderne Muster.

alle Weiten bis 50 cm

Ca. 40 verschiedene Fassons,

Stehkragen, Stehumlegekragen, Umlegekragen, Damenkragen, Kinderkragen, Manschetten, Manschettenschoner, Vorhemden

in allen Grössen bis zum Frackvorhemd.

Bunte Garnitur, garantiert fehlerfreie Ware, viele aparte Muster . . **komplett** Mk. **1.75.**

Kragen von **50** Pf. an in allen Weiten bis 50 cm

Wer probt, der lobt.

Tausende tragen die Wäsche und Sie sehen es nicht. 6264

Versand nach allen Orten. Täglich Nachbestellungen.

C. Klappenbach,

Grosse Ulrichstr. 41.

Mitglied des Rab.-Sp.-Vereins.

Bekanntmachung.

Das Ersatzgeschäft in der Stadt Halle (Saale) betreffend.

Gemäß der Bestimmung des § 62 der Wehrordnung bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß das Ersatzgeschäft in der Zeit vom 25. Februar bis 31. März — mit Ausnahme der Karwoche und Osterfeiertage — im Restaurant der Halleschen Aktienbierbrauerei, Dessauer Straße 1, und die Losung und Zurückstellung am Dienstag, den 1. April, im Sitzungszimmer des Polizeigebäudes, Dreyhauptstraße Nr. 6, I, stattfinden wird.

Die zur Stammrolle angemeldeten Militärpflichtigen erhalten schriftliche Vorladung zur Musterung.

Anträge auf Zurückstellung wegen häuslicher Verhältnisse — wozu Formulare im Bureau VII (für Militärangelegenheiten) Dreyhauptstraße 6, I, unentgeltlich verabfolgt werden, sind sofort einzureichen.

Die Prüfung der Zurückstellungs-Anträge findet am 28., 29. und 31. März statt und haben die Eltern (Großeltern oder unterstützungsbedürftigen Angehörigen) der Reklamanten persönlich zu erscheinen.

Militärpflichtige, welche infolge Wohnungswechsel usw. eine Vorladung bis zum 24. Februar nicht erhalten haben, melden sich sofort im Bureau VII.

Wer sich der Gestellungspflicht entzieht, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mk. oder entsprechend mit Haft bestraft.

Halle (Saale), den 11. Februar 1913.

Der Zivilvorsitzende der Ersatz-Kommission der Stadt Halle (Saale).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 40 — Halle (Saale), Sonntag den 16. Februar 1913 — 24. Jahrg.

Der Balkankrieg.

Mit den Meldungen vom Ballan ist auch heute nicht viel anzufangen, und ein Urteil über die Kriegslage läßt sich nur auf Vermutungen stützen. Weder die Bulgaren noch die Türken können bemerkenswerte Fortschritte verzeichnen, und außer einigen Scharmützeln auf Gallipoli und bei Tschataldscha wird Wesentliches nicht berichtet. — Türkische Zeitungen wollen aus Adrianopel die Mitteilung erhalten haben, daß die Festung noch gut mit Lebensmitteln versehen sei und noch für längere Zeit Widerstand leisten könnte. Diese Behauptung erhält sehr viel Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, daß die Bulgaren die Serben erneut um militärische Hilfe gebeten und sie auch zugesichert erhalten haben. Jedenfalls aber nicht ohne vorherige Konzessionen, denn die Stimmung in der serbischen Armee wird als sehr eroberungslustig bezeichnet. Der Wiener Reichspost zufolge, die ja wegen ihrer Sensationsmeldungen bekannt ist, hat die Belgrader Stampa aus Ueskü b die sensationelle Nachricht erhalten, daß der Kommandant der Armee des serbischen Kronprinzen Alexander einen Spezialkurier nach Belgrad entsandt und den Ministerpräsidenten Pasitsch verständigt habe, daß das Heer mit der Politik des Ministerpräsidenten unzufrieden sei. Das Heer verlange, daß der serbisch-bulgarische Vertrag nicht aufrecht erhalten werde, sondern es stelle die Forderung, daß unter allen Umständen die Städte Monastir, Perlep und Köprülü Serbien verbleiben müssen. Die serbische Armee wird diese Städte niemals friedlich räumen und nur mit Waffengewalt werden sie den Serben fortgenommen werden können. (?) — Selbst wenn man die Richtigkeit dieser Meldung dahingestellt sein läßt, ergibt sich doch, daß die Lage Bulgariens nicht eben rosig ist: Die Erfolge gegen die Türken sind seit Wiederbeginn des Kriegs nur unerheblich, Serbien tut nur noch gezwungen und gegen entsprechende Gegenleistungen mit, und Rumänien drängt energisch auf Erfüllung seiner Forderungen und droht sogar offen mit Krieg!

Gleichwohl haben sich die Hoffnungen auf einen baldigen Friedensschluß wieder verringert. Wie der Kölnischen Ztg. aus Berlin offiziös gemeldet wird, liegt jetzt die als authentisch erklärte Meldung vor, daß der Initiativvorschlag des türkischen Botschafters in London bei Sir Edward Grey zur

Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen gescheitert

ist. Die Pforte selbst hat wohl kaum Hoffnung auf ein anderes Ergebnis ihres neuen Angebots gehegt, denn die Balkanstaaten, namentlich Bulgarien, sind nicht bereit, auf der Grundlage der Teilung Adrianopels die Waffen niederzulegen und die Friedensverhandlungen direkt mit der Türkei wieder aufzunehmen oder die Mächte zur Führung solcher Unterhandlungen zu beauftragen. Der Krieg geht also weiter bis zu dem früher oder später unvermeidlichen Fall Adrianopels, oder bis etwa ein sonst erzielter Waffenerfolg des Balkanbundes der Pforte ein Eingehen auf dessen Friedensbedingungen erleichtert.

*

Die Lage in türkischer Darstellung.

Konstantinopel, 14. Februar. Ein amtlicher Kriegsbericht besagt: Der gestrige Tag verlief für Adrianopel ruhig. An der Tschataldschalinie sind unsere Erkundungskolonnen eifrig tätig. Der Feind befestigte die nordöstlich von Atalan gelegenen Höhen und will durch Artilleriefeuer die Bewegungen unserer Erkundungskolonnen verhindern. Eine unserer gemischten Abteilungen am linken Flügel rückte von Surgunköj aus vor und zwang den Feind, sich gegen Haratschdschi—Tschifflik zurückzuziehen. Bei Bulair fiel nichts von Bedeutung vor.

Türken und Bulgaren bei Tschataldscha.

Paris, 14. Februar. New York Herald meldet von der Tschataldschalinie: Die Türken gewinnen stets wenn auch langsam an Boden. Sie gehen mit großer Vorsicht vor. Die Bulgaren haben verschiedene Dörfer niedergebrannt, aus denen sie sich dann zurückzogen. In der Nähe von Tscherkesköj ist der Himmel gerötet von den vielen brennenden Bauernhäusern. Die Bulgaren lassen nichts als Asche hinter sich zurück. In der türkischen Armee herrscht jetzt völlige Einigkeit. Allgemein ist man der Ansicht, daß die Bulgaren die Türken in einen Hinterhalt locken wollen, da sie sich in auffallender Weise fast ohne jeden Kampf auf der ganzen Linie zurückziehen.

„Bis zur letzten Patrone."

Konstantinopel, 14. Februar. Der Verteidiger Adrianopels Schukri Pascha sandte neuerdings ein Funkentelegramm mit der Mitteilung, daß er bis zur letzten Patrone kämpfen werde. Sollte er zur Kapitulation gezwungen werden, so würde er vorerst die Stadt einäschern. (?)

Sofia, 13. Februar. (Meldung der Agence Bulgare.) Die Beschießung Adrianopels dauert fort. Die türkischen Ausfallversuche am 10. und 11. Februar sind unter großen Verlusten, die mehr als 1000 Mann betrugen, zurückgewiesen worden. Vor Tschataldscha und Bulair ist die Situation unverändert. Die ganze Küste von Silivri bis Bulair befindet sich in den Händen der Bulgaren. Auf dieser Linie unternahm der Feind gestern nichts. Die bulgarischen Truppen behaupten energisch ihre Stellungen.

Eine neutrale Zone für die Fremden in Adrianopel.

Sofia, 14. Februar. Auf das Verlangen des freien Abzugs der Europäer aus Adrianopel sollen die Militärbehörden der Regierung erwidert haben, daß es ganz unmöglich sei, die europäische Bevölkerung aus Adrianopel herauszulassen. Man will jedoch gestatten, daß sich die europäische Bevölkerung in Karagatsch niederläßt, einem Orte, der sich noch innerhalb des Belagerungsgürtels befindet und der in Zukunft von den bulgarischen Batterien verschont werden soll.

WEISSE WOCHE

Unübertroffen an
Umfang, Auslage und Preiswürdigkeit
ist unsere

Weisse Woche.

Beginn: Montag, den 17. Februar.

Die meisten der für diesen Verkauf bestimmten Waren sind in großen Quantitäten vorteilhaft eingekauft oder durch eigene Fabrikation hergestellt.

Es kommen zum Verkauf:

Damenwäsche	Weiße Seidenstoffe	Weiße Damenkleider	Weiße Schürzen
Herrenwäsche	Weiße Kleiderstoffe	Weiße Blusen	Directoire-Beinkleider
Kinderwäsche	Schweizer Stickereistoffe	Weiße Kostümröcke	Weiße Strümpfe
Wäschestoffe	Schweizer Stickereivolants	Weiße Golfjacken	Weiße Handschuhe
Leinen und Halbleinen	Stickerei-Voiles	Weiße Kinderkleider	Weiße Sweater u. Sportler
Tischzeuge, Handtücher	Voile-Volants	Weiße Russenkittel	Kinder-Hüte und Mützen
Bettwäsche	Halbfertige Roben	Weiße Unterröcke	Weiße Jabots u. Kragen
Frottierwäsche	Waschstoffe	Weiße Blusenschoner	Hals- und Ärmel-Rüschen
Wäschestickereien	Spitzen und Einsätze	Weiße Untertaillen	Wasch- und Ledergürtel
Taschentücher	Tüll- und Spachtelstoffe	Korsetts u. Büstenhalter	Handarbeiten

Gardinen, Stores, Vitragen, Brises bises, Bettdecken u. dergl.

10% Rabatt gewähren wir während der Weißen Woche, trotz der billigen Preise, auf sämtliche Artikel (ausschließlich Kurzwaren und Strickwolle).

Sehenswerte Schaufenster- und Innen-Dekorationen.

6263

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstraße 22/24.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0009

Aus der Provinz.

Preußische Schulkultur.

Anläßlich des sozialdemokratischen Antrages im Reichstag, die nur ein Scheindasein fristende Reichsschulkommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen umzuwandeln, brachte Genosse Schulz das ganze Elend der deutschen Schulkultur zur Sprache. Er mußte unter anderem darauf hinweisen, daß wir wohl Reichsämter für alle möglichen wirtschaftlichen Aufgaben haben, auch ein Reichsgesundheitsamt für die körperliche Gesundheit von Mensch und Tier, aber keine Zentrale für die geistigen Aufgaben und die geistige Verfassung der Nation. Ja nicht einmal eine einheitliche Schulstatistik ist möglich. Allerdings hat das reichsstatistische Amt soeben die „Ergebnisse der schulstatistischen Erhebungen 1911" veröffentlicht. Sie sind aber eine so minderwertige Arbeit, daß sie selbst von der bürgerlichen Presse „lächerlich" genannt worden sind. Man erhält nur die allernotdürftigste Auskunft über das Schulwesen der Einzelstaaten, dagegen um so mehr Zahlen über allerlei konfessionelle Fragen, so daß man meint, eine Kirchenstatistik, aber keine Schulstatistik vor sich zu haben. Leider sind überall die Schulen noch Landessache, für die die Einzelstaaten, Preußen voran, nur wenig übrig haben. Nach jeder Richtung erscheint die Volksschule als die kümmerliche Bildungsstätte des Plebs, für den gerade nur das Allernotwendigste getan wird. Dabei befindet sich Preußen in einer beneidenswerten finanziellen Lage, so daß die früher üblichen Einwände heute schon längst nicht mehr erhoben werden können.

Wir mögen fragen wonach wir wollen: überall bekommt man aus der Statistik Antworten, die nicht einmal den bescheidensten Forderungen der Pädagogik genügen. Ueberfüllte Klassen, elende Halbtagsschulen, krüppelhafte Schulsysteme, in denen der kindliche Geist verdummen muß, und selbst da, wo es ein leichtes wäre, sechs- oder achtklassige Schulen einzurichten, wird das nicht getan, weil konfessionelle Gründe Zwergschulen entstehen lassen, die auf dem untersten russischen Niveau stehen. Nur wenige Kinder haben das Glück, die Schule mit einer ungefähr abgeschlossenen Bildung in der Oberklasse zu verlassen. Die meisten bleiben in der zweiten und dritten Klasse hängen und sind nicht einmal imstande, nach achtjährigem Schulbesuch einen verständlichen Brief zu schreiben — ein Hohn auf alle „Bildungsarbeit"! Das ist im allgemeinen die preußische Schulkultur, die selbst unsere Lehrerschaft anekelt, weil sie dagegen wehrlos ist, so daß sie alle nach den größeren Städten streben, wo ihnen eine normale und befriedigendere Arbeit winkt.

Da heißt es doch, den Dummen Sand in die Augen streuen, wenn der Kirchenminister, der bezeichnenderweise auch das preußische Schulwesen leitet, alljährlich mit den Massenziffern zu prunken sucht, die bei einem Millionenvolk selbstverständlich sein müssen. Aber die nackten Zahlen der Statistik strafen eine Schönfärberei Lügen. Wenn man z. B. für die Provinz Sachsen hört, daß seit 1882 die Zahl der Lehrkräfte von 5381 auf 8579 gestiegen ist, aber die Schülerzahl nur von 380 000 auf 474 000, so mag das wie ein Fortschritt aussehen. In Wirklichkeit aber sagen diese Zahlen aber nur, daß vor 30 Jahren auf einen Lehrer die unmenschliche Zahl von über 70 Kindern kam, und im Jahre 1911 immer noch 55 statt 30, wie es die moderne Pädagogik unbedingt verlangt. Durch nichts wird ja das Stiefkind Volksschule besser charakterisiert, wie durch einen Vergleich dieser Lehrerbelastung bei den verschiedenen Schulanstalten. Man sieht, wie das Ministerium für „Kirchen- und Schulwesen" es verstand, für die Kinder der „besseren" Stände fürsorglich zu walten, während es die Kinder des Volkes in überfüllten Klassen, wo von einem ordentlichen Unterricht keine Rede sein kann, geistig verkommen läßt. Auf je einen Lehrer entfielen nach der 1911er Statistik in den provinzsächsischen

Gymnasien	17	Schüler
Realgymnasien	21	„
Ober-Realschulen	21	„
Realschulen	22	„
Volksschulen	55	„

Genau wie in den Kleinwohnungen der unbemittelten Schichten einzig durch die Schuld der öffentlichen Verwaltungen die Menschen zusammengepfercht leben müssen, so ergeht es dem Volke auch mit seinen Kindern in der Volksschule.

Erst in einer späteren Veröffentlichung soll über die Hauptsache, welche Kosten für die Volksschulen aufgewendet wurden, Auskunft gegeben werden. Schon bisher hat man sich selbstverständlich auch nach dieser Richtung keine besondere Mühe gegeben. Die größte Sorgenlast wurde einfach den Gemeinden aufgebürdet. Es wird heute kaum viel besser sein, wie vor fünf Jahren, wo man für den Volksschüler in der Provinz Sachsen knapp 47 Mark aufwandte, aber in Schleswig-Holstein 67 Mark. Kaum ein Viertel gibt dazu der Staat. Viele Gemeinden brechen unter ihren Schullasten fast zusammen, und der im Gold wühlende Finanzminister sieht mit zugeknöpften Taschen zu, weil er das Gold für seinen Kollegen vom Krieg bereit halten muß. So sieht preußische Kultur hundert Jahre nach den preußischen „Befreiungskriegen" aus!

Im übrigen aber klingt auch hier dasselbe Lied: Für die Kinder der höheren Stände alles, für die Arbeiter- und Bauernkinder nichts! Auf Grund wiederholter Einzelberechnungen gilt für unsere Provinz dasselbe, was überall maßgebend ist: für einen Volksschüler werden kaum 50 Mark aufgewendet, für einen Gymnasiasten aber mehr als 500 Mark, für einen Realschüler 350 Mark. Selbst wenn man das Schulgeld abzieht, bleibt noch eine so ungeheuerliche Differenz übrig, daß hier der Klassenstaat in seiner Brutalität erscheint. Wieder ist die Volksschule das elende Aschenbrödel, das mit einem mageren Knochen abgefunden wird. Dabei bedarf doch niemand so dringend einer guten Schulbildung, wie das Proletarierkind, dessen einzige Mitgift darin besteht. Schon früh hinausgestoßen in den Erwerbskampf und schon viel eher gezwungen, sein Brot selbständig zu verdienen, als ein Kind besser situierter Eltern, ist ihm Bildung alles!

Es ist ein bitterer Widerspruch, daß ein nach höherer Kultur ringendes, industriell hochentwickeltes Land ein so minderwertiges Schulwesen besitzt, und unsere ehrlich um gesündere Zustände kämpfende Lehrerschaft ist zu beklagen, daß sie ihre Kraft und Frische unter unwürdigen Verhältnissen vergeuden muß. Sie schafft an einer Sisyphusarbeit, unter der sie ebenso schwer leidet, wie die unschuldige, von dem Klassenstaat um ihre Bildung betrogene Kinderwelt.

Die Jugendausschüsse

im Verbreitungsgebiet des Volksblatts werden dringend ersucht, ihre genauen Adressen der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Berlin SW 68, Lindenstraße 8, als auch der Bezirksleitung in Halle sofort mitzuteilen. Auch sind alle Adressenänderungen stets anzugeben.

Passendorf. Jungdeutschland in Sicht. Wie jetzt feststeht, beabsichtigen die Patrioten, auch in unserm Orte eine Jungdeutschlandgruppe zu bilden, und die Arbeiterjugend zu diesem Nummel heranzuziehen. Wir möchten nun an die denkende Arbeiterschaft das Ersuchen richten, ihre Kinder von diesem verrohenden Klimbim fernzuhalten. Wie verlautet, soll ein steinreicher Gönner dieser Bewegung die Hüte kaufen wollen. Wir sind der Meinung, wenn der Herr durchaus Geschenke machen will, so möge er vor allen Dingen seine Arbeiter bedenken, und ihnen den niedrigen Lohn erhöhen. Also ihr Arbeiter, die Kinder fernhalten von dem Jungdeutschlandrummel.

Merseburg. Von der Straßenreinigungspflicht. In Merseburg bestand hinsichtlich der Straßenreinigungspflicht eine Observanz zu Lasten der Grundbesitzer, die durch eine Polizeiverordnung näher geregelt war. Durch ein Ortsstatut vom 7. September 1908 sollte nun eine Neuordnung der Angelegenheit erfolgen. Auf Grund der Ordnung wurde der Kreisausschuß wegen eines Kreisgrundstücks in Merseburg von der Stadtgemeinde Merseburg aufgefordert, vor dem Grundstück die Straße zu reinigen. Der Kreisausschuß klagte. Der Bezirksausschuß hob auch die Verfügung auf und das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil mit folgender Begründung: Der Wille der Stadtgemeinde im Ortsstatut sei nicht ganz klar. Es scheine, als ob der Standpunkt der Stadt der gewesen sei, daß sie durch das Ortsstatut die frühere observanzmäßige Verpflichtung der Grundbesitzer zur Straßenreinigung auf die Stadt übernehmen und die Grundbesitzer nun zu „Diensten" gemäß dem Kommunal-Abgabengesetz in Form der Reinigung verpflichten wollte. Daß aber die Stadt eine frühere Verpflichtung der Grundbesitzer wirklich übernommen habe, was die Voraussetzung der Auferlegung von Reinigungsdiensten den Hausbesitzern gegenüber wäre, sei im Ortsstatut nicht ausgesprochen. Im Gegenteil heiße es darin (§ 1): „Die Pflicht der Grundeigentümer, zu reinigen, bleibt bestehen." Somit fehle es also an der Voraussetzung für die Heranziehung der Besitzer zu Reinigungsdiensten. Es bleiben nur übrig die Feststellung, daß die Stadt in der Straßenreinigung durch das Ortsstatut und durch ihre Verfügung die Herstellung eines Werks verlange, nämlich die Schaffung eines polizeimäßigen Zustands der Straße. Eine solche Verpflichtung könne von der Gemeinde den Anliegern (Grundbesitzern) nicht auferlegt werden. Es mußte deshalb wegen Unanwendbarkeit der fraglichen Vorschrift die Verfügung des Magistrats an den Kreisausschuß aufgehoben werden. — Soweit das Gericht. Entweder muß man nun in Merseburg eine klare Neuregelung schaffen, wenn man die Grundbesitzer zur Straßenreinigung durch die Stadt in Form von „Diensten" gemäß dem Kommunal-Abgabengesetz heranziehen will, oder man muß den alten Zustand aufleben lassen. D. h. man muß es der Polizeiverwaltung überlassen, widerspenstige Grundbesitzer zur Beachtung einer observanzmäßigen Straßenreinigungspflicht anzuhalten.

Schkeuditz. In der Kartellsitzung vom 11. Februar gab zuerst der Vorsitzende ein Schreiben vom Vororts-kartell Magdeburg bekannt, in welchem auf die am 25. und 26. Mai stattfindende Kartellkonferenz hingewiesen wurde. Dann ergänzte Genosse Oskar Fiedler den Jahresbericht, welcher bereits vorlag. Er wies in kurzen Zügen auf die wichtigsten Vorkommnisse im Jahre hin und hoffte, daß in diesem Jahre auch alle Arbeiten zur Zufriedenheit der Allgemeinheit erledigt würden. Unter anderm kam Redner auch auf das verflossene Gewerkschaftsfest zu sprechen, bei welchem die Verwaltung einen schweren Stand hatte, da doch bekanntlich die Beteiligung der schulpflichtigen Kinder am Umzuge verboten war. Eine Beschwerde beim Landrat, das Verbot aufzuheben, hatte Erfolg und die Beteiligung war eine enorme. In der Diskussion hierüber wurde bemängelt, daß nicht alle Bewegungen im Jahresberichte verzeichnet waren, jedoch war man im großen ganzen mit den Arbeiten des Vorstandes zufrieden. Dann wurde die Wahl des Maikomitees vorgenommen, welches sich aus den Genossen Herrmann, Straube, Mittag, Karl Fiedler und Oskar Fiedler zusammensetzt. Hierbei wurde der Wunsch laut, das die diesjährige Maifeier mehr verallgemeinert werde und die Modelwiper und Wehltizer Genossen nicht eine Maifeier für sich machen sollten. Der Fall Schaaf wurde nach längerer Debatte dem Verbande der Maler und Lackierer überwiesen. Die Fabrikarbeiter beschwerten sich wieder über die Agitationsweise der Holzarbeiter. Sie wurden auf die Kartellverträge hingewiesen und aufgefordert, diese mehr zu respektieren. Zum Schlusse verwies der Vorsitzende nochmals auf den Boykott der Wirtschen von Förster in Halberstadt. Entschuldigt fehlten: Straube, Stefan, Hentschke, Greßner und H. Müller; unentschuldigt: Frl. Martenz, Schneider, Renz und Freudenthal.

Lützen. Die Anmeldung der zu Ostern schulpflichtigen Kinder wird am Montag, den 17. Februar, von 8—11 Uhr im Amtszimmer (Schulstaffe) entgegengenommen. Schulpflichtig sind alle Kinder, die in der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1907 geboren sind. Vorzulegen sind der Impfschein und für nicht in Lützen geborene Kinder der Geburtsschein.

Mücheln. Aus der Partei. In der letzten Mitgliederversammlung hielt Genosse Peterfohn den zweiten Vortrag über das Parteiprogramm. Vom Vorsitzenden wurde bekanntgegeben, daß der Barbier Maskus in Neumark vom Hauptvorstand einstimmig aus der Partei ausgeschlossen worden ist, weil die Handlungsweise des Genannten als eine ganz ungehörige bezeichnet werden muß. Nach einer kleinen Auseinandersetzung wurde die Versammlung geschlossen. Parteigenossen! In letzter Zeit ist eine Interessenlosigkeit eingerissen, welche entschieden verurteilt werden muß. Es stehen die Landtagswahlen vor der Tür. Auch in diesem Wahlkampfe hat jeder seinen Mann zu stellen. Deshalb ist es notwendig, in Zukunft die Versammlungen pünktlich und zahlreich zu besuchen. Der dritte Vortrag über das Parteiprogramm findet am 23. Februar, nachmittags 5 Uhr, statt.

Eilenburg. Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Montag, den 17. Februar, nachmittags 4 Uhr, statt. Auf der sehr umfangreichen Tagesordnung steht u. a. die Beschlußfassung über den Erlaß eines neuen Ortsstatuts betr. die Straßenreinigung, Wahl von Mitgliedern des Schulvorstandes der gewerblichen Fortbildungsschule, Jahresrechnung der Stadtsparkasse pro 1910, des Gaswerks pro 1911, der Stadthauptkasse pro 1911, Erstattung des Verwaltungsberichts pro 1911, Festsetzung der verschiedenen Sonderhaushaltspläne pro 1913 und Festsetzung des Haupthaushaltsplans pro 1913. Die Sitzung ist öffentlich, und hat jeder Bürger der Stadt das Recht, an derselben teilzunehmen.

Eisleben. Der städtische Etat für das Jahr 1913, der noch einige Tage während der Dienststunden im Rathause ausliegt, balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 940 580 Mk. Im Vorjahre hatte der Etat die Höhe von 908 800 Mk. erreicht. Trotz der gewaltigen Steigerung der Summe sollen wieder wie im Vorjahre 241 Prozent der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, und 225 Prozent der staatlich veranlagten Einkommensteuer erhoben werden. Nach dem Voranschlag setzt sich die Einnahme folgendermaßen zusammen: Vom Grundeigentum 52 158,94 Mk., Zinsen 16 664,74 Mark, Berechtigungen 12 455 Mk., Verwaltungskostenbeiträge aus anderen Kassen 196 602,24 Mk., Gebühren 7380 Mk.; Gemeindesteuern und Abgaben 648 710 Mk. So erfreulich es ist, daß alle Einnahmequellen eine größere Einnahme versprechen, so will es uns doch erscheinen, daß die erwartete Steigerung bei den Gemeindesteuern und Abgaben nicht eintreffen wird. Dieser Posten ist die größte städtische Einnahmequelle, sie soll gegen das Vorjahr ein Mehr von rund 10 000 Mk. einbringen. Hätten wir eine Zunahme der Bevölkerung zu erwarten, so ließe sich gegen das veranschlagte Mehr nichts einwenden, so aber ist mit einem steten Rückgang der Bevölkerung zu rechnen und angesichts dieser Tatsache halten wir diesen Posten einer gründlichen Nachprüfung durch die Stadtverordneten für nötig.

Die Ausgaben werden verzeichnet an Verwaltungskosten 163 287 Mk., Zinsen 114 382,87 Mk., Abgaben und Lasten 5987,58 Mark, Ruhegehältern und Unterstützungen 15 080,50 Mk., Unterhaltung der Gebäude und Grundstücke 35 483,54 Mk., Kanalbenutzungsgebühren 29 170 Mk., Beitrag zu den Kosten des Elektrizitätswerks 3100 Mk., Provinzial- und Kreisabgaben 37 700 Mk., Zuschuß zu anderen Kassen 401 349 Mk., Zu polizeilichen Zwecken 19 100 Mk., Straßenbeleuchtung 21 600 Mk., Schuldentilgung und Vermögenserneuerung 65 618,97 Mk., Sonstige Ausgaben 24 659,04 Mk. Die Summe von 3100 Mk. Beitrag zu den Kosten des Elektrizitätswerkes ist zum ersten Male im Etat. Eine wesentliche Ersparnis von rund 7000 Mk. soll an den Provinzial- und Kreisabgaben gemacht werden. Zu polizeilichen Zwecken werden 1000 Mk. mehr verlangt. Da unter diesem Titel die Straßenreinigung mit enthalten ist, so dürfte zu erwarten sein, daß im neuen Etatsjahre der geforderte Betrag für sie verwandt wird. Namentlich würde es sich empfehlen, in diesem Ausgabeposten nicht zu knausern, denn wie im Vorjahre, wo die Straßen in den heißen Sommertagen nicht gesprengt wurden, dürfte nicht wieder vorkommen. Zum Ansehen der Stadt trägt die falsche Sparsamkeit nicht bei.

Bennstedt. Tödlich verunglückt ist am Freitag mittag der Architekt Lange von hier. Der Verunglückte war damit beschäftigt, Ausmessungen behufs baulicher Veränderungen bei dem Gutsbesitzer Herrmann vorzunehmen, wobei er eine Etage tief abgestürzt sein muß. Er wurde längere Zeit vermißt, und als man ihn suchte, lag er mit gebrochenem Genick am Erdboden.

Mansfeld. In der Stadtverordnetensitzung am 10. Februar nahmen unsere Stadtväter Kenntnis von den Stiftungen des Baumeisters Döbler in Berlin. Dieser Herr, ein geborener Mansfelder, hat am 1. August v. J. sein Vaterhaus der Stadt geschenkt, und zwar sollen darin bedürftige Witwen untergebracht werden. Er hat jetzt diese Stiftung noch um 4000 Mk. erweitert, deren Zinsen zur Unterhaltung des Döblerhauses und zur Ansammlung eines Reservefonds dienen sollen. Weitere 4000 Mk. schenkte er der Stadt zu dem Zwecke, daß die Zinsen von diesem Gelde dem besten Schüler der Putherschule, welcher besonders im Zeichnen Interesse zeigt, ausgezahlt und seiner weiteren Fortbildung zugute kommen. Er schenkte der Stadt noch seinen Garten am Hirtenberg und schließlich noch 2000 Mk. zum Fonds des Lutherdenkmals. Unsere Stadtväter nahmen die Stiftungen dankend an. Sodann erstattete der Bürgermeister den Verwaltungsbericht über das Jahr 1912. Aus diesem war zu ersehen, daß in Mansfeld jetzt alles zurückginge. Wir wundern uns bloß, daß dann trotzdem Herr Schlimbach in der folgenden Etatsberatung an Stelle des Magistratshilfsarbeiters einen besoldeten Beamten haben wollte. Für diese neue Stelle waren einige Stadtverordnete doch nicht so recht zu haben. Einer bemerkte dazu, vor drei Jahren hätte dieser Posten bloß 600 Mk. gekostet, jetzt wären es schon 1500 Mark. Das wäre zu kolossal gestiegen. Den diesjährigen Etat hätte man noch so hindurch balanziert, aber in höchstens zwei Jahren müßte man doch höhere Steuerzuschläge erheben. Schließlich wurde doch der Etat, der mit 67 400 Mk. (gegen 66 600 Mk. im Vorjahre) festgesetzt ist, genehmigt.

Hettstedt. Politisch oder nicht? Sowohl die Militärvereine als auch die gelben Unternehmer-Lieblinge bestreiten immer, daß sie sich mit Politik beschäftigen. Betrachtet man ihre Tätigkeit genauer, so wird man finden, daß das Gegenteil richtig ist. Namentlich bei den Wahlen leisten sie hierin Erhebliches. So kann man jetzt beobachten, wie die „Unpolitischen" in den hiesigen Zeitungen zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl Stellung nehmen. Beide Gruppen empfehlen in Inseraten als Kandidaten den Fahrsteiger Schwennicke. Eigentlich ist es Undank an Herrn Honigmann, daß man ihn als reuigen Sünder nicht als den Erkorenen ausersehen hat. Würde sich eine freie Organisation offiziell an solchen Wahlen beteiligen, dann würden sie zweifellos den „liberalen" Vereinsgesetze zum Opfer fallen. Unseres Wissens haben die „Wirtschaftsfriedlichen" auch Mitglieder unter 18 Jahren. Besteht für sie das Gesetz nicht?

Sangerhausen. Gewerkschaftskartell. In der letzten Kartellsitzung gab Kollege Schütze seinen Jahresbericht als Bibliothekar. Die Zentral-Bibliothek umfaßt 383 Bücher, davon waren im Jahre 1912 von 102 Lesern im ganzen 1033 entnommen worden. Neuangeschafft wurden 34 Bücher. Festgestellt wurde durch diesen Bericht, daß nur 10 Prozent der organisierten Arbeiterschaft sich am Lesen beteiligt hatten. Es ist deshalb zu wünschen, daß in diesem Jahre der Leserkreis ein größerer wird. Bekanntgegeben wurde, daß am 23. Februar eine Konferenz der Schiedsgerichtsbeisitzer im Herrenkrug stattfindet. Nach Mitteilung des Bezirkssekretariats findet die Bezirkskartell-Konferenz am 25. und 26. Mai in Sangerhausen statt. Dem Pachtvertrag betreffs des 5000 Quadratmeter großen Spielplatzes vom Konsumverein wurde zugestimmt und beschlossen, den schönen Platz in nächster Zeit mit Grassamen zu besäen. Die Errichtung eines hohen Drahtzaunes wird von der Genossenschaft ausgeführt. In der sich anschließenden kurzen Debatte sprach ein Kollege gegen dieses herrliche Projekt, worüber wir gewiß von manchem Orte beneidet werden, doch fand der Redner mit seinen merkwürdigen Ansichten selbstverständlich keinen Anklang. Anwesend waren 23 Delegierte. Es fehlten zwei Metallarbeiter, zwei Maurer und der Vertreter der Maler.

— Ein Unverbesserlicher. Der Bäcker Artur Hauthal von hier, der erst am vergangenen Dienstag aus dem Gerichtsgefängnis entlassen wurde, verübte am Donnerstag schon wieder Schwindeleien. Im Kaufhaus Rose ließ er sich zwei Anzüge geben, angeblich, um in der Wohnung seiner

Die Hauptmarke „Unsere Marine" Die beste 2 PFG. Cigarette
GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
Grösste deutsche Cigarettenfabrik

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0010

Eltern einen auszusuchen. Dies geschah jedoch nicht, sondern die Anzüge sollen von ihm weiterverkauft worden sein. Bei einem Bahnmeister versuchte H., angeblich im Auftrag seiner Mutter, 10 Mk. zu leihen. Seit dieser Zeit ist er von hier verschwunden. Eine Untersuchung der Strafsaten ist eingeleitet.

— Verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert wurde am Donnerstag der Bahnarbeiter Vogler von hier. Er soll sich an seiner 14jährigen Stieftochter sittlich vergangen haben.

Artern. Recht widerspenstig zeigten sich in letzter Zeit unsere Stadtverordneten, die sich in ihrer jüngsten Sitzung abermals mit der Frage der Straßen-Kanalisation beschäftigten. Wie kürzlich gemeldet, hatten sich die Stadtverordneten gänzlich ablehnend verhalten, der Magistrat dagegen beschloß, wenigstens einen Sammelfonds anzulegen und diesem bis dahin, da das Kanalisationsprojekt zur Ausführung gelange, alljährlich 3000 Mk. zuzuführen. Der Magistrat wollte dadurch erreichen, daß die Aufsichtsbehörde davon abgeht, schon jetzt die angedrohten Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Die letzte Stadtverordnetenversammlung indessen lehnte auch dieser Beschluß ab: Sie will in ihrer Majorität überhaupt nichts von der Straßenkanalisation wissen. Man ist gespannt, was der gestrenge Herr Regierungspräsident tun wird.

Wittenberg. Stadtverordnetensitzung. Der erste Jahresbericht des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts liegt vor. Der Bericht umfaßt dreiviertel Jahr, vom 1. April bis Ende 1912. Beim Gewerbegericht wurden 31 Klagen anhängig gemacht, wovon 16 durch Vergleich, 2 durch Anerkenntnis, 2 durch Versäumnisurteil, 8 durch Endurteil erledigt wurden; 3 Sachen waren noch nicht erledigt. Das Kaufmannsgericht dagegen wurde weit weniger in Anspruch genommen, nur neunmal, wovon 5 Sachen durch Vergleich, 3 durch Endurteil erledigt und eine unerledigt blieb. In der Diskussion brach die alte Gegnerschaft unseres Stadtparlaments gegen die Gewerbegerichte wieder durch. Jahrelang wies man die Arbeiterschaft mit ihrer Forderung auf Errichtung des Gewerbegerichts ab; das Gesetz war noch nicht erfüllt, die Einwohnerzahl noch nicht erreicht. Und als dann die letzte Volkszählung mit knapp 500 die gesetzlich vorgeschriebene Zahl überschritt, dauerte es immerhin noch 1¼ Jahre, ehe man die nötigen Vorbereitungen zur Eröffnung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts erledigt hatte. Während man nun an der Existenzberechtigung des Gewerbegerichts nicht mehr zweifeln kann, möchte man doch am liebsten das Kaufmannsgericht wieder aufgehoben wissen. Stadtv. Bourzutschky stellte den Wert der Klageobjekte den Gehältern gegenüber, welche die am Gericht tätigen zwei Angestellten erhielten, rechnete so ein Mißverhältnis heraus und verlangte, daß nur Städte mit 40 000 oder 50 000 Einwohnern zur Errichtung verpflichtet sein sollten, wobei er allerdings vergaß, daß die Tätigkeit jener zwei Angestellten noch einige andere Gebiete in sich schließt. Stadtv. Wollschläger und Vorsteher Bickel regten an, das Material dem Städtetag zu überweisen, der es dann der Regierung vorlegen soll. Sicher hätte hier ein Arbeitervertreter zur Klärung der Situation viel beitragen können.

Der Etat der Kämmereikasse wird mit 906 529 Mk., der Etat der Mittelschule mit 77 200 Mk., der Etat des Elektrizitätswerks mit 68 700 Mk. und der Etat der Fortbildungsschule mit 18 059 Mk. in Einnahme und Ausgabe festgestellt. Beim Elektrizitätswerk ist bemerkenswert, daß dieses zum erstenmal einen Ueberschuß (2000 Mk.) abwirft. Bei der Verpachtung des Lutherbrunnens wird dem Restaurateur Rückert mit 100 Mk. der Zuschlag erteilt. Der Promenadenkommission wird eine Forderung von 200 Mk., die infolge der Lohnerhöhung zweier Arbeiter notwendig wurde, nachbewilligt. Für die Versetzung von Signalmasten an der Hafenbahn verlangt die Eisenbahnverwaltung 660 Mk. Stadtv. Brach moniert, daß die Zuschüsse immer höher werden; eine neue Forderung von 360 Mk. für Kontakte stehe in Sicht; er fragt an, ob die Bahn nicht ebenfalls zuzahlen müsse. Stadtv. Wollschläger erklärt, daß schon einmal fruchtlose Versuche gemacht seien. Bewilligt werden sodann 167,85 Mk. für Reparaturen an der Turnhalle und am Gymnasium und 700 Mk. für Herstellung eines Bürgersteigs an der Kaserne in der Berliner Straße. — Zum Straßenausbau im Lindenfelde sind die Kostenanschläge festgestellt und werden diese genehmigt. Der Trajuhnische Bach soll ebenfalls in Röhren gefaßt werden, womit wiederum ein Stück der alten Gräben verschwindet. — Die Stelle des ausscheidenden Assessors Dr. Rasmus, der zum 1. April unsere Stadt verläßt, ist neu zu besetzen, und wird das Anfangsgehalt auf 3000 Mk. festgesetzt. — Ueber den lang geplanten Umbau unseres Rathauses entspinnt sich eine lange Debatte, die sich in der Hauptsache um die Bewilligung von 1000 Mk. für Vorarbeiten unter Hinzuziehung eines Spezialisten dreht. Einige Stadtväter befürchten, daß hierdurch unser Stadtbaurat beiseite geschoben werden soll und das Projekt unnötig verteuert werde; spricht man doch von 120 000 bis 200 000 Mk. Nach langem Hin und Her werden die 1000 Mark bewilligt. — In der sich anschließenden geheimen Sitzung wurde das Grundgehalt für den neu anzustellenden zweiten Bürgermeister auf 4800 Mk. festgestellt, steigend bis 6000 Mk. Außerdem bewilligte die Sitzung zum Jubiläum des 20. Infanterieregiments 2000 Mk.

— Den Wert schriftlicher Arbeitsverträge illustriert recht deutlich die letzte Gewerbegerichtssitzung. Der Fleischergeselle Becker verklagte den Fleischermeister Thäle wegen kündigungsloser Entlassung auf Zahlung von 14 Tagen Lohn, weil nach seiner Aussage beim Arbeitsantritt nichts ausgemacht sei. Ausdrücklich widerspricht aber der Beklagte; er habe gesagt, eine Kündigung bestehe nicht, und er leistet auch den ihm zugeschobenen Eid, worauf B. abgewiesen wird und die Kosten tragen muß.

Falkenberg. Erhebliches Anziehen der Steuerschraube. Der Gemeindehaushalt erreicht infolge des Rittergutskaufes in Einnahme und Ausgabe eine Höhe von 215 307 Mark. Das Rittergut soll eine Gesamteinnahme von 109 774 Mk. bringen. Für die Straßenbeleuchtung entsteht durch die Anlage eines Straßennetzes eine einmalige Ausgabe von 8000 Mk. Die Steuerzuschläge erhöhen sich aus diesem Grunde von 125 auf 180 Prozent.

Elsterwerda. Ein Bauunglück, das schlimmere Folgen zeitigen konnte, passierte am Donnerstag mittag 1 Uhr an dem Schierzschen Neubau in der Bahnhofstraße. Es waren vier Maurer auf einem Gerüst beschäftigt. Auf einmal brach das Gerüst mit donnerndem Getöse zusammen, die vier Maurer mit sich reißend. Sie wurden glücklicherweise nicht verletzt, nur der eine hatte eine Kopfwunde erhalten. Das Gerüst soll zu schwer mit Steinen belastet gewesen sein. An dem Bau wäre es am Platze, wenn die Bautenkontrolle in Tätigkeit käme, denn das Gerüstholz sowie die Querhölzer und Stempel sind viel zu schwach. Man braucht sich also nicht zu wundern, das so etwas passiert.

— Mordversuch. In dem benachbarten Orte Frauenhain wurde in der Nacht zum Mittwoch ein Mordversuch an dem Oberförster des Rittergutes verfucht. In der Nacht packte ihn plötzlich ein Mann am Halse und würgte ihn. Er wehrte sich und traf zufälligerweise den Schalter der elektrischen Birne. Es entstand Licht, in dem Moment bekam er noch einen heftigen Schlag in das Gesicht, worauf der Angreifer unter Mitnahme der Taschenuhr des Försters floh. Daß man den Förster erdrosseln wollte, beweist eine zurechtgelegte Schlinge, die vorgefunden wurde. Am folgenden Tage wurde die Spur mit einem Spürhunde verfolgt.

Mückenberg. Den Arm abgerissen. In der Brikettfabrik der Emanuelgrube verunglückte der 55 Jahre alte Arbeiter Elle aus Großthiemig, indem er in das Getriebe kam und ihm der rechte Arm am Ellbogengelenk herausgerissen wurde. Der Verunglückte wurde nach dem Bergmannstrost in Halle geschafft.

Naumburg. Ein Racheakt. Hier kam ein Mann nach einem Hause zwei Treppen hoch, klingelte und stach ohne weiteres den öffnenden Bewohner über den Haufen, dessen hinzueilender Frau aber brachte er ebenfalls zwei Stiche bei, einen in die linke Schulter, den anderen in den Unterarm. Die Stiche der Frau sind ungefährlich, der Mann aber hat einen Stich in die Brust erhalten. Es ist der Privatmann May, der seit einiger Zeit in dem Hause wohnt. Er hatte den Messerhelden wegen Mißhandlung zur Anzeige gebracht, und dieser war mit zwei Monaten Gefängnis bestraft worden. Die Tat ist also ein Racheakt. Der rohe Patron ist verhaftet worden.

Versammlungsberichte.

Die Handelshilfsarbeiter hielten am 5. Februar bei Streicher eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher zunächst von einem Antwortschreiben der hiesigen Handelskammer Kenntnis genommen wurde. Es wurde hierzu beschlossen, der Ansicht der Handelskammer zu folgen und ein Rundschreiben an die Kaufmannschaft zu erlassen, in welchem um Einführung der Freitagslohnzahlung ersucht werden soll. In der nächsten Sektionsversammlung soll dann Bericht über den event. Erfolg gegeben werden. Dann wurde die Abrechnung vom letzten Geschäftsdienervergnügen entgegengenommen, welches eine Einnahme von 112 Mk. und eine Ausgabe von 94 Mk. ergab. Hierauf wurde die Neuwahl der Sektionsleitung erledigt und gingen die Kollegen H., N. und D. als gewählt hervor. Unter Punkt Verschiedenes wurden mehrere Differenzen erwähnt, die sich in verschiedenen Handelsgeschäften abgespielt haben. Der Briefwechsel zwischen diesen Firmen und der Organisationsleitung zeitigte in den meisten Fällen eine Regelung der strittigen Angelegenheiten, und wurde hierbei mit Recht hervorgehoben, daß wir seitens der Arbeitgeber immer mehr als mitsprechender Faktor im Wirtschaftsleben angesehen werden. In einem Falle, bei welchem es sich um die Weihnachtlung von Schulze u. Birner handelte, die nach gemachten Mitteilungen ihren Arbeitern die Zugehörigkeit zur Organisation bei Strafe der Entlassung verbiete, ging auf eine diesbezügliche Anfrage seitens der Verbandsleitung von der Firma ein Schreiben ein, in welchem sie ihre Verwunderung über die ihr zugeschobene Handlung ausspricht. Sie bitte darum, an geeigneter Stelle bekannt zu geben, daß sie ihren Arbeitern nicht das geringste in den Weg lege, wenn sich dieselben organisieren wollten. Hierzu wurde zum Ausdruck gebracht, daß es sich ja nun in Kürze zeigen müsse, ob die betreffenden Kollegen wirklich gewillt wären, sich den Reihen der organisierten Berufsangehörigen mit anzuschließen. Die Mitteilungen, daß bei der Firma C. F. Ritter, Spielwarenhandlung, auch jetzt noch kein einziger Hausdiener organisiert sei und daß bei der Firma Huth u. Ko. auf alle Verbandsmitglieder seitens der sogenannten Oberkollegen ein nicht gerade einwandsfreier Druck ausgeübt würde, wurden mit Entrüstung aufgenommen. Betont wurde dabei, daß es Pflicht der Arbeiterorganisationen sei, darauf zu achten, daß sie sich ihre event. bei diesen Firmen gekauften Waren nur von organisierten Hausdienern an Ort und Stelle bringen ließen. Weiter wurde noch mitgeteilt, daß auch bei der Firma M. Bär Nachfl. nicht einer der dort beschäftigten Hausdiener organisiert sei, dasselbe sei zum großen Teil auch im Warenhaus Nußbaum der Fall. Zum Schluß wurden die Anwesenden ermahnt, daß alles aufgeboten werden müsse, Aufklärung in die Reihen der Unorganisierten zu tragen, denn nur dann, wenn die Einigkeit immer mehr an Boden gewinne, sei es möglich, immer größere Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu erzielen. Die Sektion, die zurzeit 786 Mitglieder zähle, müsse am Schlusse des Jahres mindestens 1000 betragen. Dies zu verwirklichen, sei Pflicht jedes einzelnen.

Handlungsgehilfen. Die Monatsversammlung vom 5. Febr hörte einen Vortrag des Koll. Koenen über die Aufgaben der Handlungsgehilfengewerkschaft. Redner behandelte sein Thema hauptsächlich von der theoretischen Seite. Er schilderte den Werdegang des Handelsgewerbes, sowie die spätere Entwicklung des Großkapitals mit ihren Folgerscheinungen, welch letztere uns durch die veränderte Lebenslage zu Privatangestellten gewaltige organisatorische Aufgaben zu erfüllen geben. In der Debatte nahmen die Koll. Möller und Friedrich Gelegenheit zu ergänzenden Ausführungen. Der Vorsitzende Koll. Sanow berichtete über den gegenwärtigen Stand und unsere zukünftige Tätigkeit in der Frage der Sonntagsruhe. Die Versammlung beauftragte den hierzu durch die Kollegen Büchel und Neutschmann verstärkten Vorstand, weitere Maßnahmen zu treffen. Bezüglich des geforderten gesetzlichen Verbotes der Konkurrenzklausel ist dem Reichstage ein Schriftsatz zugesandt. Einen Nachtrag zum Jahresbericht des Vorstands gab der Kassierer Illgenstein. Die Einnahme im vierten Quartal betrug 630,60 Mk., die Gesamteinnahme im verflossenen Jahre 2058,90 Mk. gegen 1503,60 Mk. im Jahre 1911. Das im Januar im Volkspark abgehaltene Vergnügen war von zirka 820 Personen besucht. Es nahm einen vorzüglichen Verlauf, wozu nicht zuletzt das geschmackvolle Arrangement der Leitung des Etablissements beitrug.

Vereinnahmt wurden hierbei 102,40 Mk., verausgabt 70,80 Mark. Auf Antrag Kopsch wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und als Revisoren gewählt die Kollegen Kopsch und M. Als dritter Kartelldelegierter wurde Koll. Sanow gewählt. Zum Schlusse ersuchte Koll. Sanow um Entnahme der Broschüren Versicherungsgesetz für Angestellte von G. Hoch, 20 Jahre Lagerhalterverband und der Gratisbroschüre gegen die Konkurrenzklausel. Elf Neuanmeldungen von Mitgliedern wurden entgegengenommen.

Arbeiter der deutschen Kali-Industrie!

Kameraden! Die trüben Aussichten, welche im Kalibergbau, infolge der kolossalen Ausbeutungswut und der unhaltbaren Ueberproduktion an Werten auch für die Arbeiter vorhanden sind, machen es für die beteiligten Arbeiter nötig, öffentlich ihre Stimme zu erheben. Es ist bekannt, daß die Regierung wohl mit den Werksbesitzern und deren Organisationen interne Konferenzen abhält, um zu beraten, wie man der Misere im Berufe begegnen kann. Aber Arbeiter und deren Organisationsvertreter hört man nicht. Ueber die Arbeiter und deren Interessen geht man am liebsten zur Tagesordnung über.

Das bisherige Kaligesetz sollte auch für die Arbeiter einigen Schutz bringen. Aber auch diesen geringen Arbeiterschutz suchen die Werksherren noch zu umgehen, suchen durch Hintertüren den Arbeitern und der Regierung ein Schnippchen zu schlagen.

Die Regierung kündigte nun kürzlich im Reichstage ein neues Kaligesetz an. Natürlich will man dabei nur den Schmerzen der Werksherren abhelfen, die Wünsche der Arbeiter möglichst ganz beiseite schieben. Deshalb ist **eine gründliche öffentliche Aussprache der Wünsche und Forderungen aller in der deutschen Kaliindustrie beschäftigten Arbeiter unbedingt nötig.** Das muß jedoch bald geschehen. Aus diesem Grunde berufen die unterzeichneten Verbände

auf Ostern 1913 einen öffentlichen Kongreß der deutschen Kalirbeiter.

Dieser Kongreß findet Sonnabend, den 22., und Sonntag, den 23. März d. J., im Saale Gesellschaftshaus Bothorn in Linden-Hannover, Deisterstraße 64 bis 66, statt. Die Eröffnung erfolgt Sonnabend, den 22. März vormittags 8½ Uhr.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

1. Die gemeingefährliche Entwicklung des deutschen Kalibergbaues sowie die Maßnahmen der Regierung und der Werksbesitzer. (Referent: Redakteur Otto Hue, Essen).
2. Wie sind bei der bevorstehenden Aenderung des Kali-Gesetzes die Interessen der Arbeiter zu wahren? (Referent: Bezirksleiter Max Gärtner, Hannover).

Die unterzeichneten Einberufer ersuchen alle in der Kaliindustrie beschäftigten, kräftig vorwärts strebenden Arbeiter, sofort an die Arbeit zu gehen, sich geeignete Delegierte zu wählen.

Die Arbeiter eines jeden Kaliwerks, welches im Betrieb oder beim Abteufen ist, sollen mindestens einen Delegierten entsenden.

Die Anmeldung der Delegierten mit Angabe ihrer vollen Adresse muß **spätestens bis zum 12. März bei den unterzeichneten Verbänden** oder beim Kameraden Max Gärtner, Hannover, Nikolaistraße 7, Zimmer 24, erfolgen. Bei diesem können auch erforderliche Mandatsformulare bezogen werden. Jeder Delegierte muß schriftlichen Nachweis (Mandat) mitbringen und am Saaleingang abgeben, aus welchem hervorgeht, wo, wann und von welcher Konferenz bezw. welcher Versammlung er gewählt bezw. entsandt worden ist.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Bochum).
J. A.: H. Sachse.

Verband der Fabrikarbeiter (Sitz Hannover).
J. A.: A. Brey.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer (Sitz Berlin).
J. A.: Franz Scheffel.

Sparsame Hausfrauen verwenden für Tafel und Küche

COCOSA

-Pflanzenbutter-Margarine

in jeder Beziehung bester Molkereibutter ebenbürtig, aber

bedeutend billiger

Zu haben in allen Geschäften der Lebensmittelbranche.

Allein. Fabrikanten: Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rhld.) * * Bureau und Lager: Halle a. S., Magdeburgerstr. 11. * Tel. 401.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191302 16-19/fragment/page=0011

Walhalla-Theater

Täglich abends 8 Uhr:

Autoliebchen.

Große Posse in 3 Akten v. Kren u. Schönfeld.

6263 **Musik von Jean Gilbert.**

Gesangsschlager:

Autoliebchenwalzer. — Two-step. — Versuchs doch mal! — Fräulein, können Sie Hakaxum tanzen? — Das haben die Mädchen so gerne. — Im Lustgarten ist Frei-Konzert. — Die Polizei find't was dabei.

Überall ausverkaufte Häuser! Überall Bombenerfolg!
Bedeutend verstärktes Orchester. Gewöhnliche Preise.

Sonntag nachm. 4 Uhr **Familien-Vorstellung.**
„Autoliebchen." Kleine Preise, Kinder halbe Preise.

Volkspark

Parteigenossen! Unterstützt Euer eigenes Heim!

Tel. 1107. **Burgstrasse 27.** Tel. 1107.

Angenehmer Familien-Aufenthalt.

Heute, Sonnabend, im grossen Saal:

Kirchweih u. Bauernhochzeit in Leutenberg,
arrangiert vom Turnverein Fichte.

In den unteren Räumen:

Sonnabend u. Sonntag **Gr. Bockbierfest mit ff. Eisbeinessen.**

Unterhaltung durch unser prächtiges Konzert
:: Orchester. Bockmützen gratis. ::

Sonntag, 16. Februar, von mittags 11½ Uhr ab auf beiden Bahnen:

Grosses Wurst-Auskegeln.

Sonntag im grossen Saal:

Öffentlicher Ball.

Gutgepflegte Freyberg- u. Kulmbacher Biere.
Vorzügliche, gute Küche.
Reichhaltiger, guter Mittagstisch von 50 Pf. an.

Beide Kegelbahnen sind noch einige Abende frei.

Um gütige Unterstützung ersucht 6247
Die Geschäftsleitung.

PASSAGE-THEATER

Halle a. S. **Lichtspielhaus** Leipzigerstr. 88

Ab Sonnabend, den 15. Februar 1913:

„Komödianten"

Mimisches Drama in 2 Akten von
Urban Gad.
Seelengemälde von ergreifender Tragik. In der Hauptrolle:

Asta Nielsen.

Ausserdem das spannende Schauspiel:

„Der verräterische Film"

sowie eine Serie anderer hervorragender Schöpfungen der Kinematographie.

Beginn der Vorführungen: Sonn- und Festtags um 3 Uhr, Wochentags um 4 Uhr. — Jugend-Vorstellungen finden nur am Sonntag nachmittag statt.

Voranzeige: Ab 26. Februar beginnen die Vorführungen der vollendeten Schöpfung von **Dr. Paul Lindau,** betitelt

„Der Andere."

Hauptdarsteller: **Albert Bassermann.**
Eine der ersten Bühnengrössen der Gegenwart.

Es finden täglich 2 Vorführungen statt und sind die Plätze numeriert. — Der Vorverkauf der Billetts beginnt ab Sonnabend, 15. Februar, vorm. 11—1 Uhr, nachm. ab 4 Uhr.

6256 **Die Direktion.**

Makulatur hat abzugeben **Hallesche Genossenschafts-Druckerei.**

Amerikan-, Central-, Germania-Theater

Gr. Ulrichstr. 20. Leipzigerstr. 17. Reilstr. 133.

Heute und folgende Tage:

5 Akte! **:: Die wilde Jagd. ::** 5 Akte!

Sensationelles Schlager-Drama in 3 Akten.

Die Bettlerin.

6256 Ergreifendes Drama in 2 Akten.

Oberpollinger

Im Monat Februar täglich!

Das erste Hal in Halle. Ohne Konkurrenz.

Eiland-Marken,

die erste holländische Boeren-Konzert-Kapelle,

ist der Schlager der Saison.

Sonntags: Frühschoppen.

6247 Es ladet ein der Festwirt B. Bernhardt

Burg-Kino.

Zwei Schlager: 6230

1. **Unter zwei Flaggen.** Mehraktiger. Ausländisches Kriegsdrama.
2. **Broncho Billis Bibel.** Mehrabteilig. Drama aus Wildwest.

Wo gehen wir hin? 2649

Zum kleinen Karl

Merseburgerstr. 161 (Eingang Königstrasse),

dem beliebten Sternburger Ausschank.

Sonntag den 16. Februar:

Gr. Familien-Abend.

Für Unterhaltung sorgt **Der kleine Karl.**

Schokoladen- und Zuckerwaren
kauft man sehr gut und unerreicht preiswert in unseren Verkaufsstellen. Machen Sie einen Versuch und Sie sind dauernder Kunde!
Schokoladen-Haus
Merseburg, Kl. Rittergasse 1, Eilenburg, Leipzigerstraße 25, *746 Torgau, Bäckerstraße 16.

1 Pianino verkauft
6140 **Geiststrasse 25.**

Papier- und Pappenabfälle
2474 kaufen jeden Posten
Kleine Brauhausstraße 20.

Einzelne Möbel
als auch
komplette Zimmer- und
Wohnungs-Einrichtungen
liefert unter den leichtesten Zahlungsbedingungen

6268 **auf Abzahlung**
das bekannte Waren- und Möbel-Kredit-Haus

Paul Sommer,

Leipzigerstrasse 14, I. und II. Etage.

Auf Abzahlung

erhält jeder, bei kleinen Anzahlungen und wöchentlichen Abzahlungen von 1 Mk. an

Anzüge für Herren u. Knaben
Paletots u. Ulster,
Federbetten,
Kleiderstoffe,
Gardinen,
Portièren,
Tischdecken,
Schuhwaren,
Wäsche,
Teppiche,
Steppdecken
Leinen- und Baumwoll-Waren.

Kartoffeln,
feinste Speisewaare, in verschiedenen Sorten. *2247

Richters ovale blaue,
zur Saat treffen nächste Woche mehrere Wagenladungen ein.

Fr. Probst,
Kartoffel grosshandlung.
Alter Markt 6, Fernruf 533.

Selbstgefertigte Schulkornister (Handarbeit) empfiehlt
Wilhelm Nötzel,
Gabelsbergerstraße Nr. 27.
Daselbst Patentmatratzen in verschied. Ausführungen. 6235

Apollo-Theater.

Heute, Sonnabend, zum letzten Male:

Kismet.

Morgen, Sonntag, nachm. 4 u. abends 8 Uhr: **2 grosse Vorstellungen.**

In beiden: Das neue Attraktions-Programm.
Zur Nachmittagsvorstellung kleine Preise! 1 Kind frei!

Die tollste aller Burlesken
das Zugstück der Saison im „Trianontheater", Berlin:

Mein Baby

Burleske in einem Akt von **Margaret Mayr,** bearbeitet und in Szene gesetzt von **Alfred Halm**
mit **Ida Frey** v. Trianontheater, Berlin, i. d. Hauptrolle.

In Berlin hunderte von Aufführungen!
Der größte Lacherfolg der Saison!

Außerdem ein erstklassiger Spezialitätenteil:
Toni Rawell, Konzertsängerin. 6231
Yvonne et Erlik, Elastik-Akt vornehmsten Genres
4 Sikvanas, akrobatische Tanz-Neuheiten.
Ansagerin, Deutschlands einzige Ventroliquistin.
Anfang 8 Uhr. Gewöhnl. Preise: Ende gegen 11 Uhr.

Elsterwerda.
Restaur. Alt-Reichskanzler,
Bismarckstraße 3.
Billige, gute Schlafstellen.
Billiger, guter Mittagstisch
*992 im Abonnement.

Merseburg.

Pa. Roßfleisch!
Schinken, Wurstwaren, ff. Warme.

E. Otto,

Wagnerstraße. *2240

Kamerien-H. und -W. zu verk.
6236 Sternstr. 9, III Tr. r.

Stadt-Theater

in Halle.

Direktion: Geh. Hofrat E. Richards.

Sonntag den 16. Februar 1913
nachmittags 3 Uhr:

8. Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen von 25 bis 65 Pfennig (inkl. Garderobegeld).

Der Erbförster.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Otto Ludwig.

Kassenöffn. 2½ Uhr. Anf. 3 Uhr. Ende 6 Uhr.

Abends 7 Uhr:

158. Abonnem.-Vorst. 2. Viertel.

Die Meistersinger von Nürnberg.

In drei Aufzügen von Richard Wagner.

Kassenöffn. 6½ Uhr. Anf. 7 Uhr. 6232 Ende 11¼ Uhr.

Montag d. 17. Februar 1913:
159. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel.
Zum letzten Male:

Undine.

Romantische Oper in 4 Akten von Albert Lortzing.

Zoo. 1908

Sonntag, 16. Februar nachmittags 3½ Uhr:

Konzert.

Eintrittspreis:
Erw. 50 Pfg., Kinder 30 Pfg.

Werkzeuge, Eisenwaren
in nur gut. Qualität empfiehlt
Paul Schneider,
2642 Merseburgerstr. 4.

Rosshaar kaufen stets
3226 **Bruno Seifert & Sohn,**
Schülerhof 4.

Abbruch!

Neue Promenade 12, hof
wegen Räumung des Platzes sofort zu verkaufen: Latten, Ziegelsteine, Bretter, Brennholz, Haustüren, Korridor-Verschlüsse u. versch. mehr.
G. Lindner. *2248

Spanische Weinhalle
Talamüster. 6, am Hallmarkt.
Täglich *2266
Künstler-Konzert
Gute Küche.
Mittagstisch i. Abonn. 60 Pf.

Sohlleder- Ausschnitt, Häute, Croupons.
C. Müller Nachf.,
Leipzigerstr. 66, Nähe Riebeckpl.

1903—1913.

Aus Veranlassung unseres **10jährigen Geschäfts-Jubiläums** geben wir am **Sonntag den 16. Februar 1913**

gratis

auch bei Bestellung von 1 Dtzd. Bildern von Mk. 1.90 an

1 Bromsilber-Vergrößerung

30 × 40 Bildgrösse.

Samson & Co.,

G. m. b. H.,
Poststrasse 9-10, vis à vis dem Kaiserdenkmal.
Grösstes und billigstes Atelier am Platze.
Sonntags geöffnet, ununterbrochen, von 9 bis 2 Uhr.

6267

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0012

3. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 40 — Halle (Saale), Sonntag den 16. Februar 1913 — 24. Jahrg.

Die Entwicklung der britischen Arbeiterpartei.

Aus London wird uns geschrieben: Der eben abgeschlossene Londoner Parteitag der britischen Arbeiterpartei fiel in eine kritische Zeit und er ließ die Schwächen und Schwierigkeiten, die der gesunden Entwicklung der Partei im Wege stehen, drastischer hervortreten als irgendeine frühere Tagung. Rein äußerlich hat die Partei ein außerordentliches Wachstum zu verzeichnen. Ihre Mitgliederzahl stieg in diesem einzigen Jahre um mehr als 350 000. Aber gerade dieses enorme Wachstum ist für sie zunächst ein Element der Schwäche. Die Besonderheit der britischen Arbeiterpartei besteht darin, daß sie das gesamte organisierte Proletariat Großbritanniens ohne Rücksicht auf die politischen Ueberzeugungen der Einzelnen zu einer gemeinsamen Arbeiterpolitik vereint. Um aber auf verschiedenen Entwicklungsstufen stehende Elemente zu einer konsequenten Politik zusammenzubringen, müssen sie einen Assimilationsprozeß durchmachen, der sich nur unter vielen Reibungen vollziehen kann. Die Rechtfertigung der Arbeiterpartei liegt einmal darin, daß sie erfahrungsgemäß die in England einzig mögliche Form des proletarischen Klassenkampfes auf politischem Gebiete ist, und zum andern darin, daß innere und äußere Notwendigkeiten sie früher oder später zum Sozialismus bringen müssen. Aber jedes plötzliche Hinzutreten neuer Elemente muß das Gleichgewicht der Kräfte zeitweise stören und die Reibungsfläche vergrößern. So war es beim Anschluß der Bergarbeiter und so durfte es nach dem großen Mitgliederzuwachs dieses Jahres sein. Die 350 000 neuen Mitglieder haben sich nicht aus neugewonnener Ueberzeugung der Partei angeschlossen, sondern sie sind mit dem großen gewerkschaftlichen Aufschwung automatisch in die Partei hineingekommen. Sie gehören zu den bisher unorganisierten, also zurückgebliebenen Schichten der Arbeiterschaft, und bis sie politisch assimiliert sind, müssen sie die Partei qualitativ schwächen.

Während so der in den großen Kämpfen bewirkte industrielle Aufstieg der englischen Arbeiterklasse der Arbeiterpartei zunächst direkt zum Nachteil gereicht, leidet sie außerdem noch darunter, daß man ihr unbewußt den Maßstab dieses Aufstiegs anlegt und von ihr erwartet, sein politischer Ausdruck zu sein. Das erschwert ihr aber auch noch die allgemeine politische Lage und das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Das gegenwärtige Programm der Regierung — insbesondere die irische Homerule — eignet sich schlecht zur Herausarbeitung eines Klassenstandpunktes. Selbst die konservative Partei beeilt sich, die Konsequenzen aus der stattgefundenen sozialen Machtverschiebung zu ziehen: sie wirft den Brotwucher über Bord und gibt den Kampf gegen das Gewerkschaftsrecht auf. Der Arbeiterpartei bleibt nichts übrig, als zuzusehen und selbst wo die Gelegenheit es erheischte darf sie keinen ernsten Angriff gegen die Regierung wagen, denn mit der Osbornevorlage verfügt sie augenblicklich über Leib und Seele der Arbeiterpartei. Ein Zustand, mit dem niemand zufrieden sein kann und der bei den vorgeschrittenen Elementen der Partei leidenschaftliche Klagen und Angriffe, bei einigen sogar offene Revolte auslöst.

Wichtige Elemente dieser Lage liegen jetzt außerhalb der unmittelbaren Einflußsphäre der Partei und mit bezug auf sie kann sie, nachdem sie — wie beim Osbornenurteil — den richtigen Augenblick verpaßt hat, nun wenig mehr tun, als zunächst mit bangem Herzen die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Aber inzwischen kann und muß sie versuchen, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, zumal die allgemeinen Wahlen, bei denen sie wahrscheinlich die größte Feuerprobe in ihrer Geschichte wird bestehen müssen, nicht mehr lange auf sich warten lassen können. Sie muß mit jenen Leuten abrechnen, die aus Unwissenheit oder böswilligem Selbstinteresse die politische Assimilation zurückgebliebener Neukömmlinge mutwillig verhindern wollen. Das tun die Parlamentsvertreter der Bergarbeiter, denen die Masse der britischen Bergarbeiter, wie ihre Reichskonferenzen zeigen, zwar schon längst entwachsen sind, die sich aber in ihren von der übrigen Arbeiterwelt kulturell abgeschnittenen Grubendistrikten verschanzen und die Arbeiter, deren Interessen sie vertreten sollen, mit aller Macht an den Liberalismus ketten wollen.

Gegen sie vor allem richtet sich der vom Parteivorstand eingebrachte und von der Konferenz mit großer Mehrheit angenommene Antrag über die Erzwingung der Parteidisziplin. Die Herren werden endlich zwischen Liberalismus und Arbeiterpartei wählen müssen. Die Konferenz wandte sich auch gegen jene Mitglieder der äußersten Linken, die in ihrer Unzufriedenheit über den Lauf der Dinge nicht nur die Beschlüsse der Unterhausfraktion, sondern auch die der Delegiertenkonferenz mißachten und ganz auf eigene Faust Politik — und, damit es gleich gesagt sei — meist sehr schlechte Politik machen möchten. Sie allesamt sind gute Kerle, aber schlechte Musikanten. Ihr Prototyp ist Lansbury, der der Arbeiterpartei den Rücken kehrt, um sich von Frau Pankhurst nasführen zu lassen. Mit einer klugen, grundsätzlichen, sozialdemokratischen Politik könnten sie den Assimilationsprozeß merklich beschleunigen und der ganzen Bewegung einen Ruck nach vorwärts geben. Mit ihrer auch rein sachlich sehr fragwürdigen Gefühlspolitik diskreditieren sie nur den linken Flügel, stiften sie Verwirrung an und vermehren die Reibungsflächen.

Die politische Emporhebung der jetzt zum erstenmal organisierten Arbeitermassen, die Aufklärung der bisher in Dunkelheit gehaltenen Arbeiter der zurückgebliebenen Grubendistrikte sind die nächsten dringenden Aufgaben der Arbeiterpartei. Daß die Londoner Jahreskonferenz das begriffen hat, ist ihre größte Leistung. Mehr als ein Beschluß bezieht sich auf den Ausbau der politischen Organisation und auf intensive Agitation. Die Arbeit ist schon vor Monaten ernsthaft in Angriff genommen worden und wird ohne Zweifel energisch fortgesetzt werden. Es ist aber eine Arbeit, die nur von Sozialisten wirksam geleistet werden kann und die Agitation wird quantitativ und qualitativ darunter leiden, daß sich nicht alle Sozialisten dieser Arbeit unterziehen, sondern daß sich noch viele — und manche der besten — von der Arbeiterpartei abseits halten.

Wenn wir alle Umstände, die inneren Schwierigkeiten und die äußeren Gefahren in Betracht ziehen, dann können wir mit der Konferenz durchaus zufrieden sein.

Sie hat viel geleistet, was ihr im Augenblick möglich dünkte, sich aber nicht viel den Kopf zerbrochen mit Problemen, die sie gegenwärtig für unlösbar hielt. Sie hat die Parteidisziplin verschärft und sich zu intensiver Organisations- und Agitationsarbeit entschlossen. Sie hat die Unterhausfraktion nicht mit Komplimenten überhäuft, aber es auch abgelehnt, sie unterschiedslos zu verdammen. Auf weitgehende Anträge, wie den Parteimitgliedern die Annahme öffentlicher Aemter oder Kandidaten die Annahme der Unterstützung bürgerlicher Kandidaten zu verbieten, hat sie sich nicht eingelassen. Nicht weil sie diese Zustände in Ordnung fand, sondern weil sie es für zwecklos hielt, die Parteidisziplin noch weiter zu verschärfen, solange es nicht gelungen ist, die bisherigen Disziplinvorschriften wirksam zu erzwingen. Auch die Arbeiterkonferenz hält zur Lebensmaxime aller Engländer: Jeder Tag hat seine Plag'. Dagegen zeigt die Forderung nach Widerrufung des Sozialversicherungsgesetzes und seiner Wiedereinbringung in beitragsloser Form, daß auch die englische Arbeiterbewegung nicht immer „praktisch" zu sein braucht. Der Beschluß, jede Demokratisierung des Männerwahlrechts zurückzuweisen, solange die Frauen nicht das Stimmrecht erhalten, stellt der Ritterlichkeit der Arbeiterkonferenz ein schönes Zeugnis aus, aber wir meinen, wenn die Unterhausfraktion einmal wirklich vor die Entscheidung gestellt werden sollte, dann wird auf einem nicht mehr ungewöhnlichen Wege eine Spezialkonferenz zu einer andern Stellungnahme kommen.

Trotz äußerst ungünstiger Umstände hat auch diese Konferenz wieder Zeugnis davon abgelegt, daß die Massen der Arbeiterpartei immer mehr vom Sozialismus beherrscht werden. Die Vertreter der alten liberalen Anschauungen wagten sich überhaupt nicht hervor, sondern verschanzten sich in ihren unwirtlichen Hinterwäldern. Mehrere sozialistische Redner hielten es für nötig, der Konferenz besonders in Erinnerung zu bringen, daß die Arbeiterpartei ja keine ausgesprochene sozialistische Partei sei. Wer der Episode beigewohnt hat, als die finanzielle Unterstützung der Balkansozialisten beschlossen wurde, wird dieses überraschende Zeugnis der Vertiefung des internationalen Solidaritätsgefühls nicht sobald vergessen. Mit einem Wort, die Konferenz fühlte sich durchaus sozialistisch und insbesondere war uns die Haltung der Bergarbeiter-Delegierten eine Quelle der größten Genugtuung. Wenn die Partei erst die kritische Zeit der nächsten zwei Jahre glücklich hinter sich hat, dann dürfte es zu einer großen Abrechnung mit der Vergangenheit kommen.

Literarisches.

Die falsche Rechnung. (Was bringt der Krieg ein?) Von Norman Angell. Preis: Elegant gebunden 1,25 Mk. (Bita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg.) — Das Buch, das bei seinem Erscheinen in englischer Sprache so ungeheures Aufsehen erregte, von Staatsmännern wie Lloyd George, Edward Grey, Jean Jaurès und vielen andern in langen Auszügen den Parlamenten ihrer Staaten vorgetragen wurde, liegt nun in vollständiger deutscher Ausgabe zu einem bemerkenswert niedrigen Preis elegant ausgestattet und dauerhaft gebunden vor. Und jeder Leser, der den Ausführungen des Verfassers von Seite zu Seite mit immer steigendem Interesse folgt, wird begreifen, wie voll berechtigt dieses Aufsehen war. Angell zeigt das Widersinnige des Krieges nicht aus Idealismus, aus Sentiments, sondern indem er mit absolut zwingender, unantastbarer Folgerichtigkeit zeigt, daß jeder moderne Krieg, besonders aber der zwischen England und Deutschland, hoffnungslos den wirtschaftlichen Ruin beider Parteien, der siegenden wie der unterliegenden, nach sich ziehen muß. Er ruft einfach seine Leser wieder zum gesunden Menschenverstand und zum Verständnis für die fundamentalsten Begriffe einer halbwegs vernünftigen Nationalökonomie zurück und niemand kann sich der Fülle von Beweisen und der zwingenden Kraft ihrer Logik entziehen.

Verbrecher von Gottes Gnaden.

Ein Beitrag zum patriotischen Festrummel.

Die Münchener Zeitschrift Licht und Schatten bringt folgende historische Erinnerung:

„Zur Zeit des nordamerikanischen Freiheitskrieges verhandelten bekanntlich deutsche Fürsten ihre Landeskinder an England. In welchem Maßstabe dies geschah, zeigen folgende Zahlen:

Der Herzog von Braunschweig verkaufte	**5 723 Mann,**
der Landgraf von Hessen-Kassel verkaufte	**16 992 Mann,**
der Fürst von Hanau verkaufte	**2 422 Mann,**
der Markgraf von Ansbach verkaufte . .	**1 644 Mann,**
der Fürst von Waldeck verkaufte . . .	**1 225 Mann,**
der Fürst von Anhalt-Zerbst verkaufte .	**1 160 Mann.**

Das sind durchschnittlich 4 Proz. der Bevölkerung des Landes. Von obigen 29 166 Mann gingen 11 853 verloren, und für jeden Gefallenen oder Verstümmelten erhielt der Landesfürst noch eine besondere Entschädigung, so daß ihm an dem Untergang seiner verkauften Untertanen nur gelegen sein konnte. Der Preis pro Mann betrug 100, 120 und 150 Taler. Der Geschichtsschreiber Franz v. Löher (1818—1892) teilt einen für die Gesinnung der Fürsten charakteristischen Brief des Grafen von Schaumburg, Prinzen von Hessen-Kassel, an den Freiherrn v. Hohendorff, Oberbefehlshaber der hessischen Truppen in Amerika, aus Eugen Regnaults Denkwürdigkeiten mit. Der Brief ist vom 8. Februar 1777 datiert. Der Fürst äußerte sich darin sehr erfreut über die Nachricht, daß in der Schlacht von Trenton von 1950 seiner Hessen 1650 gefallen seien, und ärgert sich, daß auf der vom englischen Minister ihm zugesandten Verlustliste nur 1455 Gefallene stehen, wodurch die fürstliche Schatzkammer Verlust habe. Am Schlusse schreibt er: „Und erinnere Sie daran, daß von den dreihundert Spartanern, welche den Paß von Thermopylä verteidigten, nicht einer zurückkam. Ich wäre glücklich, wenn ich dasselbe von meinen braven Hessen sagen könnte. Sagen Sie dem Herrn Major Minnorff, daß ich außerordentlich unzufrieden bin mit seinem Benehmen, weil er die 300 Mann gerettet habe, welche vor Trenton flohen. Während des ganzen Feldzuges sind nicht 10 von seinen Leuten gefallen."

Gedenket dieser Tatsachen in den Tagen, wo nicht nur die von Gott Begnadeten an der Spitze des patriotischen Festrummels stehen, sondern wo die Presse der bürgerlichen Knechte aus ihm ein Fest zu Ehren des Gottesgnadentums macht.

Stadt-Theater.

Die Meistersinger von Nürnberg. Oper in drei Akten von Richard Wagner. Dreißig Jahre sind verstrichen, seit der Baireuther Meister im Palazzo Vendramin zu Venedig das Auge zu ewigem Schlummer schloß (13. Februar 1883). Sie haben genügt, die Meinungen einigermaßen zur Klärung zu bringen. Die heißen Kämpfe, die zu seinen Lebenszeiten um seine Werke ausgefochten wurden, haben ausgetobt und einer ruhigeren, auf Erkenntnis gestützten Auffassung Platz gemacht. Die unbedingten Gegner sind im Aussterben begriffen, mehr und mehr bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß R. Wagner in der Geschichte des musikalischen Dramas vorläufig einen Höhepunkt bedeutet. Die heutige Generation hat es freilich in ihrem Verhältnis zu seiner Kunst leichter; sie ist mit seinen Werken aufgewachsen, während diese für die Zeitgenossen etwas unerhört Neues waren, so daß sich dadurch die heftige Gegnerschaft einigermaßen erklären läßt. Allerdings kommen hierbei noch andere Momente hinzu, vor allem der Umstand, daß Wagner meist wenig diplomatisch vorging, daß er seine Gegner durch überflüssige Offenheit brüsk vor den Kopf stieß, die natürlich sein stolzes Selbstbewußtsein für dünkelhafte Anmaßung ansahen. Wir tragen heute kein Bedenken, ihn den Klassikern zuzuzählen, ja, seine Schöpfungen haben es sogar größtenteils zur Popularität gebracht. Der Tristan, in welchem psychologische Probleme eine restlose musikalische Lösung gefunden haben, wird immer nur einem kleinen Kreis zugänglich sein, auch der Parsifal mit seinem mystisch-religiösen Hintergrund. Aber die Gestalten Lohengrins, Tannhäusers, das hehre Paar Siegfried und Brünnhilde, ganz besonders aber Freund Sachs haben im Herzen der musikalischen Deutschen Heimatrecht erworben. Und so hatte man gestern, um das Gedächtnis des Meisters zu ehren, mit Glück zu den Meistersingern gegriffen, diesem köstlichen von der Sonne echten Humors durchstrahlten Werk. Wie alle Dramen Richard Wagners, so enthalten ganz besonders die Meistersinger ein Stück Selbstbekenntnis. Die Charaktere Hans Sachsens und Walter

Frühjahrs-Neuheiten

in allen Abteilungen.

Konfirmanden-Anzüge in unübertroffener Auswahl.

Vornehme Maß-Anfertigung für Damen und Herren.

6229

Neueste deutsche und englische Stoffe.

Endepols & Dunker, Halle (Saale) Gr. Ulrichstrasse 19.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0013

Stolzings hat er unverkennbar sich persönlich Ihm entstattet. Ist es nicht Wagners eigenste Ueberzeugung, wenn er Sachs sagen läßt:

Ehrt eure deutschen Meister!
Denn bannt ihr gute Geister,
Und gebt ihr ihrem Wirken Gunst,
Zerging in Dunst
Das heil'ge röm'sche Reich,
Uns bliebe gleich die heil'ge deutsche Kunst.

Oder wenn er zu Walters neuer Weise humorvoll äußert: Nur ist's nicht leicht zu behalten, und das ärgert unsre Alten!, wer dächte da nicht an Wagners sogen. unendliche Melodie, die von engherzigen Gegnern verspottet wurde? Und erkennen wir ihn nicht in Walter wieder, der unbekümmert um toten Formelkram singt, wie sein gesunder Sinn ihn leitet, der sich an den Werken der alten Meister gebildet hat? In der Figur Beckmessers hat er den in Vorurteilen befangenen und darum unfähigen Kritikern ein Denkmal gesetzt.

Das zur Festvorstellung zahlreich erschienene Publikum wurde durch eine recht erfreuliche Gesamtaufführung überrascht. In der Partie Walters entfaltete Walter Kirchhoff seine glänzenden Stimmittel, mit denen er sich schon längst in aller Herzen hineingesungen hat. Wer das Fangen an mit solcher Kraft, solchem Glanz und solcher Leichtigkeit singt, verdient ein Meistersinger genannt zu werden. Schade, daß sein Spiel so wenig entwickelt ist. Ueber einige konventionelle Bewegungen kommt er nicht hinaus, mimischer Ausdruck tritt ganz zurück. Schade, man könnte sonst einen idealen Genuß haben. Kirchhoff erlebte zum Schluß einen wahren Triumph. Wohl über ein bubendmal erschien er, und nachdem bereits der eiserne Vorhang geschlossen war, steigerte sich der Beifall zu einem nicht gerade geschmackvollen Toben, auf welches aber der Künstler nicht mehr reagierte. Der eigentliche Held der Handlung, Hans Sachs, fand in Franz Schwarz einen vortrefflichen Vertreter. Mit feiner Charakteristik und in ausgezeichneter stimmlicher Verfassung gab er die köstliche Gestalt des Poeten auf dem Schusterschemel, als ein lächelnder Philosoph, der in humorvoller Resignation das Glück zweier Herzen schmiedet. Um die Verkörperung der Eva bemühte sich mit schönem Erfolg Marg. Bruger-Drevs. Wir haben gestern eine interessante Entdeckung an ihr gemacht, nämlich, daß es von ihr abhängt, gut oder ungut zu singen. Wir sprachen schon früher die Vermutung aus, daß sie nur nötig hat, ihre Aufmerksamkeit auf den Gesang zu konzentrieren, um gute Resultate zu erzielen. Jetzt haben wir die Bestätigung empfangen. Am Anfang des zweiten Aufzuges, im Gespräch mit Sachs, fang sie entschieden wenig hervorragend, sie ließ sich gehen. Sowie sie aber W. Kirchhoff gegenüberstand, erwachte ihr Ehrgeiz, ihre Stimme erschien wie ausgewechselt, sie sang eben schön. Der Beckmesser war eine sehr anerkennenswerte Leistung K. Kruthoffers, der sich das Studium dieser dankbaren und doch so schwierigen Partie offenbar sehr hatte angelegen sein lassen. Was besonders angenehm auffiel, war, daß er sich bemühte, seine Bewegungen stets in Uebereinstimmung mit den

Vorbildern des Orchesters zu bringen. Den wirklichen Beckmesser repräsentierte E. Van Horn in gelungener Weise. Die übrigen Meistersinger waren mehr oder weniger gut besetzt. Die Rolle Davids war bei Grufalli in guten Händen. Auch Rose Sebald als Magdalena schnitt gut ab.

Das Quintett im dritten Akt zeigte den segensreichen Einfluß der darauf verwendeten Mühe. War es die Folge sorgfältiger Einstudierung, oder das anspornende Beispiel des Gastes, jedenfalls ergickte es eine harmonische Gesamtwirkung, wie wir sie seit langem bei keinem Ensemblesatz erlebt haben. Die Volksschöre der Festwiese klangen durch Hinzunahme einiger frischer Stimmen, die Wunder wirkten, recht lebendig. Von natürlichem Leben erfüllt waren die Massensenen, die die bewährte Hand des Oberregisseurs Theo Modes entsernen siehen. Auch das Orchester hielt sich auf anerkennenswerter Höhe und ließ die vorzüglichen Eigenschaften Karl Oberdorfers im besten Licht erscheinen. W. A.

Allerlei.

Menschen und „Bestien".

Der Allmer schreibt: Ein Vergnügen eigener Art wurde nach den Meldungen amerikanischer Blätter vor einiger Zeit am Niagara veranstaltet. Man hat dort den köstlichen Einfall gehabt, einmal zu „beobachten", wie sich die verschiedenen Arten von Tieren einer Lebensgefahr gegenüber verhalten würden, der sie unter normalen Umständen kaum jemals ausgesetzt gewesen wären. Man brachte nämlich eine Anzahl Büffel, Bären, Füchse, Waschbären, einen Hund, eine Katze und mehrere Gänse auf ein unbrauchbar gewordenes Schiff unter und ließ dieses auf den Hufeisenfall des Niagara treiben. Eine große Anzahl Zuschauer hatte sich eingefunden, die dem Schauspiel mit Spannung folgten. Man hatte die Tiere mit Ausnahme der Büffel freigelassen und konnte so genau beobachten, welche Wirkungen die Gefahr bei ihnen hervorrief. Sämtliche liefen in der größten Unruhe auf dem Deck durcheinander. Keines der Tiere dachte daran, dem andern ein Leid zuzufügen. Die ersten, die flüchteten, waren die Bären. Sie sprangen vom Deck ins Wasser, schwammen an das Ufer und erreichten dies trotz der starken Strömung. Die Büffel tobten wild in ihren Käfigen und versuchten auszubrechen. Die Füchse und die Waschbären liefen ängstlich hin und her. Nur der Hund zeigte keine Erregung. Er hatte sich ruhig auf dem Deck ausgestreckt, und es hatte fast den Anschein, als sehe er ergeben seinem Schicksal entgegen. Die Katze war auf den höchsten Mast geklettert und wartete dort mit gekrümmtem Rücken auf den Sturz in den Abgrund. Als der Sturz erfolgte, hörte man merkwürdigerweise kein Angstgeschrei. Spuren der Tiere wurden später nicht gefunden. Nur die Gänse hatten den Sturz überlebt und kamen mit lautem Schnattern ans Land geschwommen wo man sie mit Jubel begrüßte und mit hohen Preisen als denkwürdige Raritäten bezahlte.

Wer hat sich hier würdiger benommen —: die Menschen oder die „Bestien"?

Von Menschenhändlern entführt.

Zwei Kaufmannstöchter in Frankfurt a. M., Schwestern im Alter von 17 und 20 Jahren, lernten vor kurzem einen Herrn in Wiesbaden kennen. 14 Tage später reiste dieser mit den beiden Mädchen nach Paris. Ihre Spur blieb dann verschwunden. Ermittlungen ergaben, daß die Schwestern einem Mädchenhändler, der aus Warschau stammen soll, in die Hände gefallen sind.

Kleines Allerlei. Straßenbahnzusammenstoß. Infolge starken Nebels stießen auf der Strecke Baerl-Homberg zwei Straßenbahnwagen zusammen und wurden zertrümmert. Sechs Personen wurden dabei schwer verletzt. — Am Brounsdorfer Bergwerk bei Borna drangen bei einem Schachteinsturz Wassermassen in die Grube, wobei drei Bergleute ertranken. Die Ertrunkenen sind Familienväter und hinterlassen insgesamt 15 Kinder. — Auf dem Plattensee wütete vorgestern ein heftiger Orkan, der die Eismassen gegen die Ufer trieb und die Badekabinen, Parkanlagen und Uferbefestigungen der Badeorte auf dem Somogyer Ufer zerstörte. — Die Verhandlungen gegen den Raubmörder Sternickel sollen in Frankfurt (Oder) in der am 1. März beginnenden Schwurgerichtsperiode stattfinden.

Briefkasten der Redaktion.

Inserete, Abonnements-Bestellungen sowie alle andern geschäftlichen Angelegenheiten sind nicht an die Redaktion, sondern nur an die Expedition des Volksblattes zu richten. Beilagen von Druckschen sind der Halleschen Genossenschafts-Druckerei zuzuweisen.

K. R. Zu 1. Der Vormund des Kindes kann die rückständigen Unterhaltungsgelder jetzt noch einziehen, wenn der uneheliche Vater die Vaterschaft anerkannt und das Gericht zur Zahlung verpflichtet hat. Ist das nicht der Fall, so ist Verjährung eingetreten, soweit es sich um länger als vier Jahre zurückliegende Beträge handelt.

Versammlungsberichte.

Der Verband der Bureauangestellten hielt am 12. Februar eine Versammlung ab, die von 22 Mitgliedern besucht war. Zunächst wurden Jahresberichte vom Vorsitzenden und Kassierer erstattet, aus denen hervorging, daß die Ortsgruppe im letzten Jahre einige Fortschritte gemacht hat. Zurzeit sind 35 Mitglieder vorhanden. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die seitherigen Mitglieder (Kleeis als 1. Vorsitzender, Pfeiffer als Kassierer usw.) wieder-, außerdem ein Vertreter der Versicherungsbranche neu hinzugewählt. Sodann wurden eine Reihe Verbandsangelegenheiten erledigt, wobei auch über einen Tarifvertrag der Rechtsanwaltsgehilfen mit ihren Arbeitgebern beraten wurde. In der nächsten Versammlung am 12. März wird ein Vortrag über das Einkommensteuergesetz gehalten.

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung: Freitag, den 14. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kraetke, Kühn.

Die

zweite Beratung des Postetats

wird fortgesetzt.

Abg. Racken (Z.): Wenn man objektiv sein will, muß man im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Redner anerkennen, daß es der Reichspostverwaltung gelungen ist, ihren schwierigen Aufgaben gerecht zu werden; daß sie stets bemüht ist, dem wachsenden Verkehr nicht nachzuhinken. Allerdings haben auch wir noch manche Wünsche. So sollen die Erwägungen über die Besitzigung der Portofreiheit der Fürstlichkeiten zum Abschluß kommen. Wünschenswert ist auch eine Reform der Fernsprechgebühren. Für den Reichstag könnte die Postverwaltung durch Vergebung ihrer Lieferungen an Handwerker manches tun. Der Erklärung des Reichsschatzsekretärs: daß der Reichstag in den Etat keine Zulagen einstellen kann, muß ich namens meiner Freunde auf das entschiedenste widersprechen; es würde das eine unzulässige Beschränkung des Budgetrechts des Reichstages sein. Wir halten es für eine Staatsnotwendigkeit, den Klagen der unteren und mittleren Postbeamten abzuhelfen. Man darf nicht nur nach außen hin für Ruhe und Sicherheit sorgen, sondern muß auch im Innern Zufriedenheit herstellen. Ein finanzieller Grund zur Ablehnung der Forderungen für die mittleren und unteren Beamten der Post ist nach den günstigen Ergebnissen der Finanzreform nicht vorhanden. Wir halten unentwegt an den Beschlüssen der zweiten Lesung vom Jahre 1909 fest, und stimmen für die Resolution der Kommission, die noch jetzt vor der dritten Lesung einen entsprechenden Gesetzentwurf zum Besoldungsgesetz verlangt. Mit einem Schlage könnten dann die Klagen der unteren und mittleren Postbeamten aus der Welt geschafft werden. Durch Ersparung z. B. bei den Ostmarkenzulagen und durch Erhöhung von Einnahmeetiketen nach den Erfahrungen der letzten Jahre lassen sich die nötigen Gelder beschaffen. Von hoher idealer Bedeutung sind auch die von uns in der Kommission beantragten und dort angenommenen Kinderzulagen. Der Redner wünscht dann noch Besserstellung der Telegraphenarbeiter, Einführung von Beamtenausschüssen und Ausbau der Krankenkasse der Postunterbeamten. (Bravo! im Zentrum.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Die Zulagen, die die Kommission beschlossen hat, sind keine Zulagen im üblichen Sinne. Der Vorredner berief sich darauf, daß der Reichstag beim Etat des Reichsamts des Innern ohne Widerspruch der Regierung eine persönliche Zulage für den zweiten Direktor in den Etat eingesetzt habe. Der Vorredner übersieht dabei, daß es sich in diesem Falle nur um eine der bereits üblichen Funktionszulagen gehandelt hat.

Staatssekretär Kraetke: Durch die Markenautomaten sind 31 Millionen Marken zum Verkauf gelangt. Mit der Reklame habe ich keine guten Erfahrungen gemacht, sie gehört auch eigentlich nicht in den öffentlichen Postverkehr. Die kommen z. B. Leute, die prinzipiell in kein Warenhaus gehen; die sagen: weshalb soll ich mir unerwünschte Reklame der Warenhäuser gefallen lassen. (Heiterkeit.) In bezug auf die Beamtenkonsumvereine stimme ich dem Vorredner zu: sie sind nur zu gründen, wo ein wirkliches Bedürfnis vorliegt, und dürfen auf keinen Fall Luxusartikel führen. Eine entsprechende Verfügung ist auch ergangen. Herr Ebert stellte es gestern so dar, als ob in bezug auf die Behandlung von Geschäftspapieren die Versicherungsgesellschaften einen Vorzug gegenüber Gewerkschaften und Krankenkassen eingeräumt erhielten. Das ist nicht der Fall. Wir werden aber, um ihn völlig zu beruhigen, in der Postordnung an der betreffenden Stelle statt „Versicherungsgesellschaften usw." setzen: „Versicherungsgesellschaften, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen usw.". In der praktischen Handhabung wird dadurch nichts geändert. Papiere, die nicht den Charakter einer persönlichen Korrespondenz haben, werden zu dem billigeren Portosatz befördert.

Abg. Beck (natl.): Bis zur dritten Lesung werden wir uns hoffentlich mit der Regierung über die Besserstellung der Beamten einigen; das wird um so sicherer geschehen, je entschlossener und einmütiger der Reichstag zeigt, daß er den Mißmut unter den unteren und mittleren Beamten zu beseitigen gewillt ist. Was die in den Etat eingestellten Zulagen betrifft, so sind sie mit dem bestehenden Gesetz durchaus vereinbar und wir hoffen, daß auch die Regierung ihnen zustimmen wird. Auch die gehobenen Unterbeamten sind der Fürsorge bedürftig. Die Resolution Ablaß, die eine Einheitlichkeit in der Besoldung bei den gehobenen Unterbeamten herbeizuführen wünscht, wird hoffentlich angenommen werden. Auch die von der Kommission angeregten Kinderzulagen sollten nicht nur den Unterbeamten, sondern auch den gehobenen Unterbeamten zugute kommen. Wir werden für die weitere Resolution Ablaß stimmen, wonach die fündbaren Post- und Telegraphengehilfinnen nach Ablauf einer angemessenen Frist unkündbar werden. Unsere Postverwaltung ist keineswegs so rückständig, wie es nach den Ausführungen des Abg. Ebert erscheinen könnte. Zu begrüßen ist die Schaffung der Beamtenkrankenkasse, zu der die Beamten hoffentlich immer mehr Vertrauen gewinnen werden. Die vermehrten Ausgaben, die wir wünschen, lassen sich durch die Entwickelung unseres Postwesens mit seinen erhöhten Ueberschüssen rechtfertigen. Schon aus dem Ueberweisungs- und Scheckverkehr lassen sich höhere Ueberschüsse erzielen; auch die Beamtengehälter sollten auf diesem Wege bezahlt werden. — Redner tritt dann für ein einheitliches Weltporto ein und wünscht, daß die Postverwaltung bei Erweiterung sich mehr in Fühlung mit den Gemeindebehörden halten möge.

Abg. Dr. Oertel (kons.): Der sozialdemokratische Redner hat auch bei diesem Etat von dem vollgedeckten Tisch für die Agrarier gesprochen. Ich habe von diesem gedeckten Tisch wenig bemerkt. (Große Heiterkeit.) Herr Ebert meinte, der Etat biete keinen Anlaß zu Lobeserhebungen auf den Staatssekretär. Nun, unser Postetat wie auch unsere Postverwaltung können sich sehen lassen, im Auslande wird das auch anerkannt. Herr Ebert warf dem Staatssekretär Fiskalität vor. Daran hat auch der Reichstag schuld, der immer Sparsamkeit wünscht. (Sehr richtig! rechts.) Würde der Staatssekretär mit einem Etat ohne Ueberschüsse hierhertreten, so wenn ich auf der Post meine notwendigen Geschäfte erledige, die würde man ihm nicht mit Limonade aufwarten. (Heiterkeit.) Wir sind mit dem Staatssekretär zufrieden, speziell auch mit seinem Verhalten zur Sozialdemokratie. In den Betrieben der Postverwaltung ist kein Platz für jemanden, der sich zur republikanischen Partei bekennt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Im sozialdemokratischen Zukunftsstaat würde Herr Wendel, der dann ja Poststaatssekretär wäre, mich trotz seiner persönlichen Sympathie für mich (Heiterkeit) im Postbetrieb auch nicht dulden, wenn ich einer monarchischen Partei angehörte. (Zustimmung rechts, Lachen links).

Für die höheren Beamten stimmen wir der Resolution der Kommission zu; auch sie bedürfen einer Besserstellung. Auch der beantragten Besserstellung der Unterbeamten stimmen wir zu. In bezug auf die Postgehilfinnen bleibe ich auf meinem „stark antisemitischen" Standpunkt. Frauen dürfen nicht Vorgesetzte von Männern sein, außer in der Familie. (Heiterkeit.)

Würde der Bundesrat die in den Etat eingestellten Zulagen ablehnen, so wäre damit wohl der ganze Etat abgelehnt. Wir können jetzt nicht mit leeren Händen vor die Oeffentlichkeit treten, nachdem der Reichstag zum drittenmal die Forderung einmütig erhoben hat.

Die Ostmarkenzulage haben die Beamten im Vertrauen auf die Stetigkeit der Reichsgesetzgebung und der Verwaltung jahrelang genossen. Wir können sie als außerordentliche unwiderrufliche Zulagen auch den Postbeamten in Elsaß-Lothringen gewähren; dadurch würde ihnen der Name und der politische Charakter genommen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte das Zentrum, diesen Weg zu betreten, angesichts der Notwendigkeit eines gemeinsamen entschiedenen Zusammengehens aller bürgerlichen Parteien, die in wenigen Wochen gebieterisch an uns herantreten wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Kopsch (Vp.) bringt zunächst Wünsche aus Handelskreisen nach Einführung eines einheitlichen Weltportos, Ermäßigung des Stafportos, Ausdehnung des Briefteleggrammverkehrs usw. vor. Die Postbeamten sind mit Recht erregt. Denn die Aufbesserung ihrer Gehälter gleicht bei weitem nicht die Verteuerung der Lebenshaltung aus, die sie der Politik der Rechten verdankt. Sollte die Regierung die in den Etat eingestellten Zulagen ablehnen, so trägt sie die Verantwortung für das Nichtzustandekommen des Etats mit allen seinen Konsequenzen. Die Ostmarkenzulagen haben wir bewilligt, seit sie als unwiderruflich in den Etat eingestellt sind. Ihre Streichung würde einen Teil der Beamten sehr erheblich schädigen.

In bezug auf die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten verlangen wir im Gegensatz zur Rechten, daß außerhalb des Dienstbetriebes die Beamten sich so frei betätigen dürfen wie jeder andere. Soll ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Postverwaltung und den Beamten herbeigeführt werden, so muß die Verwaltung auf die Wünsche und Forderungen der Beamten in wohlwollender Weise eingehen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Konfirmanden-Sachen für Knaben und Mädchen in grosser Auswahl.

Bei Kredit-
entnahme wird jedem Kunden
strengste Diskretion
zugesichert.
Beamte und Kunden, die ihr Konto beglichen, erhalten
Kredit
ohne Anzahlung
6266 bei
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 59 I. II. III.
Versand auf Kredit:

Zum Umzug
Möbel
auf **Kredit**
für:
48 M, Anz. 3 M
98 „ „ 5 „
142 „ „ 10 „
197 „ „ 12 „
280 „ „ 20 „
350 „ „ 28 „
Einzelne Möbel
2 M Anzahlung.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 59 I. II. III.
Wagen ohne Firma.

Auf Kredit
zu denkbar günstigen Zahlungsbedingungen.
Anzüge u. Paletots schwarz u. farbig.
Anz. 1,50, 3, 5, 7, 8, 12 M
Damen-Jackets, Paletots und Kleider
Anz. 3, 5, 7, 9 M
Manufaktur- und Schuhwaren.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 59 I. II. III.
Streng diskret.

Für die
neue Wohnung
Bilder, Spiegel, Gardinen, Fenster, Vorlagen, Schränke, Tische, Stühle, Garnitur, Sofas, Ausziehtische, Kommoden, Betten, Spiegel, Trumeaux, Uhren, Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Linoleum usw.
Kinderwagen
2 M Anzahlung.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 59 I. II. III.
Kredit nach auswärts.

Als
Spezialität:
Kompl. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Salons, Speisezimmer in allen Holz- und Stilarten.
Die An- und Abzahlung darf jed. Käufer selbst bestimmen.
Kompl. Küchen
Anz. 5, 8, 10, 15 M
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 59 I. II. III.
Lieferung frei.

Auskünfte
über
Kreditgewährung werden täglich im Kontor, auch schriftlich bereitwilligst erteilt.
Ansicht meiner in 3 grossen hellen Etagen ausgestellt. Läger ohne Kaufzwang gern gestattet.
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 59 I. II. III.
Versand auch gegen bar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0014

190000

Einwohner von Halle (Saale)!

Es naht - - - - - !

die grösste Sensation des 20. Jahrhunderts

Circus Charles!

*2251

Frauen, welche bei Störungen schon alles andere erfolglos angewandt, bringt mein glänzend begutachtet. Mittel sichere Wirkung. Ueberraschend. Erfolg, selbst in den hartnäck. Fällen. Dankschr. Unschädlichkeit gar. Mk. 3.50, extrastark Mk. 5.50 p. Flasche. Diskr. Rachn.-Versf. überallhin nur d. Progist Bocatius, Berlin N., Schönhauser Allee 134 B. Auch Versf. dyg. Bedarfsartikel. *810

Nur Brüderstr. 16

neben Löwenapotheke

Inh. S. Sommer. 6227

Aussergewöhnliche Gelegenheitskäufe.

Es kommen in dieser Woche u. a. zum Verkauf:

Schwarz Cheviot nur solide Qualitäten, Mtr. 1.55, 1.15 und **75** Pf.

1 Posten Cheviot-Reste 110 cm breit, reinwollene Ware, in nur guten Farben . . . . . Mtr. **98** Pf.

Kostümstoffe, 130–140 cm breit neue, schwere Genres . . . . . Mtr. **2.10** M.

Blusenstoffe in modernen Streifen . . . . . Mtr. **0.90**

Das

::: Stoff-Restlager :::

der aufgelösten

Mäntelfabrik Gebr. Sernau

wird **spottbillig** verkauft.

Ia. Stoffe f. Knabenanzüge, Kleider u. Mäntel.

6239

Verein „Germania".

Sonntag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, in den Trotha er Ballsälen, Trothaerstr. 2:

Maskenball

Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Ad. Regber's Restaur. „Zur Pfännerhöhe"

Pfännerhöhe 44. Pfännerhöhe 44.

Dienstag den 18. Februar cr.:

Großes Schlachtefest.

Früh 9 Uhr Wellfleisch. — Abends diverse Wurst und Suppe. — Wurst auch außer dem Hause.

Um zahlreichen Besuch bittet 6254

Hochachtungsvoll **Witwe Regber.**

Ansichts-Postkarten

empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Konsum-Verein Dieskau u. Umg. Sitz Zwintschöna,

e. G. m. b. H.

Sonnabend den 22. Februar abends 8 Uhr im Gasthof des Herrn Wenkel zu Kaseen

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Antrag der Verwaltung: Eröffnung einer Verkaufsstelle in den Ortschaften Kieselkugel, Raundorf u. s. w. 2. Anträge der Mitglieder. Selbige müssen bis Dienstag, 18. Febr., schriftlich an den Vorstand eingereicht sein. 3. Geschäftliches.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand: *2242

Franz Sattler. Wilh. Hauschild. Albert Pfeifer.

Konsumverein f. Belgern u. Umg.

— eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht. —

Sonntag, den 23. Februar 1913, nachmittags 1/2 3 Uhr, im **Volkshause zu Belgern,** Waldstr. 4:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abänderung des Statuts. 2. Anschaffung eines Geschäftswagens. 3. Verschiedenes.

*2241 Der Aufsichtsrat: **K. Zschiesche,** Vorsitzender.

:: Erhöhte Leistungen ::

aber

keine erhöhten Preise.

In meinen jetzigen Atelier-Räumen, welche im modernsten Genre erbaut sind, hoffe ich **noch bedeutend Besseres zu leisten. Die Preise bleiben aber meine bekannt billigen.** Mein Prinzip: **Tüchtige Arbeit bei mässigem Preis,** hat mich heute mit an erste Stelle gebracht, sodass mein Atelier als **eins der grössten und elegantesten am Platze** mit gezählt werden kann.

Richard Schröder

Atelier für moderne Photographie, **nur Steinweg 12**

part., I., II. und III. Etage.

6252

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0015

Konfirmanden-Anzüge

in reellen Stoffen und tadelloser, eleganter Verarbeitung
zu anerkannt billigsten Preisen.

Ein- und zweireihige Fassons in blau, marengo u. schwarz.

Moritz Cahn

Grosse Ulrichstrasse 4.

6241

Schreibers Abfuhr-Institut

vorm **Wolter** 5176

empfiehlt sich den Haus- und Grundstücksbesitzern zur
regelmässigen Abfuhr der Abort- und Aschegruben
zu zivilen Preisen.

— Bestens empfohlen durch den Haus- und Grundbesitzerverein. —

Halle a. S. :: Fernspr. 1076.

Seit 1. Oktober befindet sich mein Institut nebst Landwirtschaft
Schmiedestrasse 20.

TAG-Zigaretten

(zu 2, 2½, 3, 4, 5 Pfg. das Stück)

sind von guter Qualität und feinstem Aroma. Sie werden hergestellt von organisierten Tabakarbeitern, die infolge der arbeiterfeindlichen Steuerpolitik in Deutschland brotlos wurden und sich daher andere Arbeitsgelegenheit suchen mußten. Bei der Fabrikation wird, getreu dem Grundsatz, daß für den Arbeiter das Beste gerade gut genug ist, auf Verwendung nur guter Rohmaterialien streng geachtet. Partei- und Gewerkschaftsgenossen, übt Solidarität! Unterstützt unsere junge Genossenschaft, indem ihr überall nur TAG-Zigaretten verlangt.

Mit genossenschaftlichem Gruß! *2206

Tabakarbeiter-Genossenschaft

e. G. m. b. H.

Zigaretten-Fabrik TAG, Stuttgart.

Der billige Verkauf des
Martin Müllerschen Warenlagers
in 6198
Schokoladen, Zuckerwaren u. Honigkuchen
befindet sich **Geiststrasse 51.**

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volksbuchhandl**

Haus-Brot. Unter der Marke **Hausbrot** bringen wir von jetzt ab ein dunkles, herzhaft schmeckendes, appetitanregendes Roggenbrot in den Handel. Dasselbe ist aus garantiert reinstem und feinstem Roggenmehl hergestellt und dürfte ein Versuch zu dauernder Kundschaft führen.

Roggenschrotbrot Der Umsatz unseres erst kürzlich eingeführten **Roggenschrotbrotes** ist ein beredtes Zeichen für die Güte und Qualität dieses Fabrikates; es sollte deshalb ein jeder, der an Darmträgheit und schwerem Stuhl leidet, unser ärztlich empfohlenes, ärztl. begutachtetes Roggenbrot versuchen.

Schubert-Brot. Gleichzeitig empfehlen wir unser, seit 36 Jahren in Halle gut eingeführtes, wohlschmeckendes Roggenbrot, wovon täglich rund 10 000 Brote gebacken und verbraucht werden.

2643

Brot-Fabrik

Gebr. Schubert,

Merseburgerstraße 102.

12 Proz. Rabatt. Telephon 675.

Gummiabsätze

(Marke Continental) 6088

für Schuhmacher äusserste Preise und noch
5% Rabatt. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Rossfleisch.

Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur delikatbei

A. Thurm,
Reilstrasse 10. 2513

Haben Sie
schon meine **Spitzkugeln** (Honigkuchen mit Schokolade überzogen) probiert? Ich möchte Sie gern als Kunden haben. 6239

Carl Boeck, Breitestrasse 1, Marktplatz, 1. Turm und Leipzigerstrasse 61/62.

Uhren, Goldwaren,
Klemmer und Brillen
kauft man gut bei
E. Böge, Geiststraße 17.
2651 Reparaturwerkstatt.

Bäumfuhren jeder Art bes. bill. Alb. Ackermann, Mühlb. 10. 2476

Achtung! Achtung!

Eltern und Vormünder

der, die Schule verlassende Jugend!

Lasst Eure Söhne nicht Bäcker oder Konditor lernen!

Bei den Halleschen Innungsmeistern lernen dieses Jahr rund **100 Bäckerlehrlinge** aus; **keine Arbeit** ist für diese vorhanden. Bei **250 Gesellen** liegen **60 arbeitslos.** In Deutschland gibt es rund **70 000 Gesellen** und **45 000 Lehrlinge.** 6255

Nachtigallen Rotkehlchen :: Stare, Amseln

überhaupt alle Singvögel bevorzugen m. Vogelfutter. Ausdrücklich bemerke, dass ich nur aus Liebhaberei u. zur Erprobung m. bewährt. Futtermischungen eine Anzahl der edelsten Sänger gekäfigt halte.

50 Stück meiner gefiederten Freunde sind in meinem Geschäftslokal ausgestellt, u. kann sich jeder von der Lebensfreudigkeit, Sangeslust u. gutem Aussehen überzeugen. Jeder wirkliche Vogelfreund sollte daher nur da kaufen, wo er wirklich mit Sachkenntnis bedient wird. Man betone ausdrücklich, für welchen Vogel man das Futter wünscht, und man wird stets das Richtige erhalten. — **Probepaket 10 Pfg.** Keine modrige Paket-Ware. Täglich frisch gemischt.

Otto Kramer, Drogen, Farben, Vogelfutter
Mittelwache No. 9. — Gegenüber der Glauchaischen Kirche.

6240

10000 neue rote Betten schon verkauft!

1½ schläfrig, von echt rot. dicht. Daunenköper, je Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen mit 20 Pfd. neuen Halbdaunen gefüllt, zus. nur 30 Mk. Dasselbe Gebett mit Daunen-Deckbett nur 35 Mk. Herrschaftliches Daunenbett nur 40 Mk. — Zweischläfrig jedes Gebett 5 Mk. mehr. Verpackung frei. Garantie, Umtausch. Betten- u. Möbel-Katalog frei. Viele Dankschreiben. Bestellungen werden am Eingangstage erledigt. **Ritter & Co.,** Betten-Fabrik. Jena 53, Unterm Markt.

Billig und gut!

Prompter Versand nach allen Stadtteilen!

SAALE

Briketts
sind die besten und billigsten!
Probieren Sie! Ein Versuch lohnt sich!

Hallescher Kohlenhof

G. m. b. H.
Halle a. S. Delitzscherstr. 81. Teleph. 1439
2648

Garantie für reelles Gewicht!

Lager aller Sorten Brennmaterialien zu den billigsten Tagespreisen.

Alle Parteischriften empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

PLÜSS-STAUFER-KITT
klebt, leimt, kittet Alles! *990

:: Möbel- Ausstattungen. ::

Schränke, Vertikos, Büfetts, Tische, Rohr- und Lederstühle, Garnituren, Sofas mit u. ohne Umbau, Schreibtische, Bettstellen mit und ohne Matratze, Trumeaus, Spiegel. 6195

Braut-Ausstattungen
von 200—8000 Mk. stets am Lager. Durch fortwährende Gelegenheitskäufe auffallend billige Preise.

Friedrich Pelleke,
Möbel-Magazin,
Halle (Saale), Geiststr. 25
Gegr. 1883. Tel. 2450.
Eigene Tischlerei und Polsterwerkstatt im Hause.

Mein neues Bett.

Hochfein rot, dicht Daunenköper, große 1½ schläf. Ober- und Unterbetten und 2 Kissen mit 17 Pfund Halbdaunen, weil teils kleine Fehlstücke, das Gebett Mk. 30.—, dasselbe Bett mit Daunendecke Mk. 35.—. Feinstes herrschaftl. Daunenbett Mk. 40.— Zweischläfriges Bett Mk. 5.— mehr. Nichtgefallendes Geld zurück. Bettfedern billig. Katalog frei. 10 000 Kunden. **Bettenfabrik**
*314 **Th. Kranefuss, Kassel 164.**

Frauen

nehmen bei monatl. Beschwerden, Störungen nur die wirksamen **Dr. med. Geyers** Monatstropfen „Saluiet", gar. unschädl. Preis 6.50 M., extrastark 8 M. [*2105
Vertrieb med. Neuheiten.
Dr. med. Ernst Geyer & Co.
Braunschweig, Kattreppeln 10.

Hasenfelle

kaufen
Gebr. Danglowitz, 3302
Fellhandlg., Fischerplan 2.

Filzschuhe
Samt-Pantoffeln
Nord-Pantoffeln
Holz-Pantoffeln
2647 **Leder-Pantoffeln**
Schaft-Stiefel empfiehlt
Max Fricke, Pantoffel-Fabrik,
Trotharstr. 69. Telephon 1875.
Filiale: **Mansfelderstr. 47.**

Plattfuß-Einlagen
Füll-Leisten
bester Schutz gegen :: Brüchigwerden :: besseren Schuhwerks.
Schuh-Creme
Einlegesohlen
5878 **Lederfett**
Sohlenschoner 2 Kart. 25 Pf.
Gummi-Absätze u. -Ecken.
F. Noah, Gr. Klausstr. 7.

Frauen Hilfe

Bei Störungen verlang. Sie nur mein anerk. vorzügl. wirkl. Mittel. Unter Garantie unschädl., gr. Erfolge. 1. 3.50 II. 5.50. Nachnahmeversand nur durch **O. Paull, Berlin-Wilmersdorf** 153, Mainzerstr. 24. Preisliste gratis. *906

Gr. u. kl. Vereinszimmer
für Gesangvereine passend, noch einige Tage frei.
6102 **Friedrichstrasse 5.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130216-19/fragment/page=0016